

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei im Haus, Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat.

Erhebt Geld außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonietabelle ober deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (Zeilgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Quotale für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 6. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Koloniale Mißstände.

Ein neuer Arenberg?

Seit Jahren wird in der von Dr. Weineke in Berlin herausgegebenen „Kolonialen Zeitschrift“ die jetzige deutsche Kolonialpolitik zum Gegenstande einer zumeist sehr abfälligen Kritik gemacht.

Nicht als ob ihre Urheber, wie wir, dem ganzen neudeutschen Kolonialschwandel, der unserm Volke unsinnige Opfer an Gut und Blut zu Ruh und Frommen weniger großer Kapitalisten, einer Handvoll Ehrgeiziger oder auch ehrlicher Entkufasten mit und ohne Portepce und verlotterter Söhne einflussreicher, „hochgestellter“ Familien auferlegt; nein, Dr. Weineke und seine Leute sind begeisterte Kolonialschwärmer, bemühen sich eifrigst, Kapital und Menschen in die deutschen Kolonien einzuführen und wollen lediglich ein andres System der kolonialen Verwaltung durchsetzen. Deshalb hat ihre Kritik besondere Bedeutung, daß die Kolonialvertreter vor ihr sich nicht durch die übliche, törichte Ausflucht drücken können, daß die Kritik von vorurteilvollen Gegnern der Kolonialpolitik ausgehe.

In einem Artikel der letzten Nummer der „Kolonialen Zeitschrift“ werden nun über die Rechtspflege in den Kolonien ganz außerordentliche Dinge behauptet. Der Verfasser A. Herfurth beginnt mit dieser allgemeinen Einführung:

„In unseren Kolonien vermag sich ein sonst ganz braver Mann mit Leichtfertigkeit gewichtige Anklagen zuzuziehen. Sehr vorpönl ist dort eine freimütige Äußerung über vorhandene Mißstände. In Acht und Bann wird erklärt, wer darüber nach der Heimat berichtet... Nicht selten ereignet es sich auch, daß aus persönlicher Ränke Leute vernichtet werden sollen, nachdem man, wie es in den Kolonien heißt, Material gegen sie gesammelt hat.“

Diese allgemeinen Sätze will der Verfasser des Artikels durch ein Beispiel aus Südwestafrica bekräftigen und beweisen. Er thut das an der Hand von Gerichtsurteilen, die gegen einen gewissen Groeneveld ergangen sind. Dieser Groeneveld wurde am 30. März 1903 vom Bezirksgericht zu Reetmanshoop wegen Vergehens gegen § 4 der Verordnung, betreffend die Einführung von Feuerwaffen, zu 6 Monaten Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe sowie zur Tragung der Kosten verurteilt. Groeneveld hatte an Hottentotten Gewehre verkauft, wie behauptet wird: mit Genehmigung des Distriktschefs, der auch für die Gewehre je 60 Mark Steuer verlangt habe. Groeneveld legte gegen das Urteil Verufung ein; es wurde aufgehoben und er in einem neuen Verfahren wegen des Vergehens nur zu 450 Mark Geldstrafe und in die Kosten verurteilt.

Am 27. Mai 1903 stand Groeneveld schon wieder vor den Schranken des Bezirksgerichts in Reetmanshoop, diesmal der Verurteilung zum Reineide angeklagt. Er wurde zu drei Jahren Zuchthaus sowie zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre verurteilt. Die von ihm eingelegte Verufung hatte den Erfolg, daß dieses Urteil aufgehoben wurde; die Verufungsinstanz kam zu einem Freispruch und legte die Kosten des Verfahrens dem Staate auf.

Nun, ein Irrtum ist bei jedem Verurtheilte möglich, und dazu haben wir Verufungsgerichte, daß sie die Fehler der unteren Instanzen verbessern. Man wird also an diesem einen Fall nichts Absonderliches finden. Aber er blieb nicht der einzige! Am 30. Mai 1903, drei Tage nach dem eben besprochenen Urteile, fielte dasselbe Bezirksgericht in Reetmanshoop schon wieder einen Spruch gegen Groeneveld: er wurde wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Hehlerei zu zwei Jahren Zuchthaus sowie zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt, auch wurde auf die Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt. Ueber den der Verurteilung zu Grunde liegenden Thatbestand wird mitgeteilt, Groeneveld habe an den Probantmeister in Bethanien 2 1/2 Saek Reis (offenbar schon früher) gegeben, „die dieser aus Esparrnissen zurückerstattete“. Diese Geschichte klingt dunkel. Was ist das für eine Wirtschaft, daß sich ein Probantmeister 2 1/2 Saek Reis „besorgt“ und sie dann „aus Esparrnissen“ zurückerstattet? So etwas muß wohl zum System kolonialer Verwaltung gehören, denn die „Koloniale Zeitschrift“ bemerkt dazu ausdrücklich: „Der Distriktschef, Lieutenant von Stempel hatte dem Probantmeister, da ihm dessen Fehlbetrag bekannt war, ausdrücklich erlaubt, bei guter Wirtschaft den Beständen Reis für sich zu entnehmen.“ Hört! hört! Die höchst eigenartigen Budgetierungsmiðstände, mit denen das Kolonialamt des Herrn Stäbel in den Verhandlungen des Reichstags in diesem Frühjahr brillierte, scheinen draußen rasch verständnisvolle Nachahmung gefunden zu haben. Man darf begierig darauf sein zu erfahren, ob sich solche Machenschaften, solche „Mansherien“, in den Kolonien auch noch auf andre Dinge als auf 2 1/2 Saek Reis erstrecken! Doch sei dem für jetzt wie ihm wolle; Groeneveld legte gegen das Urteil Verufung ein und erreichte, daß das Urteil aufgehoben wurde und man ihn nur wegen einfacher Hehlerei zu zwei Monaten Gefängnis verurteilte. Zwei Jahre Zuchthaus — zwei Monate Gefängnis.

Aber damit waren seine Beziehungen zu der kolonialen Justiz noch nicht zu Ende. Am 27. Juni 1903 wurde er, immer vor dem Gerichte in Reetmanshoop, wegen Betrugsversuchs zu drei Monaten Gefängnis und in die Kosten verurteilt. Durch Verufung gelang es ihm, auch dieses Unheil abzuwenden; das Urteil wurde aufgehoben und er wurde freigesprochen, die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt. So war er denn in einem Vierteljahre vom Bezirksgericht zu Reetmanshoop zu 1000 M. Geldstrafe, neun Monaten Gefängnis und fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden, von denen die Verufungsinstanz nur 450 M. Geldstrafe und zwei Monate Gefängnis aufrecht erhielt. Das wirft

ein höchst sonderbares Licht auf die koloniale Rechtspflege. Aber was man sich darüber auch für Gedanken macht, es wird überboten durch das, was die „Koloniale Zeitschrift“ als den Grund zu diesen drakonischen Verurteilungen in dem Sage behauptet: „Alles das, weil er über die Ermordung eines Regers, nachdem eine Beschwerde an die Behörde fruchtlos verlaufen war, der Presse Nachricht gegeben hatte, die aber ebenfalls keine Notiz davon nahm“. Mit andren Worten wird hier den Behörden in Reetmanshoop vorgeworfen, daß sie einen unbedeuten Menschen vernichten wollten. Ein Mord ist geschehen. Groeneveld wendet sich an die Behörde; er wird abgewiesen; er wendet sich an die Presse, die seine Meldung todschweigend; darauf wird er in einem Vierteljahre aus den verschiedensten Anlässen viermal vor Gericht gestellt. Hier haben wir Aufklärung zu verlangen über folgende Punkte:

1. Wer ist ermordet worden?
2. Wer war der Mörder?
3. An welche Behörde wandte sich Groeneveld mit seiner „Beschwerde“?
4. Warum blieb sie fruchtlos?
5. Welcher Zeitung meldete Groeneveld den Vorfall?
6. Warum unterdrückte sie die Meldung?

Der nächste, der Auskunft darüber geben muß, ist der Verfasser des Artikels in der „Kolonialen Zeitschrift“, Herr A. Herfurth, Schriftführer der Vermittlungszentrale für koloniale Arbeit und Kapital. Aber die Regierung sollte nicht warten, bis Herr Herfurth spricht, sie muß sofort untersuchen, wie die Dinge liegen. Der Kampf, der in Südwestafrica tobt, ist mit zurückzuführen auf die Schändlichkeiten, die der Mörderprinz Arenberg verübte; hat es noch mehr Arenbergs gegeben? Besteht eine Verschwörung zur Unterdrückung von Nachrichten über koloniale Schensfähigkeiten? Heraus mit der Sprache!

Ueber die Kämpfe bei Liaujang

liegen heute Nachrichten, die sich auf neue Vorgänge bezögen, nicht vor. Der sonst so geschwätige russische Telegraph hat sich über die Vorgänge des 4. und 5. August völlig anschlüssig. Fast könnte man daraus schließen, daß es etwas Günstiges nicht zu melden, wohl aber Ungünstiges zu verschweigen giebt. Dagegen wird jetzt russisch-offiziös näheres über Kämpfe am 31. Juli gemeldet. Das betreffende Telegramm lautet:

Petersburg, 4. August. Ein Telegramm des Generalleutenants Sacharow an den Generalstab vom 3. August besagt: Nach den von General Sasulitsch über die Kämpfe vom 31. Juli gemeldeten Einzelheiten begann der Kampf für die Russen außerordentlich günstig; die Russen waren an Artillerie überlegen. Nachmittags mußte sich jedoch der rechte Flügel zurückziehen, da er umgangen war, nachdem die Japaner durch Längsfeuer aus den äußersten linken Batterien große Verluste beibrachten hatten; sechs gerüstete Geschütze mußten zurückgelassen werden. Um die Aufmerksamkeit der Japaner vom rechten Flügel abzulenken, erhielt Oberst Popowitsch Ljowitsh um 5 Uhr nachmittags Befehl, ohne Gepäc zum Angriff vorzugehen; gleichzeitig richteten die Batterien ein heftiges Feuer auf die von den Japanern eingenommenen Berggruppen, dessen Wirkung furchtbar war. Einem mit großer Tapferkeit ausgeführten Bajonettangriff der russischen Schützenregimenter hielten die Japaner nicht stand und räumten unter großen Verlusten drei von ihnen besetzte Berggruppen. Um 7 Uhr abends wurde Befehl gegeben zum Rückzug auf Hantscheng. Die russischen Verluste in den Kämpfen am 30. und 31. Juli betragen nach den bisherigen Feststellungen an Toten und Verwundeten etwa 290 Offiziere und mehr als 1000 Unteroffiziere.

Daß neue japanische Nachrichten nicht vorliegen, erklärt sich ohne weiteres aus den größeren Schwierigkeiten, Nachrichten nach Tokio gelangen zu lassen. Bemerkenswert ist eine Nachricht, die dem „Verl. Tagbl.“ aus Tokio über das Resultat der Kämpfe vom 31. Juli und 1. August zugeht:

Tokio, 3. August, vormittags. Erst jetzt wird hier der große Erfolg unserer Kämpfe am 31. Juli und 1. August in seinem ganzen Umfange bekannt. Nach den Direktiven des Marschalls Oyama griffen alle drei Armeen an und schlugen sich mit glänzender Tapferkeit an beiden Tagen. Die Armee des Centrums unter Kodzu hielt die ihr bei Schmutzschöpfung gegenüberstehenden Kräfte der russischen Mitte; wahrscheinlich das zweite russische Corps unter Alexejew II. fest. Die Armee Das drückte unter weiterer Ausnutzung des russischen rechten Flügels das Corps Sarubajew weiter auf Hantscheng zurück. Die Kavallerie Das geht bereits auf der Straße Jintou-Ruitshang den Russen in den Rücken.

Unterdessen führte Kuraki die verhärtete 1. Armee zur gleichzeitigen Umfassung des russischen linken Flügels vor und warf diesen trotz der heldenmütigen Gegenwehr, bei der sein tapferer Führer, der General Graf Keller inmitten seiner von uns schwer bedrohten Artillerie den Heldentod fand, völlig über den Haufen. Hier fochten die besten russischen Regimenter, Dragomirov'scher Schule, die frisch eingetroffenen Regimenter des X. Armee-corps, verstärkt durch Teile des XVII. Moslauer Armee-corps. Sie wurden bis auf die Höhen von Liaujang zurückgeworfen und anschließend dort ausgenommen von frisch russischen Truppen. Kurakis Kavallerie soll bereits die Straße Liaujang-Rulden überschritten haben. Zahlreiche Gefangene und auch Trophäen sind in unseren Händen. Unsere Verluste sollen nahe an 2000 Mann betragen, die Russen dürften über das Dreifache verloren haben, da sie wieder in dicht massierten Formen fochten, die den Anforderungen des heutigen Gefechts nicht entsprechen.

Die Lage in Port Arthur.

Das russische Kriegsministerium hat, wie der Petersburger Korrespondent des „Daily Telegraph“ dem „Bureau Laffan“ zufolge meldet, Nachrichten erhalten, welche besagen, daß keine unmittelbare Gefahr bevorsteht, daß Port Arthur fällt, obgleich die Russen bei den letzten Kämpfen um die Festung mehrere Tausend Mann verloren haben. Die Bel-

dungen, daß die Japaner die hauptsächlichsten besetzten Stellungen genommen hätten, werden als vollständig grundlos bezeichnet. Die Stellungen im Norden und Nordwesten werden von den Russen gehalten, die den Japanern bei deren jüngsten Angriffen furchtbare Verluste beibrachten. Die Japaner werden für zu schwach gehalten, um den Angriff in der nächsten Zeit erneuern zu können. (?)

Ueber einen Artilleriekampf mit modernen Geschützen

schreibt ein Arzt der Joegeschon Kolonne: Es ist was Brausesig um die Wirkung dieser Geschütze. Ein plattendes Schrapnell überhüllte eine Strecke von 200 Metern mit Kugeln und bei Masangou haben die Japaner in 2 1/2 Stunden am 2. Juni auf die 3. und 4. Batterie 20 000 Schrapnells geschossen. Kein Wunder, daß die Geschütze genommen wurden! Da kommt ihr einen Begriff von dem Spektakel bekommen, den wir dort in nächster Nähe gesehen haben. Die reine Hölle muß es sein, da noch zu arbeiten und ein solches Feuer zu erwidern. So haben diese Batterien denn auch nur den Moment, wo die Japaner von neuem laden mußten, dazu benutzen können, zu antworten. Die übrige Zeit hat alles an die Laufgräben gedrückt da-gesessen und erst und bleich vor sich hingestarrt. Als Feuerwerk genommen, ist der Anblick von großartiger Wucht und Schönheit und wäre ein Genuß, wenn dies entsetzliche Heulen und Pfeifen nicht wäre, das einen hindert, sich objektiv an dem gewaltigen Schauspiel zu freuen. Man wird dabei von einem unerträglichen Druck beherrscht und echter, rechter Prälordialangst, wie viele sagen. In solchen Augenblicken sieht man an den Soldaten, welche Erleichterung der Glaube an eine höhere Macht gewährt, die diesen nächsten Vorgang leitet — tatsächlich verhält sich der gemeine Soldat wunderbar gleichgültig der greifbarsten Gefahr gegenüber, obgleich andererseits unter ihnen die Panik eine stärkere ist. Ein Feuerwerker hat sich während der Schlacht und nachdem er das Geschütz stundenlang unverletzt bedient hat, mit seinem eigenen Revolver erschossen. Er hat es nicht mehr ertragen können — und eine halbe Stunde darauf ist der Rückzug befohlen worden! Einige vereinzelte Fälle von Kriegsschüchtern sind beobachtet worden — fast alle haben mit Selbstmordversuch ihren Anfang genommen. Unsere Soldaten aber sind von so bewundernswürdigem Humor und einer Genügsamkeit, die jeder Beschreibung spottet; zerlumpt, durchnäßt und hungrig finden sie noch Zeit und Lust, sich einer über den andern lustig zu machen und schlechte Witze zu reißen. Sie haben nur leider alle zu viel Gepäc zu schleppen — zu schwere Stiefel — und oft zu wenig im Wagen. Die Japaner tragen an Schlächtigkeits nichts bei sich außer Flinten und Patronen und haben Schürztüfel mit Samakchen — in den Bergen von unermesslichem Wert. Und in die Ebene werden die nie gehen — dazu sind sie in den Bergen zu sehr zu Hause. Darauf aber wird sehr gehofft.

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 5. August.

Ein Aufruf für Finnland.

Der dänische Literaturhistoriker und Kritiker Georg Brandes veröffentlichte am Montag in „Politiken“ einen „Finnland“ überschriebenen Artikel, der sich hauptsächlich mit den Gewaltthaten gegen die drei Helsingforsker Universitätslehrer Baron Szredz, Professor Hornen und Dr. Estlander befaßt. Sie hatten eine in sehr loyaler, aber bestimmter Form gehaltene Eingabe an das Kanzleramt der kaiserlichen Alexander-Universität, zu Händen v. Plehwe's, gerichtet, worin sie gegen die schändliche Behandlung protestierten, der diejenigen finnischen Studenten ausgesetzt waren, welche der verfassungswidrigen Geordnung von 1901 nicht Folge leisteten. Die Studenten wurden wie Verbrecher verfolgt, ins Gefängnis geworfen und schließlich in Strafcompagnien außerhalb Finnlands gesteckt. Die Eingabe hatte zur Folge, daß die drei Universitätslehrer gewaltsam nach dem Innern Russlands geführt wurden. Brandes erklärt nun, diese Verleumdung der Universität Helsingfors sei auch eine Verleumdung für alle andren Universitäten. Der Artikel schließt mit folgendem Aufruf:

„Was geschehen möchte, ist dies: Die studierende Jugend der drei nordischen Länder und die Universitätslehrer dieser Länder sollten ihr Mißgefühl mit den Studenten und Lehrern der Universität Helsingfors ausdrücken und Protest einlegen gegen die Gewalt und Mißhandlung, die gegen sie verübt wird. Dann darf man hoffen, daß die Bewegung sich weiter fortpflanzt, so daß die Universitäten anderer Länder, zuerst und vor allem die Englands und Deutschlands, vielleicht auch die Frankreichs, sicherlich die Italiens, sich dem Protest anschließen und er also weiter rollt über die Erde, immer mehr vielstimmig. Daß eine solche Bewegung der aufgeklärtesten Klasse von Männern Europas von dem Kanzler Plehwe nicht als etwas angefehen wird, was er leicht nehmen kann, das hat er vollauf bewiesen, als er seiner Zeit selbst zur Feder griff, um hinsichtlich der finnischen Frage Stand entgegenzutreten, und das ist außerdem hinreichend bewiesen durch die Sorge der russischen Regierung, sich durch gewisse französische Blätter einen Zufluchtsort in der öffentlichen Meinung Europas zu sichern.“

Es ist die Aufgabe, die russische Regierung dahin zu bringen, daß sie sich isoliert fühl. Sie wird es immer mehr. Frankreich steht im Begriff, im Interesse der Schiedsgerichtsfrage Mitglieder der Parlamente aller Länder nach Paris einzuladen. Der Anfang wurde mit Mitgliedern des englischen Parlaments gemacht, nun kommt die Reihe an die nordischen. Aber es giebt ein Land, an das keine Einladung ergehen kann, weil es kein Parlament hat; das ist Rußland, Frankreichs einziger Bundesgenosse — das Land, von dem selbst der Vorschlag zur Errichtung eines Schiedsgerichts ausging.

Es ist ein ähnliches Gefühl des Isolierseins, das es nun bei Rußlands leitenden Männern hervorgerufen gilt, das Gefühl, daß sie von Europas geistigem Adel außerhalb der Zivilisation gestellt werden. Diese Regierung hat Finnlands beste Männer

aus ihrem Vaterlande ausgewiesen. Zur Wiederbergrüttung weist Europa diese Regierung aus der Kultur aus."

Georg Brandes, der zur Zeit in Karlsbad weilt, hat seinem Artikel folgende Nachschrift angefügt:

"Indem ich nach Abschluß meines Artikels aus dem Posthause trete, sehe ich im Fenster des Nachbarhauses ein Telegramm angeschlagen, welches mitteilt, daß Plehwe nicht mehr unter den Lebenden ist. Das russische Regierungssystem hat also neue einen von den Stößen erhalten, die seine Gewalttätigkeit in Bewegung setzen, ohne seine Lebensfähigkeit zu erhöhen. Das, worauf der Artikel hinausgeht, bleibt ganz unberührt von dem Geschehen."

Die Arbeiterklasse Westeuropas, das ist dem Aufruf Brandes hinzuzufügen, hat längst den Jakobinismus und russischen Korruptionsabsolutismus außerhalb der Kultur gestellt. Wir sind nicht wenig gespannt, wie weit der geistige Adel der Nation, die Brandes an ihm rühmt, folgen wird. In Deutschland hat bis jetzt der Denkeradel der Universitäten vielleicht hier und da darüber nachgedacht, ob ihm angesichts der russischen Menschheits-Schändung und der preussisch-deutschen Bedienstetenpflichten erwachsen; gethan hat er, bis auf den Artikel des Professors Delbrück über die Königsberger Geschehnisse, noch nichts!

Su den Wahlrechtsplänen.

Die „Germania“ entschließt sich spät, auf die Zettelungen gegen das Wahlrecht einzugehen. Sie spricht jetzt von einem Bedürfnis der Socialdemokratie nach „ein paar Sommerferien“ und erinnert an unsere vor Jahresfrist erfolgten Mitteilungen über die Giesebrechterei.

Die „Germania“ scheint vergessen zu haben, daß die Giesebrechterei nichts weniger als eine „Sommerferien“ war, sondern daß damals recht weitverbreitete Machenschaften gegen das Reichstags-Wahlrecht altentwöhlich nachgewiesen worden sind; es wurde erwiesen, daß zahlreiche Großindustrielle und Kommerzienräte, darunter Reichs- und Landtags-Abgeordnete, auch Angehörige der national-liberalen Partei, erhebliche Beiträge gegeben haben zur Förderung der Giesebrechtlichen Treibereien. Gerade durch unsere damaligen Enthüllungen ist diese hinterlistige Campagne durchkreuzt worden.

Weiter will nun aber die „Germania“ auf Grund zuverlässiger Informationen wissen, „daß die Behauptungen und Mitteilungen des „Vorwärts“ falsch sind“. Die „Germania“ ist äußerst wortkarg in dieser Erklärung.

Sie verschweigt, woher ihre „zuverlässigen Informationen“ fließen. Wir haben allen Anlaß, anzunehmen, daß die Informanten der „Germania“, wenn sie auch zuverlässig sein mögen, so doch ununterrichtet sind. Wir beharren auf Grund der uns gewordenen Mitteilungen bei unserer Darstellung. Und wenn jetzt niemand — außer den Konservativen — etwas gegen das Wahlrecht getzelt haben will, so ist unser Alarm darum keineswegs unnötig gewesen. Niemand kann leugnen, daß in den weitesten Kreisen der Reaktion der heiße Wunsch nach Wahlrechts-Änderung besteht, daß ferner diese Kreise alles aufbieten wollen, um die Socialdemokratie zu irgendwelchen Szenen zu provozieren, die dann den Anlaß geben sollen, um die zögernden Mittelparteien mit fortzureißen, die Mittelparteien, die sich nur allzu gern fortreißen lassen, wie die Gewaltthaten in den Volkskämpfen mit aller Eindringlichkeit gezeigt haben.

Es sei jedoch noch festgehalten, daß auch die „Germania“ jetzt die Erklärung abgibt, „daß das Centrum für eine Aenderung des Reichstags-Wahlrechts nicht zu haben sein würde“. Weist das Centrum gegen alle Verlockungen fest bei dieser Erklärung, dann wird es dem Deutschen Reich eine schwere Erschütterung ersparen, die nach den Wünschen der wahlrechtsfeindlichen Reaktion unvermeidlich sind.

Italien im Dienste des Zaren.

Rom, den 2. August.

Wir haben unlängst mitgeteilt, daß der „Avanti“ die italienische Regierung beschuldigt hatte, zwei russische Flüchtlinge ausgeliefert zu haben. Vergebens hat man auf irgend eine Aeußerung der Regierung gewartet: sie schwieg sich aus und war froh, daß der „Avanti“ auch schwieg.

Heute veröffentlicht nun unser Partei-Organ die Einzelheiten jener Schergenheit, die bereits im Jahre 1901 erfolgt ist: Die Ausgelieferten heißen Gosirowsky und Filippowsky und gehörten der sozialistischen Partei an.

Gosirowsky, ein russischer Offizier außer Dienst, wurde auf Demunziation russischer Spigeln in den ersten Februartagen 1901 in Rom in Via Scossa Cavalli von italienischen Polizisten verhaftet, als er eben die Wirtschaft Tomafini verließ. Er hatte in Rußland wegen „revolutionärer Umtriebe“ Festungshaft erhalten und war ihr entflohen. Die italienische Regierung rechnete es sich natürlich zur Ehre an, ihn seinen Peinigern wieder in die Hände zu liefern. Wenige Tage darauf wurde ein Freund des Gosirowsky, der Student Filippowsky, in seiner Wohnung Via Borgo Vecchio N. 12 in Rom festgenommen. Auch diese That war von russischen Spiegeln, deren Namen der Redaktion bekannt sind, vorbereitet worden.

Beide Verhaftete, russische Staatsangehörige polnischer Abkunft, wurden heimlich nach Pontebba übergeführt, dort österreichischen Polizisten übergeben, die sie in die Hände russischer Polizisten abliefern. Beide Russen wurden nach Sibirien deportiert und sind dort vielleicht längst gestorben und verkommen.

Aber die Enthüllungen des „Avanti“ gehen noch weiter. Die Beziehungen zwischen Rußland und Italien beschränken sich nicht auf die weltlichen Herrscher. Auch der Vatikan ist dabei beteiligt.

Auf Demunziation hoher Prälaten in Rom wurde in Petersburg der Bischof Stefan Jwierzowicz von Wilna verhaftet. Dieser Verhaftung wohnte der jetzt von seinem Schicksal erlöste Plehwe bei. Desgleichen wurde in Rußland auf Demunziation derselben hohen kirchlichen Würdenträger Roms der Vater F. J. Wiscard verhaftet und gleich dem Bischof nach Sibirien deportiert, obwohl er ein halb gelähmter Greis war.

Es findet also ein liebevoller Austausch statt: Rußland verhaftet, was Italien demunziert, und Italien rebaudiert sich, indem es seinerseits verhaftet, was die russische Polizei angiebt. Hinter der Verhaftung der beiden Geistlichen stecken Intriguen kirchlicher und wirtschaftlicher Natur, die vielleicht nie ganz aufgeklärt werden.

Und diese Intriguen dauern fort. Der „Avanti“ veröffentlicht eine ganze Liste mit den Namen polnischer Geistlichen, denen von russischen Agenten Briefe unterschlagen werden. Das Blatt erklärt, der Verleumdungslage der betroffenen Behörden mit Ruhe entgegenzusehen.

Deutsches Reich.

Hausbesitzer-Kammern. Der Verbandsrat der Deutschen Haus- und Grundbesitzer-Vereine in Breslau scheint sich das Ziel gesetzt zu haben, in der jetzigen Zeit der sauren Gurle für den nötigen Humor sorgen zu wollen. Ist schon die in gestriger Nummer charakterisierte Denkschrift des Verbandsdirektors Hartwich-

Dresden eine höchst kuriose, die hausagrarische Weltanschauung in ihrer Richtung von Nationalität mit rücksichtslosster Profitgier trefflich illustrierende Leistung. So wurde sie doch vorgelesen von einigen Herren noch bei weitem überboten. Nachdem nämlich die eigentlichen Verhandlungen mit dem 7. preussischen Hausbesitzertage unter Vorsitz des Justizrats Dr. Baumert-Spandau begonnen hatten, referierte Stadtverordneter Hertel-Dreslau über die Notwendigkeit der Errichtung von Hausbesitzer-Kammern, worunter er nicht etwa, wie der in die Geheimnisse der hausagrarischen Dialektik nicht eingedrungene Leser vielleicht annehmen könnte, besondere kleinere Appartements für notleidende Hausbesitzer verstand, sondern derartige Interessentenvertretungen, wie sie der Handel, das Handwerk, die Landwirtschaft in ihren „Kammern“ besitzen. Wie die Kaufleute, ländlichen Grundbesitzer, Ärzte usw. ihre offiziellen Vertretungen hätten, meinte er, so müßten auch die städtischen Haus- und Grundbesitzer ihre besonderen staatlich anerkannten Kammern haben, die für ihre Rechte eintreten könnten.

Verschiedenen Delegierten wollte diese geniale Idee nicht recht einleuchten, besonders ein Herr Müller-Hannover meinte, daß die natürliche Folge der Hausbesitzer-Kammern leicht die „Krieger-Kammer“ sein könnte; auch gäbe es schon Kammern genug. Aber siegreich mußte diese Bedenken Herr Dr. Baumert aus Spandau niederzuschlagen, indem er erklärte, daß die Regierung die Hausbesitzer-Kammern ebenso wenig zu entbehren vermöchte wie der Hausbesitzerstand, denn wenn die Regierung die Wohnungsfrage richtig lösen wolle, könne sie nicht ohne solche Kammern auskommen. Aber noch andre Gründe sprachen dafür: Wenn einmal das Wahlrecht geändert und auf die Grundlage der Berufsstände gestellt werden sollte, so würde es gut sein, schon eingerichtete Kammern zu besitzen; zugleich aber würden diese Kammern auch ein Schutzmittel sein gegen die immer größer werdende Gefahr der Kartelle. Also im Interesse des Staates und des Gemeinwohls seien Hausbesitzer-Kammern zu fordern!

Diese Beweisführung schlug ein. Der Verbandsrat beauftragte den Vorstand, für das nächste Jahr bestimmte Vorschläge zu machen, indem er zugleich einstimmig die Zweckmäßigkeit der Hausbesitzer-Kammern anerkannte.

Das Organ Plehwe, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, unterhält ihre russischen Leser über die „Ehlichkeit“ der deutschen Socialdemokratie. Sie schreibt:

„Erst kürzlich hat sich der „Vorwärts“ von dem socialdemokratischen Rechtsanwalt Dr. Liebnecht über seinen tendenziös entstellten Bericht vom Königsberger Prozeß ein vernichtendes Urteil ausstellen lassen müssen. Liebnecht schrieb, daß die ihm vom „Vorwärts“ in den Mund gelegten Ausprüche in dieser Form nicht von ihm vertreten werden können.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verschweigt mit russischer Ehlichkeit, daß Liebnecht besonders auf die widrigen Umstände hingewiesen hat, die die Ursache waren, daß sein Plaidoyer im Gegenjahre zu denen der anderen Anwälte unvollkommen wiedergegeben worden ist. Diese widrigen Umstände bestanden darin, daß ein erheblicher Teil der stenographischen Aufzeichnungen in unaußgeglichener Weise verloren gegangen war und die unter dem Zwang telegraphischer Berichterstattung in äußerster Hast versuchte Rekonstruktion schon deshalb nicht ganz gelingen konnte, weil auch — bürgerliche Berichte als Quellen herangezogen werden mußten. Gerade die „Vorwärts“-Berichte des Königsberger Prozeßes geben ein vollkommen getreues, wortgetreues Bild der Verhandlungen und die kleinen Irrtümer, die hier und da untergelaufen sind, sind verschwindend. Daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ den Bericht als „tendenziös“ empfindet, liegt einfach daran, daß ihr die innere Tendenz des Prozeßes, die sich mit Naturgewalt durchgesetzt hat, erklärlicherweise äußerst zuwider ist. Eine wirkliche Tendenz wahrheitsgemäß darzustellen, heißt aber doch nicht tendenziös darstellen.

Vom russischen Staatsanwalt.

Dieser Tage wurde der Redakteur der Königsberger „Volkzeitung“ Genosse Marchionini vor den Königsberger Untersuchungsrichter citiert. Dort wurde ihm eröffnet, daß er in seiner Eigenschaft als verantwortlicher Redakteur den Herrn Ersten Staatsanwalt von Königsberg, der eine so hervorragende Rolle im Russenprozeß gespielt hat, beleidigt haben soll. Und zwar soll das entsehlige Verbrechen in einem Leitartikel über den „märchenhaften Ungeschicklichkeit“ des Ersten Staatsanwalts, die er beim Russenprozeß an den Tag gelegt habe.

Es scheint, daß der Herr Erste Staatsanwalt gar noch sein Auftreten für „märchenhaft geschickt“ erachtet! —

Braunschweig, 4. August. Der Rostocker Kerztage hat mit seinem bekannten Verhalten gegen die Presse bereits Schule gemacht. Gestern hielt hier der Arbeitgeber-Schlichterband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen seine Generalversammlung ab. Kurz vor Eintritt der Mittagspause trat der Vorsitzende des deutschen Tischlertages, H. Schöning aus Berlin, an den Berichterstatter heran und überhäufte die Vertreter der Presse, die auf ausdrückliche Einladung der hiesigen Tischlerinnung erschienen waren, in maßloser Erregung mit den beleidigendsten Ausdrücken, indem er von Unverschämtheit, Frechheit, Dummheit, Randschneifen der Kerze usw. sprach. Zu diesem sonderbaren Benehmen gegenüber geladenen Gästen will Herr Schöning dadurch veranlaßt sein, daß in die Berichte verschiedene hineingebracht worden sei. Was er damit meinte, gab er nicht an, indessen scheint der Bericht der „Dr. Knechtens Nachrichten“ über die Beratungen des Tags zuvor hier abgehaltenen 21. deutschen Tischlertages das Mißfallen des Herrn Schöning erregt zu haben. Dieses Blatt hatte — ähnlich wie es beim Rostocker Kerztage seitens der Korrespondenz-Friedländer geschehen war — über eine rednerische Entgleisung etwas eingehender berichtet, als es dem Entgleisenden selbst gewesen mag. Die Vertreter der Presse verließen natürlich sofort den Saal. Die „Braunschweig. Landesztg.“ deutet an, daß sie gegen Herrn Schöning gerichtliche Vorgehen werde.

Der nächste deutsche Tischlertag soll in Kassel abgehalten werden. Den Kasseler Journalisten wird es gewiß angenehm sein, vorher zu erfahren, wie es ihnen bei den deutschen Tischlermeistern ergehen kann.

Der König von Sachsen, der soeben von längerer Kur in Gastein nach Dresden zurückgekehrt ist, scheint in seiner Gesundheit andauernd schwer geschwächt. Es wird mitgeteilt, daß bei seinem demnächstigen Geburtstage die üblichen militärischen Empfänge ausfallen.

Die Konflikte in Bayern.

Aus der Sitzung der bayerischen Abgeordneten-Kammer vom Donnerstagabend, über die schon kurz telegraphisch berichtet wurde, ist näheres mitzuteilen. Es kam, nach dem Bericht der „Frankfurter Zeitung“, zu einer Aussprache über die vorgelegten Angriffe der Kammer der Reichsräte auf den Abgeordneten Dr. Heim und die Kammer der Abgeordneten.

Abg. v. Volkmar führte aus, die Reichsrats-Kammer habe in der letzten Zeit in fortwährender Reihe sachliche und persönliche Angriffe auf Personen der Zweiten Kammer sich erlaubt. Es scheine das ein förmliches System zu sein. Es sei sogar zu einem Vorgang offizieller Rindgebung gekommen. Redner weist die Bemerkungen eines Reichsrats, der dem bayerischen Volke schon sehr viel Geld gekostet habe, energig zurück. Er erwähnt die in der Reichsrats-Kammer gefallenen Aeußerungen über die Beamten- und Abgeordneten-eigenschaft und sagt, man gebe in der Reichsrats-Kammer der Abgeordneten-Kammer Anweisungen über den Verkehr zwischen Kammer und Ministerium, man spreche von Demunziationen, beklage sich über die Redefreiheit und weende sich sogar gegen die Immunität. Man suche die Regierung

scharf zu machen, mache der Regierung den Vorwurf, daß sie der Kammer Rede und Antwort stehe, während der Kriegsminister unbeanstandet blieb, als er erklärte, er werde im Notfall sogar mit der Waffe sich verteidigen. Man verlange eine Beschränkung der Befugnisse der Zweiten Kammer und stelle die Behauptung auf, der Minister sei nur dem König, nicht auch der Kammer Verantwortung schuldig. Es sei ein Irrtum, zu glauben, die Reichsrats-Kammer könne sich als Ausschüßrat der Abgeordneten-Kammer aufspielen. Das gehe nicht an. Volkmar geißelt die liberale Presse, die solche Aeußerungen bejuble, man solle der Reichsrats-Kammer zeigen, daß sie von solchen Dingen die Finger hinweglasse, sonst könne sie sich dieselben vermerken. Wenn man so fortfahre, so komme die Frage über die Existenzberechtigung der Herrenhäuser überhaupt in Frage.

Dr. v. Daller (C.): Er könne den Aeußerungen des Vorredners keinen sachlichen Widerspruch entgegensetzen, er könne nur hinweisen darauf, daß die Kammer der Reichsräte eine verfassungsmäßige Institution sei und der Präsident abgemahnt habe, solche Kritik zu üben. Es zeige sich hier eine Rücksichtslosigkeit der Auffassung einzelner Herren der Reichsrats-Kammer, wie solche im 18. Jahrhundert vorhanden gewesen sei. Die Abgeordneten-Kammer habe keinen Streit angefangen, sie habe nur sachlich kritisiert und zwar mit vollem Recht, denn es seien schon öfters Beschlüsse der Reichsrats-Kammer, so z. B. die Ablehnung des Gebührengesetzes, vorgekommen, die geradezu bedauert werden müßten. Er könne schon sagen, daß die Abgeordneten-Kammer in solchen Dingen jedenfalls sachverständiger sei. Er bedauere die Vorkommnisse. Die beiden Kammern hätten gleiche Rechte, aber das müsse er sagen, in einem Konflikt mit der Reichsrats-Kammer werde die Abgeordneten-Kammer nicht unterliegen, denn hier stehe das Volk hinter der Abgeordneten-Kammer.

Abg. Wagner (lib.) verlangt jedenfalls das Recht der Kritik für beide Kammern, die gleiche Rechte besitzen, und verurteilt auf das entschiedenste die gestrigen Vorkommnisse.

Abg. Heim, der sich in ganz ruhiger Form äußert, erklärt, daß ihm seine Beamteneigenschaft keine weiteren Pflichten auferlege. Sobald er den Landtag betreue, bleibe der Beamte außerhalb des Hauses. Der betreffende Reichsrat solle sich doch die Verfassung ansehen. Er (Heim) werde jetzt und in aller Zukunft so handeln wie bisher. Er verwalte sich gegen den Vorwurf des Hafteranlaufs und gegen die Unterstellung des persönlichen Angriffs und gegen den Angriff auf seine Integrität. Er wolle heute nicht Mache nehmen, sonst könnte er an einen Reichsrat erinnern, der dem bayerischen Volke durch seine Geschäfte schon sehr viel Geld gekostet habe.

Abg. Beck (fri. Bg.) erklärt, daß er nicht finden könne, daß man in der Reichsrats-Kammer so scharf war. Es drehe sich doch nur um persönliche Angriffe und er könne sagen, was sei in der Abgeordneten-Kammer schon alles gesagt worden über die Reichsrats-Kammer.

Präsident Dr. v. Orterer erklärt, daß er als Präsident und Abgeordneter spreche. Er beklage die fraglichen Aeußerungen auf das äußerste. Solche Dinge trübten das Einvernehmen beider Kammern. Er wundere sich, daß der Einwurf, daß die Regierung zu schwach sei, nicht sofort zurückgewiesen worden sei. Der in der Reichsrats-Kammer antretende Kriegsminister habe, wie es scheint, vergessen, daß er ein Mitglied der königlichen Staatsregierung sei. Es sei sehr auffällig, daß die Abgeordneten-Kammer nie ein Wort des Schutzes von Seiten der Regierung habe bei den schweren Angriffen, die in der Reichsrats-Kammer in der letzten Zeit gefallen seien. Das sei für ihn ein sehr schwerer Verdruß. Er selbst sei ja große Angriffe gewöhnt, ohne daß man ihm einen Schutz gewähre. Er weise aber auf das bestimmteste die Intimation der „Allgemeinen Zeitung“ zurück, daß er mit der Regierung ein Spiel getrieben und nicht das möglichste gethan habe, um die Geschäfte zu fördern. Er fordere direkt die Staatsregierung zur Aeußerung auf. Er habe immer nur dem Lande dienen wollen. Außerhalb des Hauses werde er in dieser Richtung noch deutlicher werden.

Staatsminister v. Feiltsch erklärt: Die Regierung bedauere die gegenseitigen Angriffe beider Kammern. Sie sei jederzeit bereit, die Hand zur Versöhnung zu bieten und Mißhelligkeiten zu beseitigen. Man solle aber auch nicht vergessen, daß man hier in diesem Hause jetzt und früher schon sehr scharf gegen die Reichsrats-Kammer vorgegangen ist. Die Regierung werde stets die Wahrung der verfassungsmäßigen Bestimmung im Auge behalten. Sie werde keine Einschränkung der Lage der Kammern zugeben, aber auch die Rechte der Regierung den beiden Kammern gegenüber wahren. Ungerecht sei es, von einer Schwäche der Regierung zu reden. Sie müsse aber auch Halt machen vor dem Gesetze. Das sei keine Schwäche, das sei eben Pflicht. Minister v. Aich habe jedenfalls sehr gute Gründe gehabt, als er gestern nicht sofort eintrat in der Vertretung der Regierung, da die Angriffe ja gegen die Gesamtregierung gerichtet waren, also auch von dieser zurückgewiesen werden mußten. Das werde auch noch geschehen. Das müsse er übrigens konstatieren, daß der Präsident der Abgeordneten-Kammer, Dr. v. Orterer, fortwährend alles zur Verschleimung der Geschäfte des Landtages gethan habe.

München, 5. August. (B. Z. V.) Die Kammer der Abgeordneten nahm heute bei der Beratung des Etats der direkten Steuern mit allen 98 abgegebenen Stimmen in namentlicher Abstimmung einen Antrag Pichler (C.) an, daß die preussischen Eisenbahnen ihr bisheriges Steuerprivilegium vom 1. Januar 1905 ab verlieren sollen.

Ausland.

Schweiz.

Lausanne, 5. August. Der Lausanner „Revue“ zufolge ist die Antwort der russischen Regierung auf die Note des Bundesrats betreffend die Aßernung des schweizerischen Obersten Kudeoud vom russischen Kriegsminister heute der Bundesregierung durch den russischen Botschafter zugestellt worden. Ausland behauptet darin, Kudeoud habe im Gespräch mit einem fremden Militärattaché die Verwendung der russischen Artillerie kritisiert. Darin habe Ausland eine Ungehörigkeit erblickt. Das schweizerische Militärdepartement werde nun dem Obersten diese Antwort mitteilen und ihn zur Berichterstattung auffordern.

Ein Fortschritt der schweizerischen Miliz.

Aus Zürich wird geschrieben: In seinem auf dem socialdemokratischen Parteitage in Winterthur von 1896 gehaltenen Vortrag über die Demotisierung unfreier Heerwesen behandelte unser Genosse Karl Bürkli auch die Frage des zukünftigen Civil-Wehrkleides, worüber er folgendes ausführte: Ist denke, es dürfte nicht zu sehr vom Erdboden, von Wald und Flur, absteigen, jedenfalls nichts Scheiniges, keine glänzenden Metallknöpfe, an sich haben, nicht hell, sondern dunkel sein, etwa dunkelgrau oder grün, ja nicht blau oder rot, wie der Feind. Als Kopfbedeckung empfahl er einen weichen, soliden Filzhut oder eine Mütze, für den Nacken einen mehr bürgerlichen als militärischen Schnitt und Stoff von nur einer Farbe, einen Mantel oder Kaput für schlechtes Wetter, eine Wulst oder Joppe für heißes Wetter, bequeme Hosen usw. Nun ist in der „Zür. Post“ zu lesen, daß in der gegenwärtig in Zürich weilenden Rekrutenschule probeweise mehrere Gruppen nach dem neuen Bekleidungsmodell ausgerüstet sind, das stark an die Vorschläge unfreier verstorbenen Wäffler erinnert. An Stelle des Waffenrockes ist eine leichtere Joppe mit niederliegendem Kragen getreten, in Schnitt und Ausarbeitung derjenigen ähnlich, die manche Gebirgsbewohner tragen. Der Hosenknopf weicht insofern vom bisherigen ab, als die Hosen sich unten stark verengen und, mit Knöpfen geschlossen, leicht in die hohen Schuhstiefel gesteckt werden können. Das Käppi ist durch einen leichteren Tropfenhelm ersetzt. Die ganze Bekleidung hat Kalkfarbe, und zwar in zwei verschiedenen Nuancen. Die eine ist ein dunkles Grau, die andere ein schwaches Grün. Alle freitragenden Haken, wie wir sie im Rot des Arzengens und der Paspole der jetzigen Kleidung haben, fehlen, ebenso die beschimmernden Metallknöpfe. Auch die Gradabzeichen sind viel

unheimlicher und etwas verdeckt angebracht. Infolgedessen ist die neue Kleidung nicht mehr so schmal und sitzt sehr von der alten ab. Die Urteile, die man über sie im Publikum hört, lauten sehr abspärend. Das hat aber wenig zu bedeuten. Unser Auge hält im Anfang manches für unheimlich, was nach längerem Ansehen ihm dann doch gefällt. Siehe die Damenmoden. Zudem tritt in der Militärkleidung nicht das ästhetische, sondern das praktische Moment in den Vordergrund.

Dazu ist ergänzend noch zu bemerken, daß der Tornister durch den Kufsch, wie ihn die Touristen tragen, ersetzt ist, der viel bequemer getragen werden kann als der erstere und auch leichter ist. Insgesamt soll durch die neue Ausrüstung die Belastung des Mannes um ca. 11 Pfund vermindert sein.

Es ist kaum daran zu zweifeln, daß diese Neuerungen sich bewähren und sodann allgemein in der schweizerischen Miliz eingeführt werden.

Frankreich.

Paris, 5. August. Mehrere Blätter hatten hervorgehoben, daß das „Journal officiel“ unter den Dokumenten über den Abbruch der Beziehungen zum päpstlichen Stuhl eine vom 10. Juni datierte Depesche des Staatssekretärs Ferry del Val an den Nuntius Lorenzelli nicht veröffentlicht habe. Eine Note der Agence Havas“ erklärt hierzu, daß der Text dieser Depesche sei deswegen nicht veröffentlicht worden, weil die ersten Zeilen dieses Dokuments unannehmlich seien, daß der Vatikan die Veröffentlichung nicht wünsche. Der „Temps“ meldet aus Rom: Wie es heißt, wird der Bischof Le Nordze von Dijon auf seinen Bischofsstuhl verabschiedet und der Vatikan wird ihm seine Bischofsprivilegien belassen und für seine materiellen Bedürfnisse sorgen.

England.

London, 4. August. Unterhaus. Bei der Specialdebatte über den Marinestat betont Edmund Robertson (lib.) bei dem Kapitel Schiffsbau die Vermehrung der Marineausgaben und weist auf die Verminderung der Marineausgaben in Frankreich hin. Obgleich es taktlos wäre, auf die Schiffsverluste Englands hinzuweisen, müßte England doch von den jüngsten Ereignissen Kenntnis nehmen. Redner fragt, ob die Admiralität irgend eine Hoffnung auf Verminderung der Ausgaben in Zukunft machen könne.

Dille (lib.) führt aus England müßte die Vermehrung der Flotten Deutschlands und Amerikas in Betracht ziehen. Die Vergrößerung der deutschen Flotte müßte England Besorgnis einflößen. Es sei gegenwärtig unmöglich für England, sich nach dem Vorschlag Frankreichs für eine Verminderung der Flotten zu richten.

Parlamentarischer Sekretär B. P. erklärt, England halte an der „Zweimächtenorm“ fest. Was die Anfragen Robertsons betreffe, so könne er gegenwärtig keine ausreichende Antwort geben; die von Robertson erwähnten Faktoren würden nicht aus dem Auge gelassen werden. Man werde in diesem Jahre mit dem Bau von zwei Schlachtschiffen zu je 16 500 Tonnen mit 18 Meilen Geschwindigkeit und von vier Kreuzern von je 14 000 Tonnen und 23 Meilen Geschwindigkeit beginnen. Im Laufe seiner Rede erwähnte der Redner, daß die Baukosten in Deutschland in jüngster Zeit die Englands übertraffen habe.

Das Haus beriet dann in der Specialdebatte eine Vorlage, die von der Regierung eingebracht war, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die durch die Weigerung der Grafschaftsrichter von Wales, das Untergericht durchzuführen, veranlaßt wurden. Die radikalen Mitglieder bekämpften energisch die Vorlage und nach fünfstündiger Beratung sind nur zwei Unteranträge erledigt. Premierminister Balfour befragt darauf den Schluß der Debatte über die ersten zehn Zeilen der Vorlage. Der Vorsitzende des Komitees Lowther nimmt den Antrag an und läßt zur Abstimmung schreiben. Die radikalen Mitglieder protestieren dagegen und verzögern die Teilnahme an der Abstimmung. Lowther erklärt, er müsse über ihr Verfahren dem Sprecher Bericht erstatten. Da aber der Sprecher durch Unwohlsein vom Stühle ferngeblieben ist, übernimmt Lowther als zweiter Sprecher den Vorsitz und berichtet unter den Zurufen „Psst!“ und „Schand!“ sich selbst formell Bericht über das Verhalten der Radikalen und fordert diese zur Abstimmung auf. Nach einer stürmischen Scene ruft Lord George (lib.) aus: Wir wollen nichts mehr mit der Sache zu thun haben. Asquith (lib.) erklärt: Wenn die Mitglieder für Wales dieses Verfahren einschlagen, wird die ganze Opposition ein gleiches thun. Darauf verlassen sämtliche Mitglieder der Opposition das Haus. Die Specialdebatte wird darauf geschlossen. Kurz darauf lehrt die Oppositionspartei in den Sitzungssaal zurück und beantragt angesichts der jüngsten Ereignisse die Vertagung des Hauses. Premierminister Balfour erklärt nach weiterer Erörterung, er werde nur unbeanstandete Vorlagen zur Diskussion bringen. Der Antrag der Opposition wird sodann zurückgezogen und kurz nachher das Haus vertagt.

London, 5. August. Die Blätter veröffentlichen ein Schreiben des Premierministers Balfour an ein Unterhausmitglied. Der Minister betont darin, daß er eine Fremdenfesselung für sehr wichtig halte und keine Zeit verlieren werde, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer derartigen Gesetzgebung im Wege ständen.

London, 5. August. (Oberhaus.) Auf eine Anfrage Lord Newtons wiederholt der Staatssekretär des Auswärtigen die gestrige Erklärung Lord Percy's im Unterhaus betreffend die Gendarmerie-Offiziere, fügt aber hinzu, er glaube, daß die Offiziere gegen eine Vermehrung der Zahl der Gendarmerie-Offiziere Einspruch erhoben habe. Wegen einer Behauptung Lord Newtons, daß die durch den russischen und den österreichisch-ungarischen Vorkämpfer hinsichtlich der Vermehrung der Offiziere unternommenen Schritte hinter dem Rücken der anderen Mächte gefahren seien, erklärt der Staatssekretär, nach der Information der englischen Regierung liege kein Grund zu der Annahme vor, daß diese Schritte in derartigen Weise gefahren seien. Was die allgemeine Sachlage in Macedonien betreffe, so glaube er, es sei eine Besserung der Verhältnisse vorhanden, die langsam, aber wesentlich fortschreite.

Türkei.

Konstantinopel, 5. August. (Meldung des Wiener L. Z. Telgr. Korresp. -Bureaus.) Die Lage im Sandchal Rusch und im Blajet Erzerum hat sich in jüngster Zeit verschlechtert; neu aufgetauchte armenische Banden, welche die Kurden neuerdings erhitzen, erschweren die Interventionen der Vorkämpfer und die türkischen Maßregeln. (?) Die Vorkämpfer Englands, Frankreichs und Spaniens erhoben bei der Offizierskonvention, um Ausfährungen gegen die Armenier zu verhindern. Die Zivilisten und deren Stellvertreter konstatierten auf ihrer Inspektionsreise in der Gebirgslandschaft Kalesija, nördlich des Dairdakees, daß die Zeitungs-nachrichten über dortige Hungerstöße und Krankheiten unbegründet seien; dagegen fanden die Zivilisten die Situation im Gebirgsgebiete ungünstig und die Kollage ziemlich allgemein.

Asien.

Niederländische Kolonialmächte. Im verfloffenen Halbjahr wurde von den niederländischen Kolonialtruppen auf Sumatra ein Kriegszug nach den Gajoe- und Alasländern unternommen, und zwar war es die Kolonie Van Daalen, die berufen war, die kriegerischen Vorarbeiten zu ernten. Die Berichte über die einzelnen Gefechte ließen erkennen, daß die Niederländer ihre „Siege“ mit wenigen Toten und Verwundeten erkauften, während die Verluste der Feinde nach Hunderten zählten. Unser Bruderorgan „Der Volk“ bringt nun eine Uebersicht über die Verluste auf beiden Seiten in den verschiedenen „Gefechten“, die sich über die Zeit vom 14. Februar bis zum 20. Juli erstreckt. Das Endergebnis ist, daß auf niederländischer Seite 20 Mann getötet und 182 verwundet wurden; dagegen wurden Eingeborene 3420 getötet und 176 verwundet. Die Liste über die verwundeten Eingeborenen scheint jedoch unvollständig zu sein, da in den Berichten aus den Gajoeländern nur die Ver-

wundeten auf niederländischer Seite erwähnt werden. Vielleicht hat man aber dort nach der ja leider auch in Deutschland nicht unbekanntem Anweisung „Kardon wird nicht gegeben“ gehandelt und alles niedergemacht, was einem in den Weg kam, was um so wahrscheinlicher ist, als unter den getöteten Eingeborenen auch 784 Frauen und Kinder sind. Am geringsten scheint der Widerstand in den Alasländern gewesen zu sein. Hier waren die Verluste der Niederländer am geringsten, die der „Feinde“ am höchsten, so viel z. B. am 10. Juni bei Kota Reh ein Niederländer und 15 wurden verwundet, von den Eingeborenen aber fielen 561 und 51 wurden verwundet; am 20. Juni bei Pikat aber gab's auf niederländischer Seite wieder Gefallene noch Verwundete, die Eingeborenen aber hatten 431 Tote und 54 Verwundete und in zwei folgenden „Gefechten“ fielen auf niederländischer Seite je drei Mann, Eingeborene aber wurden 654 und 652 umgebracht. — Nach diesen Zahlen zu urteilen, hat es sich nicht um einen Krieg und um Gefechte gehandelt, sondern um die Abschichtung wehrloser und gar nicht zu ernstem Widerstand geneigter Menschen. —

Amerika.

Washington, 5. August. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus“.) Der amerikanische Gesandte in Caracas berichtet, er habe beim Präsidenten Castro energisch Einspruch gegen die Beschlagnahme der Asphaltgruben erhoben, die der New York and Vermudez Company gehören.

Der amerikanische Gesandte in Konstantinopel hat berichtet, er habe bisher die erwartete zufriedenstellende Antwort des Sultans bezüglich der Rechte amerikanischer Bürger in der Türkei nicht erhalten. Während der Verhandlungen werden möglicherweise die amerikanischen Kriegsschiffe in Gibraltar bleiben, um zur Unterstützung des Gesandten bei den Verhandlungen bereit zu sein. —

Der demokratische Ex-Präsident Grover Cleveland veröffentlicht in der „Fortnightly Review“ einen Artikel, betitelt „The American Government in the Chicago Strike of 1894.“ (Die amerikanische Regierung im Chicagoer Streik 1894.) Sonderbar, — nach vollen zehn Jahren kommt Cleveland mit einer Erklärung oder einer Rechtfertigung seines Verhaltens zu dem großen Eisenbahnerstreik von 1894. Mancher mag ein schlechtes Gewissen annehmen, welches nicht zur Ruhe kommen kann, aber es sollen politische Gründe sein, welche die Veranlassung zu dem Artikel gegeben haben. Die demokratische Partei braucht die Arbeitermassen zu einem Erfolge. Die Aufregungen unter den Arbeitern misstrauen aber den Demokraten nicht minder wie den Republikanern und haben als Beweis tausendmal darauf hingewiesen, wie der demokratische Präsident Cleveland sich 1894 als williges Werkzeug der Eisenbahngesellschaften gegen die streikenden Arbeiter gebrauchen ließ. An der Spitze der Streiker stand Eugen W. Debs, der Präsidentschaftskandidat der sozialistischen Partei für nächsten November. Debs führte den Streik in glänzender Weise, bis Cleveland mit seiner Macht eingriff, worauf der Streik sofort verloren ging. Durch die Militärmacht wurden die Streiker eingeschüchtert und die Führer wurden gefangen gesetzt. Wenn die letzteren auch unter Bürgerhaft ihre Freiheit bald wieder erlangten, so waren ihnen doch durch sogenannte „Einhaltsbefehle“ der Gerichte die Hände gebunden. Cleveland sandte Ende Juni 1894 Bundesstruppen nach Chicago; das geschah gegen den Wunsch und unter dem Protest Altgelds, des damaligen Gouverneurs von Illinois. In seinem Artikel will Cleveland glauben machen, daß damals die Vereinigten Staaten vor einer großen inneren Gefahr standen und daß es seine Pflicht gewesen wäre, mit der Macht der Bundesregierung einzugreifen. Die Arbeiter werden ihm kein Wort glauben; sie wissen, daß damals nur die Eisenbahngesellschaften in großer Gefahr standen, im Kampfe gegen die Streiker zu unterliegen. Für die Arbeiter wiegen die Worte Altgelds weit schwerer als die eines Cleveland. Altgeld war einer der besten Demokraten, den die Partei besaß. Aufrichtig und unbestechlich, ist er als armer Mann gestorben. Ehrlich in der Politik, wurde er von seiner Partei verlassen. Altgeld telegraphierte an Cleveland, daß die Truppen unnötig seien, daß sie im Gegenteil erst eine Gefahr schaffen und daß der Präsident gegen die Verfassung handle, wenn er unaufgefordert Truppen nach Illinois sende. Half alles nichts! Die Bahngesellschaften verlangten die Truppen und Cleveland gehorchte.

Eugen W. Debs wird nicht veräumen, die Arbeiter über die Situation von 1894 aufzuklären. Debs ist angesehen und beliebt bei den organisierten Arbeitern und er ist überall bekannt. Die sozialistische Partei konnte sich keinen Kandidaten aussuchen. Er ist ein sehr guter Redner und der Amerikaner ist ihm aus den ersten Blick anzusehen, was bei der Agitation für sozialistische Ideen, die noch vielfach als ausländisches Gewächs angesehen werden, von Vorteil ist. Die Partei entfaltet eine lebhaftere Thätigkeit von New-York bis San Francisco und erwartet mit Sicherheit im November einen ansehnlichen Stimmenzuwachs.

Gewerkschaftliches.

Streikposten und Strafenpolizei-Verordnung.

Wegen Nichtbefolgung einer „zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung auf der öffentlichen Straße ergangenen polizeilichen Anordnung“ waren die Metallarbeiter Schwarz, Vaumbach und Leitow in zweiter Instanz zu Geldstrafen verurteilt worden. Das Landgericht führte in seiner Begründung des Urteils unter anderem aus: Als in der Feilenfabrik von Scharf zu Charlottenburg im vorigen Sommer ein Streik ausgebrochen gewesen sei, habe sich Scharf telephonisch um Schutz an den Vorstand des 6. Polizeireviere gewandt. Zur selben Zeit sei in den nahen Nörstelwerken ebenfalls gestreikt worden und einen Nörstelführer hätten „Streikende“ vom Wagen heruntergeholt. Arbeitswillige hätten sich von Schutzleuten zur Arbeitsstätte geleiten lassen und hätten einem Schutzmann „erzählt“, Streikposten bedrohten sie, indem sie ihnen in Aussicht stellten, daß ihnen die Knochen gebrochen werden würden. Infolgedessen habe die Polizei den Streikposten besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Einem Schutzmann seien die Angeklagten Schwarz und Vaumbach als Streikposten „bezeichnet“ worden, worauf er sie zum Weitergehen aufgefordert habe. Schwarz sei von der Scharfschen Werkstatt weggegangen, habe sich aber nach 7/8 Stunden wieder an derselben Stelle eingefunden. Vaumbach sei nach ein paar Schritten wieder in der Nähe der Werkstatt Scharfs auf und abgegangen. Sie hätten also die Anordnung nicht befolgt. Diese sei aber zweifellos eine solche im Sinne der Strafenpolizei-Verordnung, sei „zur Aufrechterhaltung“ der Ruhe und Ordnung ergangen, was daraus besonders zu schließen sei, daß jene erwähnten Umstände (angeblich vom Bod gezogenen Nörstelführer u.) bekannt geworden waren. Dieser Schutzzweck der Anordnung sei maßgebend. Unerheblich sei demgegenüber, daß es zwischen Streikenden und Arbeitswilligen der von den Angeklagten beobachteten Werkstatt Scharf nicht zu Thätlichkeiten gekommen sei.

Was nun Leitow angeht, so möge dahingestellt bleiben, ob er Streikposten gewesen sei. Jedenfalls habe er fortwährend auf einen der anderen beiden Angeklagten eingeredet, daß er sich nicht der Anordnung des Schutzmanns fügen brauchte. Dies Verhalten drohte die öffentliche Ruhe und Ordnung zu gefährden, so daß der Schutzmann berechtigt gewesen sei, ihn ebenfalls fortzuweisen. Auch er sei wegen Nichtbefolgung dieser Anordnung zu bestrafen.

Die Angeklagten legten Revision ein, zu deren Begründung besonders geltend gemacht wurde, daß der Schutzmann einer allgemeinen, sich gegen die Streikposten richtenden Anweisung des

Nebstvorstandes gefolgt sei und es sich somit um ein gesetzwidriges polizeiliches Verhindern des Streikpostensiechens an sich handle. Die Leute seien weggetrieben worden, weil sie Streikposten waren, und nicht, weil sie die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdeten.

Das Kammergericht verwarf indessen die Revision als unbegründet. Es erachtete die „thatsächliche“ Feststellung für bindend, daß die Anordnungen zum Weitergehen „zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ergangen“ seien.

Wir sind also glücklich bei der durch richterliche „thatsächliche“ Feststellungen“ gemilderten Polizeivillkür mit Bezug auf die Ausübung des Koalitionsrechts angelangt.

Berlin und Umgegend.

Wieder: Die polizeiliche Behandlung von Streikposten.

Dieses Thema ist einfach unerschöpflich. Die Polizei behandelt die Streikposten trotz Koalitionsrecht und Reichsgerichtsentscheidungen nach wie vor, als wenn sie vogelfrei wären. Hier wieder ein markanter Fall: Bei der Firma Loosmann in der Mantuffelstraße streikten die Schlosser wegen vorgelommener Maßregelungen. Als nun am Donnerstag zwei der Ausständigen Streikposten standen, wurden sie polizeilich nach der Wache hiebert und zwar auf die Beschuldigung des Meisters Krieger hin, der da angab, sie hätten drei Arbeitswillige beleidigt, bedroht und gefoltert. Auf Grund dieser bloßen Beschuldigung hin, deren thatsächliche Unterlage von den beiden Streikposten auf das Entschiedenste in Abrede gestellt wird, wurden die Streikposten wie gemeine Verbrecher mit dem grünen Wagen nach dem Polizeigefängnis am Alexanderplatz eingeliefert, woselbst man sie bis gestern nachmittag eingesperrt hielt. Bei ihrer Vernehmung meinte der Kommissar laut Aussage der beiden Verhafteten, wenn er wüßte, daß er den Beschuldigungen des Meisters Glauben schenken könne, dann würde er sie in Untersuchungshaft abführen lassen. Eigentlich müßte er sie dabehalten, weil sie nach ihrer Freilassung wahrscheinlich doch gleich wieder auf Streikposten ziehen würden. Als beide darauf erwiderten, sie würden allerdings wieder Posten stehen, da ihnen dies gesetzlich gestattet sei, sagte der Kommissar mit einer nicht mißzuverstehenden Handbewegung: „Ach was, gestattet!“ Er verfuhr schließlich ihre Entlassung mit der Bemerkung, sie sollten das Streikpostenstehen nur bleiben lassen, denn wenn sie wieder eingeliefert würden, dann erfolge ihre Uebersetzung an das Gericht. — Vorläufig wird gegen das Vorgehen der in Frage kommenden Beamten der Beschwerdeweg betreten werden.

Bautenkontrolle des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer.

Am 26. Juli 1904 wurde auf Beschluß einer größeren Sitzung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend eine Bautenkontrolle in Berlin und den Vororten ausgenommen. Das Resultat teilen wir hierdurch mit:

Kontrolliert wurden 1317 Kaufstellen inklusive Brücken, Umr., Ausbauten und Scharwerken. Auf denselben arbeiteten 12 822 Maurer. Von den 1317 Arbeitsstellen sind 103 Accordbauten. Darauf sind beschäftigt 1127 Maurer. 11 195 Maurer arbeiten in Lohn. Von diesen erhalten 8481 pro Stunde 70 Pf., 780 72 1/2 Pf., 1212 75 Pf., 55 77 1/2 Pf., 327 80 Pf., 152 70—80 Pf., 83 80 bis 95 Pf., 70 weniger als 70 Pf., von 67 konnte der Lohn nicht ermittelt werden. Außerdem erhalten 12 Maurer wöchentlich 3 M. Zuschlag, an 5 derselben werden pro Tag zwei Stunden a 70 Pf. extra gezahlt. Auf dem Bau Garten-Ufer, Unternehmer Feindlin aus Chemnitz, erhalten 3 Schornsteinmurer pro Stunde 45 Pf. Dieselben arbeiten pro Tag 10 Stunden und erhalten eine Vergütung von 1,50 M. pro Tag. 18 Maurer beschäftigen sich mit Reparaturarbeiten, der Lohn beträgt von 80 Pf. pro Stunde bis 10 M. pro Tag.

Was die kontrollierten Bauten anbetrifft, so befinden sich von denselben im Keller 118, Parterre 86, I. Etage 70, II. Etage 45, III. Etage 68, IV. Etage 51, Drempel 81, Brückenbauten, Ausbauten, Umbauten, Scharwerk 730.

Von 68 Bauten ist nicht angegeben, um was für Arbeiten es sich handelte oder in welchem Stadium dieselben sind. Auf 391 Bauten waren Baudeputierte vorhanden. Die Baudeputierten waren auf 945 Bauten in Ordnung, 928 Aborte waren ebenfalls in Ordnung. Auf den anderen Arbeitsstellen wurden Wunden sowie Aborte gar nicht oder in ganz miserablen Zuständen angetroffen.

So tief einschneidende Mißstände zu beseitigen, bedarf es, daß jeder einzelne mit Hand ans Werk legt.

Der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer.
J. A. Heinrich Reyle.

Zum Streik der Lagerarbeiter der Firma J. E. Degner wird uns weiter mitgeteilt, daß sämtliche 31 ausländigen Arbeiter eintätig den Betrieb verlassen haben unter Forderung ihrer Papiere sowie Zeugnisse. Die Verhandlungen führten zu keiner Verständigung, weil die Vertreter des Chefs kein Entgegenkommen zeigten. Jahrelang zahlte die Firma 30, 31 und 32 1/2 Pf. Stundenlohn. Im Frühjahr wurde durch Vorgehen der Arbeiter der Anfangslohn pro Stunde auf 35 Pf. erhöht, welcher nach einhalbjähriger Thätigkeit auf 37 1/2 Pf. stieg, nach zwei Jahren auf 40 Pf. und vier Jahren 42 1/2 Pf. steigen soll. Die schwere Arbeitsleistung hat zur Folge, daß die im niedrigen Lohn stehenden Arbeiter sehr wechseln; daher beziehen jetzt augenblicklich 24 Arbeiter einen Lohn von 35 Pf., 2 Arbeiter 37 1/2 Pf., 2 Arbeiter 40 Pf., 3 Arbeiter 42 1/2 Pf. pro Stunde. Die besserbezahlten Arbeiter sind sogenannte Kolonnenführer. Da man nun beim höchsten Gehalt anfang zu entsaften, so erregte dies bei den Arbeitern den Verdacht, daß die Firma schließlich bis Ausgang Sommer alle besserbezahlten entläßt und dann im Winter Kolonnenführer für 35 Pf. hat. Auch die unbillige Zumehaltung der Häuser hat seit zu Klagen geführt. Der Expedient konnte sich nicht vertheidigen, Kolonnenweise Frühstück und Vesper machen zu lassen, sondern kam stets mit der Antwort: „Erst alle Wagen raus“. So wurde es 10—11 Uhr bis zum Frühstück. — Alle diese Verhältnisse haben zum Ausbruch des Streiks wesentlich beigetragen.

Die Holzbildhauer hielten am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine Branchenversammlung ab, um über ihre Stellung zur Ablehnung des Vertrages durch die Holzindustriellen und die Tischlereiern zu beraten. Die Beratungen dauerten bis nach Mitternacht und endeten damit, daß die Beschlußfassung auf eine nach möglichst acht Tagen stattfindende Versammlung vertagt wurde. — Außerdem wurde in der Versammlung über den Streik der Bildhauer der Möbelfabrik von Pfaff berichtet. Die Ausdauer und Solidität der Streikenden ist musterhaft. Streikbrecher hat die Firma keine, nachdem sich der eine, über den sie verfügte, krank gemeldet hat. Die Firma sucht nun ihre Arbeit bei Kleinmeistern anzubringen und gibt sich große Mühe, die Werkstätten, die, wenn möglich, für sie arbeiten sollen, vor den Streikenden geheim zu halten, was aber nicht recht gelingen will. In allen Werkstätten, wo Holzbildhauer thätig sind, wird streng darauf gesehen, daß keine Streikarbeit für Pfaff angefertigt wird.

Achtung, Schuhmacher! Die Differenzen in der Betriebsgenossenschaft selbständiger Schuhmacher, Wilhelmstraße 30, sind beigelegt worden. Nach den getroffenen Abmachungen bleiben die bisherigen Lohnsätze bis zum 15. September d. J. bestehen. In der Zwischenzeit wird von der Betriebsleitung eine andere Arbeitseinstellung geschaffen werden. Auf Grund derselben wird dann die Aufstellung eines neuen Lohnsätzen erfolgen und ist über denselben spätestens 14 Tage vor Ablauf obiger Frist mit den Arbeitern in Verhandlungen einzutreten.

Ordnungswahrung des Vereins Deutscher Schuhmacher.

Mit dem Glaserstreik befaßte sich gestern Abend in den Industrie-Verhalten eine gut besuchte gemeinschaftliche Versammlung der Gesellen und Meister. Nach einer sachlichen Richtigstellung von mehreren unzutreffenden resp. irrthümlichen Behauptungen, die sich in einem Rundschreiben des Jungmänner-Vorstandes sowie des Glasermeisters Salomonis befanden, drehte sich die sehr lebhafteste Debatte hauptsächlich um die Form zu etwa anzubahmenden gegen-

seitigen Verhandlungen. Die Meistervertreter legten nochmals die bereits bekannten Gründe dar, weshalb sie nur den Gesellen- aus- schuß und nicht die Organisations- Bevollmächtigten als Vertreter der Gesellschaft zu Verhandlungen anerkennen wollten. Ihnen wurde von den zahlreichen Rednern der Gesellen das Veraltete des Innungsstandpunktes vorgehalten und ganz besonders darauf hingewiesen, daß der Ausbreitungsbezirk der Innung bei weitem nicht die ganze Gesellschaft, die für den Tarif in Frage kommt, umschließt. Die Versammlung beschloß alsdann einstimmig, die Verhandlungen mit den Arbeitgebern nur durch die Vertreter der Gesellenorganisation nicht aber durch den Gesellenausschuß zu führen. Von diesem Standpunkte abzuweichen, liege im so weniger Veranlassung vor, als der Sieg bereits halb errungen sei. Mitgeteilt muß werden, daß trotz des Innungsbeschlusses, den neuen Tarif nicht anzuerkennen resp. die gegebenen Unterschriften wieder zurückzuziehen, bereits eine weitere Anzahl Verdingungen eingegangen sind, so daß jetzt 35 Firmen den Tarif anerkannt haben. Mit großem Beifall wurde auch die weitere Mitteilung entgegen- genommen, daß die Pfisterwerke in Dresden, Leipzig und Chemnitz zu Gunsten der Gesellen bereit seien.

Der Streik bei Orenstein und Koppel in Spandau hat die „berühmte“ Vertrauenskommission des Rühnemänner-Verbandes veranlaßt, die Streikleitung mit einer Einladung nach dem „Schwarzen Rabinett“ in der Gartenstraße zu beglücken, um mit ihr darüber über die Beilegung des Streiks zu „verhandeln“. Da es nun schon in der ganzen Metallarbeiter-Gesellschaft hinlänglich bekannt ist, wie diese Art von Verhandlungen geführt werden, so sollte die Streikleitung der Direktion des Betriebes mit, daß sie ohne gleichzeitige Hinzuziehung von Vertretern des Metallarbeiter-Verbandes auf Verhandlungen mit der Vertrauenskommission verzichte. Die Herren Rühnemänner, die in ihrem Dünkel befänglich nur ihre höchsteigene Scharfmacherorganisation, nicht aber die Arbeiterorganisation anerkennen wollten, warteten zu der festgesetzten Zeit in ihrem „Allerheiligsten“ also vergeblich auf eine Deputation der streikenden Arbeiter. An dem Stand des Streikes selbst hat sich bisher nichts geändert; der ganze Betrieb des bestreikten Werkes liegt völlig lahm. Arbeitswillige irgend welcher Berufsgruppe haben sich bislang nicht gefunden. Wie sehnlich die Firma auf solche „nützlichen Elemente“ wartet, beweist der Umstand, daß sie jetzt einen Kremler unter Polizeibewachung am Bahnhof stationiert, an dem ein Tischplattengroßes Plakat prangt mit der Aufschrift: Nach Orenstein und Koppel. Der Wagen stand fast den ganzen Tag am Bahnhof, ohne daß er Gelegenheit fand, auch nur mit einem einzigen Arbeitswilligen nach der Fabrik zu fahren. Zwar kamen mit den einzelnen Zügen Arbeitsuchende; doch als sie das schmurrige Gesicht ansahen, lachten sie und gingen ihrer Wege. Auch das Publikum im allgemeinen amüsiert sich höchlichst über den unbenutzten Streikbrecherwagen der Firma.

Die Lohnbewegung der Holzarbeiter in Spandau scheint einen fruchtlichen Verlauf zu nehmen. Der Holzarbeiter-Verband (Zentrale Spandau) hatte sich vor einigen Wochen an die Spandauer Tischler- innung mit der Forderung gewandt, die gegenwärtigen Löhne um 10 Prozent aufzubessern und die jetzige zehnständige Arbeitszeit um eine Stunde zu verkürzen; weiter wurden noch einige Neben- forderungen erhoben.

Daraufhin waren Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einer Kommission mit einander in Unterhandlung getreten, und ist denn auch eine Verständigung auf folgender Basis erreicht worden: Vom 15. August d. J. ab beträgt die tägliche Arbeitszeit 9 1/2 Stunden und die gegenwärtig gezahlten Löhne werden durchweg um 5 Proz. erhöht; für Überstunden von 8 Uhr abends werden 10 Pf. und für solche nach 8 Uhr abends sowie für Sonntagsarbeit werden 20 Pf. pro Stunde als Zuschlag gezahlt. Die beiderseitigen Kommissionen werden weiter einen neuen Accortarif, der am 1. April 1905 in Kraft treten soll, ausarbeiten, sowie eine von diesem Tage ab eventuell einzutretende Verlängerung der Arbeitszeit auf neun Stunden bei einer gleichzeitigen weiteren Lohnerhöhung von 5 Proz. beraten. Diefem Vergleich haben die organisierten Holzarbeiter in ihrer Ver- sammlung am Donnerstag ihre Zustimmung gegeben. Die Zu- stimmung der Innung steht noch aus.

Deutsches Reich.

Wähtung, Schuhmacher! Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Filzschuhfabrik von Jolobh in Storkow i. M., haben wegen Lohn- forderungen die Arbeit niedergelegt.

Wir ersuchen den Zugang nach dort streng fernzuhalten. Die Agitationskommission der Provinz Brandenburg.

Im Kampf um Koalitionsrecht! Wegen wiederholter Ent- lassung organisierter Arbeiter legten gestern morgen sämtliche 25 in der Schuhfabrik von Bades, Stettin, beschäftigten Arbeiter die Arbeit nieder.

Die Bremer Auslandsbewegung im Baugewerbe ist nunmehr in die neunte Woche ihres Bestehens eingetreten und zeigt äußerlich noch kaum eine Aenderung der Situation nach der Richtung, daß in absehbarer Zeit an eine Wiederaufnahme der Arbeit zu denken wäre. Die Unternehmer verharren nach wie vor auf ihrem egoistischen Standpunkt und bemühen die bürgerliche Presse dazu, die öffentliche Meinung über den realen Charakter der Bewegung irre zu leiten. Sie täuschen vor, daß der Betrieb wenig durch die Bewegung beeinträchtigt sei, während in Wirklichkeit auf allen Bauteilen, welche nicht bewilligt haben, der Betrieb vollkommen ruht. Am besten wird die von uns konstatierte Tatsache dadurch erhärtet, daß die Unternehmer sich seit Wochen mit wenig Glück auf der Arbeitswilligen suche befinden. Sobald die Agenten der Unternehmer eine willfähige Seele nach Bremen gelockt haben, wird ihnen diese sofort bei Anknüpfen wieder abgenommen und weiter expediert. In der Mittwochnacht kam eine Sendung von 30 Personen aus Holland an, die vorsichtigerweise schon auf einer Station vor Bremen ausgeladen war und per Möbelwagen in die Quartiere transportiert werden sollte. Da die Ausständigen aber über alles unterrichtet sind, so gingen sie auch diese Sendung ab und sandten die Leute wieder dorthin zurück, woher sie gekommen waren. An ver- schiedenen Stellen ist es durch Provokation der Unternehmer zu Schlägereien gekommen, die manchmal blutig ausliefen. Die Arbeiter beobachteten musterhafte Ordnung. Trotz des neu- wöchentlichen Kampfes ist der Mut der Ausständigen ungetrübt, und jeder der Beteiligten ist sich voll bewusst, daß man sich erst am Anfang des Kampfes befindet, der noch lange, sehr lange währen wird. Die schon früher berichtet, ist die Mehr- zahl, etwa 2/3, aller Ausständigen, abgereist und an anderen Orten unter- gebracht, so daß die sich noch am Orte befindenden mit frohem Mut in die Zukunft blicken können, zumal in den letzten Wochen die Unterstützung noch wesentlich erhöht wurde.

Die Situation bei den Tischlern ist noch fortgesetzt eine gute. Zahlreich sind die Ausständigen abgereist und die Kämpfenden sehen mit frohem Mut der Entwicklung der Dinge entgegen. Allem Anschein nach wird es aber bei den Tischlern eher zu einer Einigung kommen als bei den Bauarbeitern, da die Unternehmer im ersteren Gewerbe bereits zu Unterhandlungen den Anlauf nahmen.

Wähtung, Formner und Kernmacher! Auf der Ascherleben- er Maschinenfabrik in Ascherleben streikten sämtliche Kernmacher, 32 Mann, weil ihnen mit jeder Lohnzahlung ein geringerer Ver- dienst ausbezahlt wurde. Sie fordern Garantie für einen Stunden- lohn von 32 bis 38 Pf. Die Direktion verweigert jede Sicherheit. Bringende die schwebenden Verhandlungen keine Verständigung, so treten sämtliche Formner und Hilfsarbeiter mit in den Streik. Das sind circa 100 Mann. — Alle Arbeiterzeugungen bitten wir, hierdorn Notiz zu nehmen. — Zugang ist fernzuhalten.

Ueber den Streik in der Farbenfabrik von Leberfusen wird berichtet: Die vorgenommene Fählung hat ergeben, daß 2016 Per- sonen auf der Fabrik nach arbeiten; unter diesen befinden sich 400 Meister und Beamte. Die normale Zahl der Beschäftigten stellt sich auf 3800—4000 Personen. Es sind also im Streik (oder abgereist) 2000—2200 Arbeiter! Bürgerliche Blätter bringen die Nachricht, daß

250—300 Arbeiter in den Ausstand getreten sind; die Gesamtzahl der Arbeiter wird jedoch auf über 3000 angegeben. — Aus dem oberen Kreise Solingen sind verschiedene Gendarmen zur Dienst- leistung nach Wiesdorf und Leberfusen beordert worden, und zwar wegen des Ausstandes.

Der Streik der Stukkaturen in Düsseldorf verläuft günstig. Be- willigt haben bis jetzt 33 Firmen mit 124 Mann. Abgereist sind 150 Mann, sodann noch 175 Mann sich im Ausstande befinden. Ein eigentümliches Verhalten von den Christlichen muß hier festgenotelt werden. Wiederholt im Laufe des Sommers aufgefodert, mitzu- arbeiten in der Lohnbewegung, drückten sich die Herren auf alle mögliche Art davor. In letzter Stunde erklärten sie sich nun solli- dardisch. Man sollte doch meinen, daß die Christlichen nun auch für denselben Tarif wie im Frühjahr eintreten würden. Doch weit gefehlt. Am Montagvormittag wurde noch schnell ein Lohnarif in Druck gegeben, der in den Punkten, die die eigentlichen Forderungen der Stukkature bilden, weit unter jene geht. Eine Versammlung der Streikenden beschloß einstimmig, bei seiner Firma in Arbeit zu treten, die nur den christlichen Tarif unterschrieben hat.

Zur Bauarbeiterausperrung im Mainthal wird und geschrieben: Die Unterhandlungen, die am Dienstagvormittag zwischen Vertretern des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe und Vertretern der in Betracht kommenden Centralverbände begonnen wurden, sind am Mittwochnachmittag wieder abgebrochen und auf nächsten Dienstag vertagt worden. Wie es heißt, um der Lokalorganisationen der Unternehmer in den einzelnen Städten Gelegenheit zu geben, zu den provisorisch stipulierten Lohnbedingungen Stellung zu nehmen. Vor- läufig ist über die Lohnfrage verhandelt worden; insgesamt soll aber über 300 Positionen eine Verständigung versucht werden. Aber auch bei Behandlung der Lohnfrage traten sofort die Gegensätze zu Tage. Was die großen Unternehmer für acceptabel erklärten, daren wollen die kleinen nicht einwilligen. So haben die Verhandlungen bis jetzt recht wenig greifbare Resultate gezeitigt. Die Arbeiter sind trotzallem besten Mutes, denn die Situation verbessert sich für sie mit jedem Tage. Infolge des großen Arbeitermangels in Rheinland- Westfalen werden noch immer möglichst viel lebige Leute dorthin ab- geschoben. Außerdem ist die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß die Organisationen der Arbeiter in allen Orten jetzt stärker da stehen, als vor der Aussperrung. In Darmstadt z. B. gehörten vor der Aussperrung nur 180 Maurer dem Verbands an, jetzt sind es 1050! So kann der Jued der Aussperrung: Zer- störung der Organisationen, heute schon als vereitelt angesehen werden. Die Unternehmer sehen heute schon mehr und mehr ein, daß sie sich mit der Aussperrung arg in die Messen gesetzt haben.

Ein Tarifvertrag für das Münchener Baugewerbe.

München, 4. August. (Eig. Mitteilung.) Die durch den Scharf- macher-Verband für Sonnabend, den 6. d., in Aussicht gestellte all- gemeine Bauarbeiterausperrung wurde durch das Eingreifen des Ge- werberichters Dr. Frenner verhindert. Als der saubere Plan der Scharfmacher in der Presse mitgeteilt wurde, hat Gewerberichter Dr. Frenner sofort unter Anwendung des § 85 des Ge- werbegerichtsgesetzes die maßgebenden Personen des Arbeitgeber- verbandes und der beteiligten Arbeiterorganisationen beauftragt, die Ver- führung einer Einigung vor das Einigungsamt geladen und fand die Einigung zu der u. a. der 3. Vorsitzende des Centralverbandes der Maurer Deutschlands Efftinger-Damburg beigegeben wurde, bereits heute vormittag 11 Uhr im Saale des Gewerbegerichts statt. Nach 2 1/2 stündiger Verhandlung wurde für die Dauer der diesjährigen Bauperiode zwischen dem Arbeitgeberverband für München und Um- gebung einerseits und dem Centralverband der Maurer Deutschlands und dem Verbands der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands, Mitgliedschaft München, andererseits, folgender Vertrag abgeschlossen: 1. Maurer, die im Stande sind, im Kolonnenbetrieb 2 Kubikmeter gewöhnlichen Mauerwerk sachgemäß herzustellen, erhalten einen Stundenlohn von 50 Pf. 2. Der Lohn für vollwertige Bautagelöhner über 18 Jahre, beispielsweise Erdarbeiter, Stein- und „Bogel“träger erhalten einen Stundenlohn von 38 Pf. Ungeübte, schwächliche, ältere und invalide Arbeiter erhalten eine ihrer Leistung entsprechende Entlohnung. Durch vorstehende Vereinbarung darf keinerlei Verschlechterung seitheriger Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten. Die Beteiligten verpflichten sich, bis längstens 1. Oktober neuerlich in Tarifverhandlungen einzutreten. 3. Vorstehende Ver- einbarung hat Gültigkeit, bis ein neuer Tarif in Kraft tritt. Die Parteien erklären, die Annahme des Vertrages von der Zustimmung ihrer Versammlung abhängig zu machen. — Wird dem Vertrag, woran nicht zu zweifeln ist, die Zustimmung in den Versammlungen erteilt, dann dürfte damit dem schnellen Eingreifen des Gewerberichters ein schwerer Kampf aus der Welt geschafft sein.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste.

Arbeiter! Parteigenossen! Gewerkschaften! Vereine! Achtet bei den Ausflügen am Sonntag genau auf die Lokalliste vom 3. Juli, verkehrt nur in den- jenigen Lokalen, welche der Arbeiterschaft zu Ver- sammlungen u. zur Verfügung stehen.

Franz. Buchholz. Den Parteigenossen, Gewerkschaften u. welche am Sonntag, den 7. August, zum Erntefest nach hier kommen, teilen wir hierdurch mit, daß nur die Lokale von Almas, Restaurant „zum Storch“, Haupt- straße, und Rähes Festfale, Berlinerstr. 30, zu Versammlungen u. zur Verfügung stehen, alle andren Lokale sind als gesperrt zu betrachten.

Stahndorf-R. Radnow. Da das bisherige Verkehrslokal Restaurant Vachase, jetziger Inhaber Krüger, Lindenstraße, seinen Saal zu Gewerkschafts-Versammlungen u. nicht mehr her- giebt, so ist dasselbe als gesperrt zu betrachten und daher streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Gerichts-Zeitung.

Das Erntefest in der Laubkolonie an der Prenzlauer-Allee, welches der Schankwirt Karl Wunder am 9. August vorigen Jahres veranstaltete, hat für eine Anzahl der Beteiligten recht üble Folgen gehabt. Der Registrator Gotthold Wagner hat dabei ein Bein gebrochen und ist arg verprügelt worden, wie er be- hauptet, von dem Schankwirt Wunder, den Weibern Richard und Wilhelm Buchholz und den Arbeitern Paul Thiel und August Jauer. Diese fünf Personen erhielten eine An- klage wegen schwerer Körperverletzung. Der Anklage lag eine etwas abenteuerliche Geschichte zu Grunde, über die die Angaben höchst verschieden lauteten. Die Angeklagten erzählten folgendermaßen: Der Zeuge Wagner habe sich der Festgesellschaft angeschlossen, ob- gleich er nicht eingeladen sei. Er würde aber gern gesehen worden sein, wenn er sich nicht an eine Frauensperson herangemacht hätte, welche bei den übrigen Frauen in einem schlechten Rufe stand. Wagner habe diese Person fleißig traktiert und sei zuletzt in eine animierte Stimmung geraten. Als mit Eintritt der Polizeiwache Wunder der Lust ein Ende gemacht habe, sei die ganze Gesellschaft ausgebrochen. Unterdessen sei es, des erwähnten weiblichen Wesens wegen, zu einer Auseinandersetzung gekommen, wobei Wagner eine Ohrfeige erhalten habe. Nun habe dieser einen Leasingrevolver aus der Tasche gezogen und gedroht, daß er jeden niederschließen würde, der ihm zu nahe komme. Darauf sei man von allen Seiten über ihn hergefallen, um ihm die Waffe zu entreißen. Wagner sei

zu Falle gekommen und habe gerufen: „Ich habe mich mit ein Bein gebrochen!“ Man habe ihm nicht geglaubt und sich nicht weiter um ihn gekümmert. Ganz anders stellte Wagner die Sache dar. Nach seiner Behauptung hätten die Angeklagten mit der fraglichen Frauensperson ihren Will getrieben und sich besprochen, daß sie ihr auf dem Nachhausewege die Röde über dem Kopf zusammenbinden wollten. Das habe ihn geärgert und er habe sich der Person an- genommen. Als man das Lokal verlassen hatte und das Aitentat gegen die Frau in Scene gesetzt werden sollte, habe er dies zu ver- hindern gesucht. Darauf sei er überfallen worden, habe eine Ohr- feige und drei truchige Schläge von hinten gegen den Kopf er- halten, daß er hinfürzte, und habe hierbei einer doppelten Knöchel- bruch des rechten Fußes erlitten. Als er am Boden lag, hätten alle auf ihn eingeschlagen. Dann hätte man ihn auf die Landstraße geschleppt und dort liegen lassen. Bei diesem Transport sei ihm der Revolver, ein Kinderstielzeug, das er seinem Sohne fort- genommen habe, aus der Tasche gefallen. Er habe mehrere Stunden hilflos an der Landstraße gelegen, bis ihn der Nachwächter fand, der ihn in einer Droschke nach dem Krankenhanse gebracht habe, wo er acht Wochen habe bleiben müssen. Das Schöffengericht hatte alle fünf Angeklagten freigesprochen, da die Sache nicht genügend aufgeklärt werden konnte. Gegen dieses Urteil legte Wagner als Nebenkläger Berufung ein. Er beantragte vor der 6. Berien- strafkammer des Landgerichts I die Verurteilung der Angeklagten sowie Zuerkennung einer Geldbuße. Die Strafkammer gelangte indessen zur Verwerfung der Berufung, da auch sie die Schuld der Angeklagten nicht genügend festzustellen vermochte, wenn sie auch an- erkannte, daß starke Verdachtsmomente vorlägen.

Verfammlungen.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Freien Ver- einigung der Weiglafer, Glasmaier usw. beschäftigte sich mit der Lohnbewegung der Baugläser. Der Vorsitzende Käsch führte kurz aus, daß die Schlichtungskommission der Weiglafer mit der Tarif- kommission der Baugläser bereits eine Sitzung gehabt habe betreffs des Verhaltens der Weiglafer während der Bewegung und führte aus, in welcher Beziehung evtl. die Weiglafer bei dieser Bewegung in Mitleidenschaft gezogen werden können. Redner betonte, daß die Weiglafer aus taktischen Erwägungen heraus nicht gewillt seien, zu gleicher Zeit in eine Bewegung einzutreten. Weiter führte Redner an, daß in der betreffenden Kommissionsitzung Meinungsverschieden- heiten in Bezug auf das Einsehen von Weiarbeit entstanden sind. Die Baugläser wollten es als Streikbruch ansehen, wenn die Weig- lafer während der Bewegung ihre Arbeit einsehen würden. Diese Meinung wurde von den Weiglafern ganz energisch zurückgewiesen. In der Diskussion nahm nun zunächst der Vertreter der Baugläser, Jahn, das Wort und nach einigen Ausführungen in Bezug auf den Stand der Bewegung suchte er nachzuweisen, daß die Weiglafer unter allen Umständen bevorzugen müßten, dort Weifensler einzusehen, wo die Baugläser streikten. Sämtliche nun folgenden Redner traten dem ganz entschieden entgegen und waren der Ansicht, daß die Weiglafer es sehr wohl mit ihrem Solidaritätsgefühl in Einklang bringen könnten, wenn sie die Arbeit, welche bisher immer von ihnen ausgeführt wurde, auch weiterhin thun. Die Versammlung gab dieser Stimmung Ausdruck durch einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heutige in Frankes Festfale tagende außerordentliche Mit- gliederversammlung der Freien Vereinigung der Weiglafer und Glas- maier, sowie der in dieser Branche beschäftigten Personen beschließt in Anbetracht der bevorstehenden Lohnbewegung der Baugläser Berlin in jeder Hinsicht strengste Solidarität zu üben. Ferner erachtet es die Versammlung für gerechtfertigt und hält es nicht für unolidarisch, daß die Weiarbeit, welche bisher von Weiglafern ein- geführt wurde, auch während der Bewegung der Baugläser weiter aus- geführt wird.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Typhus in Südwafrika.

Berlin, 5. August. (Amliche Meldung.) Gefreiter Friedrich Wilmes, geboren 5. April 1880 in Werdenbrod, Kreis Lippstadt, früher Regiment 167, in Grootfontain an Typhus gestorben; Reiter Hardtke, Maschinengewehrabteilung, geboren 28. April 1883 in Ködlin, Kreis Ködlin (Pommern), früher Jägerbattillon 5, am 3. August in Orjofundu an Typhus gestorben.

Oelwitz, 5. August. Der Landtagsabgeordnete für Pleß-Rybnitz, Sanitätsrat Dr. Moriz, ist dem „Oberchlesischen Wanderer“ zufolge in der vergangenen Nacht in Rikhowitz gestorben.

Zur Neutralitätsfrage der drei nordischen Reiche.

Kopenhagen, 3. August. (B. Z. B.) Zu dem Artikel der „Alln. Zeitung“ vom 3. August, in welchem gesagt wird, Dänemark, Schweden und Norwegen hätten sich für dauernd neutral erklärt, indem sie sich im April d. J. durch Vertrag gegenseitig verpflichtet hätten, in allen Kriegen ihre Neutralität zu wahren, wird „Nigans Bureau“ aus bester Quelle mitgeteilt, daß Dänemark einen Vertrag der genannten Art nicht abgeschlossen hat; die gemeinsamen Neutralitäts-Bestimmungen, über welche die drei nordischen Reiche sich im April geeinigt, hätten sich nur auf den japanisch-russischen Krieg bezogen.

Som ostasiatischen Kriegsschauplatze.

Tokio, 5. August. (B. Z. B.) Amliche Meldung. Von der Armee, die Tomutscheng angegriffen hat, wird berichtet, sie habe in diesem Kampfe insgesamt 194 Tote und 688 Verwundete gehabt und etwa 700 gefallene Russen mit den gebührenden mili- tairischen Ehren begraben. Sechs Feldgeschütze, viele Gewehre und Granaten sowie große Mengen von Mehl, Gerste, Munition usw. seien erbeutet worden. — General Kuraki berichtet, daß er in den Kämpfen bei Juskulintshu und Jangtjuling einen Verlust von 908 Mann und 40 Offizieren gehabt habe. Die Russen hätten mindestens 2000 Mann verloren. Acht russische Offiziere und 140 Mann seien gefangen genommen, zwei Feld- geschütze, viele Gewehre, Jelte, Granaten usw. seien erbeutet worden. Nach Kurakis amtlichem Bericht erlitten die Russen während des Kampfes am Juskulintshu am 31. Juli besonders schwere Verluste bei Pehansing, 5 Meilen südlich von Juskulintshu. Die Japaner umgingen eine sich zurückziehende russische Abteilung, die aus drei Regimentern Infanterie mit vier Geschützen bestand, und richteten aus einer Entfernung von 200 bis 1000 Meter ein vernichtendes Feuer auf die ganze russische Linie. Am Nachmittag erschienen Russen unter der Flagge des Roten Kreuzes auf dem Schauplatze, um ihre Verwundeten fortzuschaffen; die Japaner ließen dies zu und stellten während dieser Zeit ihr Feuer ein.

Aden, 5. August. (B. Z. B.) Der Dampfer „Petersburg“ der russischen Freiwilligen-Flotte passierte heute nachmittags Aden ost- wärts steuernd.

Baku, 5. August. (B. Z. B.) Hier ist ein Cholerafall vorgekommen.

Washington, 5. August. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Wegen der Gestaltung der Beziehungen zur Türkei hat Staats- sekretär Hay seine Sommerferien unterbrochen und ist auf eine Woche hierher zurückgekehrt. In der heute unter Vorstz Roosevelts abgehaltenen Sitzung des Kabinetts wurde das Verhältnis zur Türkei eingehend besprochen. In Regierungskreisen ist man über das dia- tontische Verhalten der Pforte ungehalten.

Wirrnis.

Die Ausführungen, die Parteigenosse Dr. Friedeberg am Mittwoch in der Versammlung der sozialorganisierten Gewerkschaften gemacht hat, dürfen wir nicht unbedarft hinhinsetzen lassen.

Die „neue Taktik“, die dort vorgeschlagen wurde, ist sehr alt und die Sozialdemokratie hat früher mehrfach alle die Fragen, die angeregt wurden, gründlich behandelt und die Vertreter dieser „neuen Taktik“ überwinden. Fast alles, was Friedeberg vorbringt, sind Anschauungen aus dem Arsenal der einstigen „Unabhängigen“, von denen sich der jetzige Erneuerer der Partei zwar nicht durch Klarheit, wohl aber durch das Bemühen angenehm unterscheidet, persönliche Bemerkungen einzudämmen.

Wir halten es nicht für erforderlich, auf die Fragen von Generalstreik und von Bewertung der Gewerkschaftsbewegung ausführlicher einzugehen. Die Generalstreik-Frage ist jüngst in der „Neuen Zeit“ ausführlich behandelt worden und diese Diskussion hat nicht an der feststehenden Anschauung gerüttelt, daß die Partei dieses Kampfmittel ebenso wenig als Schweregeleit für alle proletarischen Befreiungskämpfe erblickt. Mit dem Generalstreik als „leitender Taktik“ ist's noch immer so: wer darauf sein ganzes Sinnes legt, läuft — ganz abgesehen von der schließlichen Durchführbarkeit — Gefahr, die mannigfache Arbeit des Tag um Tag dauernden gewerkschaftlichen und politischen Kampfes, den nur allmählich möglichen Aufbau der wirtschaftlichen und politischen Organisationen zu vernachlässigen; wenigstens haben andre Länder, in denen die Arbeiter dieser „leitenden Taktik“ huldigten, diese Erfahrung gelehrt; die Arbeiter hielten in erregter Begeisterung des Generalstreiks und ihre wirkliche Organisationsarbeit blieb dürftig. Es giebt nur das eine Rezept: mit aller Kraft die Organisationen zu entwickeln, das proletarische Klassenbewußtsein zu stärken. Wenn dann die Organisationen stark genug sind, um einen Generalstreik wagen zu können, dann wird wohl die Bismarck'sche Wort recht behalten: Wenn die Arbeiter den Generalstreik machen können, dann brauchen sie ihn nicht mehr.

Was Friedeberg über die Bewertung der Gewerkschaften sagt und über ihre Aufgabe, nicht allein die Verbesserung der momentanen Lebenslage zu verfolgen, sondern freie Persönlichkeiten zu entwickeln, so ist das sicherlich die Ansicht aller Sozialdemokraten; nur ist das nicht die besondere Aufgabe der Gewerkschaften, sondern es ist dies die allgemeine Kulturarbeit, an deren Lösung alle öffentlichen und gewerkschaftlichen Organisationen sowie auch alle dazu befähigten Einzelpersonen wirken sollen. Ob in den Gewerkschaften in dieser Richtung mehr und besser geleistet werden kann, ist eine andre Frage. Wir glauben, daß im allgemeinen das geschieht, was unter den heutigen Verhältnissen geschehen kann. Zahlreiche Männer mühen sich in den Gewerkschaften, diese Aufgabe zu fördern. Wenn es nicht freilich niemals gegeben und diejenigen, die darüber sich bemühen, daß nicht genug geschieht, haben die Pflicht, für mehr zu sorgen; dies zu thun ist sogar wichtiger als vom hohen Notturn herab mit allgemeinen Schlagworten herabschreiende Kritik gegen viele Männer zu üben, die von den Idealen der Arbeiterbewegung sicherlich ebenso lebendig befeuert sind wie der Vertreter der „neuen Taktik“.

Genosse Dr. Friedeberg ist nun aber der Meinung, es könne viel mehr für die Entwicklung der Gewerkschaften und eines freien Geistes in ihnen geschehen, wenn nicht der böse Parlamentarismus die Arbeiterbewegung verderben würde. Sein Hauptantritt richtet sich gegen die Ueberhöhung des Parlaments und sein Unwille über die dort verübte Kräfteverschwendung befaßt ihn zu der Behauptung, die von einem Wunsch nicht weit entfernt ist: „Wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Thronkrone nachweihen.“ Dieser Satz und seine Begründung sind so ungeheuerlich, daß wir ihn nicht duldbar hingehen lassen können, so wenig wir auch jetzt noch Neigung haben, die Agitation des Genossen Friedeberg tragisch zu nehmen. Wir kennen Genossen Friedeberg zu lange, um seinen kritischen Versuchen, die im kleineren Kreis ja alt bekannt sind, sehr zu zürnen. Aber wenn er mit solchem Thorheiten und verwirrenden Gerede in große Volksversammlungen geht, dann muß man sich entschließen, ihm zu sagen, daß nicht die Sozialdemokratie den Parlamentarismus, sondern Genosse Friedeberg seine politischen Kenntnisse überschätzt.

Kein Behnittel von dem, was im Parlamente verhandelt wird, habe mit den Interessen des Proletariats nichts zu thun, es diene vielmehr den Interessen der herrschenden Klasse, — sagt Friedeberg. Wir wissen nicht, ob er diese fabelhafte Ansicht, die der Veracht wiederholt, irgendwie zu begründen versucht hat. Wir müssen zunächst annehmen, er hat diesen durch nichts zu beweisenden Thorheiten Satz ebenso kühn hinausgeschleudert, wie ja seine Darlegungen allenthalben an chaotisch durcheinander gewürgelte Blöde erinnern; die logische Klarheit und Schärfe stellt im ungeschriebenen Verhältnis zum trostigen Wagemut der wichtig geschleuderten Behauptungen. Friedeberg mag doch nur wenige Beispiele bringen, wo die Sozialdemokratie Kraft an Dinge verschwendet haben soll, die mit den Interessen des Proletariats nichts zu thun haben. Wenn aber neun Zehntel von dem, was im Parlamente beschlossen wird, den Interessen der herrschenden Klassen dient, so beweist dies gerade, daß keine Mühe zu scheuen ist, um die Beschlüsse des Parlaments noch weit mehr als bisher so zu gestalten, daß sie nicht den Interessen der herrschenden Klasse, sondern den Interessen der arbeitenden Klasse förderlich sind. Daraus, daß der Einfluß der Arbeiterpartei im Parlamente so bedeutend er auch schon ist — die Gegner bezogen es täglich! —, doch für unser Wollen noch immer viel zu gering ist, allgemeine Schlüsse gegen den Parlamentarismus zu ziehen, ist natürlich ganz unmöglich.

Ebenso weichen wir die Unterstellung zurück, als müßten unsere Vertreter im Reichstage „ihre revolutionäre Gesinnung oft verleugnen“. Wir haben noch nichts so Revolutionäres aus dem Munde des Kritikers vernommen, was nicht unsere Fraktionsgenossen in jeder Rede auch sagen. Und dann das alte Märchen: „Unsere Führer ist die Fühlung mit den Massen verloren gegangen und die unmittelbare Arbeit für das Volk hat dadurch gelitten“. Etwas besseren Geschmacks haben wir schon dem Genossen Dr. Friedeberg zugemutet.

Allerdings ein Argument der Begründung bringt der Kritiker bei. Der Programm, der von der Erklärung der Religion als Privatsache handelt, paßt ihm nicht. Freilich hat dies nun wieder nichts mit dem Parlamentarismus zu thun. Aber Friedeberg sieht, wie es scheint, darin, daß die Partei nicht den Satz „Es giebt keinen Gott“ propagiert, ein besonderes Anzeichen von der „Rückständigkeit der Sozialdemokratie“. Es ist das gute Recht Friedebergs, auch als Philosoph aufzutreten und seine Ansicht über Gott und Religion zu verhandeln; aber das ist allerdings seine Privatsache, eine Partei kann weder allen ihren Anhängern zumuten, daß sie alle religiösen und philosophischen Probleme durch das Hauptwort: „Es giebt keinen Gott“, für erledigt halten, noch kann sie überhaupt irgendwelche religiöse oder antireligiöse Dogmen zum Programm erheben. Das einzige verständliche Argument, das Friedeberg gegen die Partei vorbringt, schlägt um in einen Beweis für die Klarheit und Weitsicht der Partei, die nicht Aufgaben in ihr Bereich zieht, die sie nicht lösen kann. Die Sozialdemokratie hat gar nichts damit zu thun, ob es „einen Gott“ giebt; ihre Auf-

gabe ist allein, diejenigen Klassen zu bezwingen, welche Gott und Glauben zur Niederhaltung der Arbeiterklasse mißbrauchen.

Friedebergs Angriff auf die parlamentarische Verfassung beruht in dem falschen Vorurteil, als pflege die Sozialdemokratie einen Parlamentarismus, der losgerißt ist von dem Volk. Zu Wahrheit ist für die Sozialdemokratie das Parlament stets nur das Mittel, um einseitig die sozialistischen Grundzüge von möglichst günstigem Fluge zu propagieren und um andererseits unmittelbare Förderung der materiellen und geistigen Interessen des Volkes zu betreiben. Friedeberg redet zum Ueberdruß von der Entwicklung freier Persönlichkeiten, aber auch die staatliche Gesetzgebung ist ein entscheidendes Mittel, um durch gute Einrichtungen, beispielsweise auf dem Gebiete des Schulwesens und der sozialen Gesetzgebung, dem Proletariat die Vorbedingungen zu schaffen, unter denen es durch die Not und Enge der heutigen Zustände zu höherer materieller Wohlfahrt und zur Möglichkeit aufsteigt, ganze und freie Menschen zu entwickeln.

Wir werden dem allgemeinen Wahlrecht keine Thronkrone nachweihen, ist ein so leichtfertiges Wort, daß — nur die Feinde des Proletariats daran Freude haben können. Es ist keine neue, sondern eine sehr alte Wahrheit, die gerade die Sozialdemokratie vertritt, daß die bloße Stimmenabgabe von 5 zu 5 Jahren noch keineswegs auf einen vollbewußten, das ganze Ideal erfassenden Sozialdemokraten schließen läßt; darum aber auf das Recht nicht verzichten, das sowohl ein elementares Grundrecht des Menschen als auch im höchsten Maße geeignet ist, volle Sozialdemokraten zu schaffen, das ist ausgemachte Unvernunft. In allen Ländern, wo die Arbeiterklasse kein gutes Wahlrecht hat, weicht sie, um im Wille zu bleiben, bitterste Thränen und seht alle Kraft daran, es zu gewinnen. Und wenn einmal, was wir für ausgeschlossen halten, es der Reaktion gelingen sollte, in Deutschland das Wahlrecht zu kürzen, so wird die Arbeiterklasse mit elementarer Wucht in den dauernden Kampf für die Wiedererlangung eintreten und — über die Friedebergsche Rederei wird man nicht einmal mehr lächeln.

Der Grund, aus dem die Friedebergschen Ansichten und noch mehr die Zustimmung einer großen Versammlung zu ihnen erwachsen, liegt in der Unzufriedenheit mit dem, was die Arbeiterbewegung bisher erzwungen. Friedeberg geht ja davon aus, daß aller bisheriger Kampf wenig erbracht habe. Wir müssen demgegenüber feststellen, daß neben manchen materiellen Fortschritten der Arbeiterklasse insbesondere auf demjenigen Gebiete ein ganz gewaltiger Fortschritt zu verzeichnen ist, das gerade Friedeberg bevorzugt. Das Bewußtsein, volle Menschen zu sein, Anspruch auf alle Menschenwürde zu haben, die ganze Menschwürde erringen zu müssen, es ist in der Arbeiterklasse gewaltig gewachsen; das Geschlecht der unterwürdig sich bildenden und jede Entwürdigung stumm tragenden Arbeiterklasse ist im Verschwinden, ein neues Geschlecht ist im Erwachen, und seine Vorkämpfer sind die tapferen Männer der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Also man mache die Arbeiter nicht mißmutig, indem man sagt: alles, was ihr bisher gethan, war verfehlt und hat zu nichts geführt. Das ist total unrichtig.

Und was würden denn die Arbeiter erreichen, wenn sie diesen wirren Deklamationen Gehör schenken wollten? Kann ein tüchtig Ueberlebender glauben, daß durch die neue, alte Lehre das Proletariat schon weiter vorwärts gelangen wird? Wissen wir nicht längst, daß in anderen Ländern, wo das Evangelium des Generalstreiks und das „freie Wort“ vorherrscht, das der Sozialdemokrat Friedeberg nur in anarchistischen Schriften findet, die Arbeiterklasse weit weniger erreicht hat und daß höchstens der eine Erfolg vortrefflich erreicht wurde: die Arbeiterbewegung zu stören, zu zerschüttern und ohnmächtig zu machen? Nun, in Deutschland ist nicht die mindeste Gefahr für solche Erfolge der „neuen Taktik“, selbst wenn Genosse Dr. Friedeberg sie verkündet.

Die Sozialdemokraten allesamt ersehen den möglichst schnellen Gang der Entwicklung zur Befreiung des Proletariats. Wir freuen uns jeden neuen Kämpfers, der an dieser Befreiung mitwirkt. Auch Kritik kann dazu dienen und immer giebt es Fehler, die gebessert werden können. Doch eine Kritik, wie sie in der Versammlung des letzten Mittwoch hervorgetreten ist, ist mit Unfruchtbarkeit gesegnet. Sie führt nicht ins Weite und Klare, sondern in Dunkel und Wirrnis.

Partei-Nachrichten.

Zum Internationalen Kongreß in Amsterdam wurde von den Breslauer Genossen Bernstein und von den Leipziger Genossen Kautsky und Pollender delegiert. Die Dresdener Genossen wählten Raden.

Der Provinzial-Parteitag für Ostpreußen findet am 4. September in Memel statt. Auf der Tagesordnung stehen u. a.: „Die russisch-preussische Politik“ und „Das Kontraktbruchgesetz für die ländlichen Arbeiter“.

Soziales.

Um die Selbstverwaltung.

Während Dr. Freund für seine Forderung auf Ausschaltung der Selbstverwaltung aus der Arbeiterversicherung überhaupt keine Gründe angegeben hat, versucht Regierungsrat Dittmann eine Art Begründung, jedoch ebenso kurz wie unfruchtbar. Sie erschöpft sich darin, daß der Staat nicht darauf verzichten könne, einen Einfluß auszuüben auf die Behörden, denen nach Dittmanns Vorschlag die Versicherungsgeschäfte übertragen werden sollen, daß diese Geschäfte die volle Arbeitskraft einer mit allen Fragen der Sozialwissenschaft vertrauten Person erforderten und nicht wahrgenommen werden könnten von einem ehrenamtlich thätigen, gewählten Vorsitzenden und auch nicht von einem von solchem Vorsitzenden abhängigen Beamten, wenn eine gleichmäßige, vom jeweiligen Ausfall der Wahlen unabhängige Geschäftsführung gesichert sein soll. Zwar hätten einzelne Krankenkassen musterergütlich geleistet, aber doch nur wenige, und jetzt handle es sich nicht mehr bloß um die Krankerversicherung, sondern um die gesamte Arbeiterversicherung. Da müßten rein sachliche Erwägungen, nicht aber politische Rücksichten die Entscheidung bestimmen, sonst sei der große Fortschritt, der die Bedeutung der Arbeiterversicherung in ungeahnter Weise fördern könne, unmöglich.

Da haben wir den preussischen Bureaufürsten, wie er im Buche steht. Dem Regierungsrat ist es unschaffbar, daß ein Arbeiter, ein Mensch, der in Preußen die Regierungsrat werden kann, mit allen Fragen der Sozialpolitik so vertraut sein kann, um die Geschäfte der Arbeiterversicherung ordentlich zu führen. Er sagt zwar, er wisse, daß viele Kassen vortrefflich geleitet werden, aber das will er nicht als Widerlegung gelten lassen, da er keine Gewähr dafür sieht, daß überall und zu jeder Zeit eine solche Geschäftsführung sicher sei. Was das „überall“ angeht, so will uns bedünken, daß gerade der Bureaufürst schon überall Proben erstaunlichster Unfähigkeit abgelegt hat, so daß eine gelegentlich gute bureaukratische Verwaltung gar keine Gewähr dafür bietet, daß sie überall gut sein werde. Das dürfte dem Regierungsrat auch nicht unbekannt sein und wir sind überzeugt, er wird seine Hand nicht dafür ins Feuer legen, daß Bureaufürsten überall, z. B. im preussischen Osten, die Geschäfte so tadellos führen, wie er es wünscht. Es scheint uns auch, er lege größeres Gewicht auf die Abhängigkeit der Geschäftsführung oder des Geschäftsführers

vom Ausfall der wiederkehrenden Wahlen der Beteiligten. Daß darunter die ordentliche Durchführung leiden würde, braucht man wahrlich nicht zu fürchten. Bis jetzt sind nur immer Beispiele bekannt geworden, daß ein starker Umschwung im Ausfall der Wahlen in Arbeiterversicherungs-Organisationen zur Beseitigung vorhandener Mißbräuche in der Verwaltung geführt hat. Und den ängstlichen Regierungsrat beruhigt es vielleicht doch, wenn wir darauf hinweisen, daß anderwärts noch viel umfangreichere und wichtigere Verwaltungsgeschäfte als die der Arbeiterversicherung unter dem Einfluß wechselnder Wahlmehrheiten stehen, ohne zu leiden; nämlich die gesamten Verwaltungsgeschäfte parlamentarisch geregelter Staaten.

Die Sorge um die Beschaffung der nötigen geschulten Verwaltungsmänner durch die gewählten Selbstverwaltungskörper und um die Kontinuität der Durchführung ist ganz gegenstandslos; dagegen birgt die Bureaufürstung der ganzen Arbeiterversicherung die Gefahr, daß die soziale Wohlfahrts-Einrichtung zu einer Polizeianstalt wird und der Versicherte zu einer Art Almosenempfänger, der sich — es ist heute bei der Invalidenversicherung schon meist so — im Bureau des Herrn Polizeischreibers scheu in die Ecke drücken muß, als ob ausgerechnet der Herr Schreiber sein gnädiger Wohltäter wäre. Die Abhängigkeit der Beamten von den Versicherten dagegen erhält in jenen das Gefühl, daß sie um der Versicherten willen, nicht diese ihrerwegen da sind. Wir sind im Gegensatz zu dem Regierungsrat überzeugt, daß die Bureaufürstung der Arbeiterversicherung zu ihrer Verhöherung führen würde und daß der Fortschritt zu einer wirklichen Wohlfahrts-Einrichtung nur möglich ist bei freudiger Mitwirkung der Versicherten an der Verwaltung. Das kann man sagen ohne politische Erwägungen, rein aus sozialer Erkenntnis, obwohl wir nicht verkennen, daß diese soziale Erkenntnis von dem politischen Standpunkte, den man einnimmt, abhängig ist.

Daneben können wir aber keineswegs zugeben, daß politische Erwägungen bei der Stellungnahme zu diesen Fragen ausgeschlossen sein sollten. Im Gegenteil: sie gehören notwendig dazu. Aus politischen Erwägungen fordern wir die Selbstverwaltung ebenso wie aus sozialen. Es ist für uns eine grundsätzliche politische Frage, daß die Verwaltung aller öffentlichen Einrichtungen unter gesetzlichen Normen der Beteiligten überlassen wird. Wir wollen der Allmacht der Bureaufürsten und Polizisten ein Ende machen, das mündige Volk von der ewigen Bevormundung durch die sogenannte „vom Gott eingesezte Obrigkeit“ befreien, selbst auf die Gefahr hin, daß die Durchführung davon einmal alteriert wird. Dem Regierungsrat mag das unschaffbar sein — und ist das Selbstbestimmungsrecht aber wichtiger als die Polizeiwohlfahrt.

Die Unternehmervertreter der Leipziger Ortskrankenkasse haben zur Begründung der Genehmigung des Rücktritts der Unternehmer vom Vorstande der Kasse folgende Erklärung abgegeben:

Die Generalversammlung der Arbeiter haben sich wiederholt einstimmig mit dem Vorgehen und den Maßnahmen ihres Vorstandes einverstanden erklärt und sie haben dies durch eine Resolution zur Kenntnis der königlichen Kreishauptmannschaft gebracht. In dieser Resolution wurde die genannte Behörde unter anderem ersucht, dem Kassenvorstande zum Ausbau des von uns als richtig erklärten Systems der selbstbestandenen Kassenärzte genügende Zeit zu lassen.

Die seitdem getroffenen Maßnahmen der königlichen Kreishauptmannschaft lassen erkennen, daß letztere in erster Linie auf die Befreiung der festbesoldeten Kassenärzte hinarbeitet und im Sinne der früheren Kassenärzte und ärztlichen Bezirksvereine für die freie Arztwahl wirkt; ihre Verfügungen und die durch sie erfolgte Bekämpfung des Rechts der Selbstverwaltung sind für die gedeihliche Fortentwicklung der Kasse ungeeignet. Dem Vorstand ist durch die Verfügungen der Kreishauptmannschaft eine Rolle zugemutet worden, die der Gesetzgeber sicher nicht gemollt hat und welche den Vorstand in den Augen der Arbeitgebervertreter entwürdiget.

Wir mühten uns daher mit schwerem Herzen dazu entschließen, unsere bewährten langjährigen, mit Aufopferung dem Wohle der Kasse dienenden Vorstandmitglieder, ihren Wünschen entsprechend, von ihren Ämtern zu entheben.

Da die Arbeitgebervertreter ferner der Ansicht sind, daß keinem Arbeitgeber, welcher die gedeihliche Fortentwicklung der Kasse als höchstes Ziel vor Augen hat, zugemutet werden kann, die Ortskrankenkasse im Sinne der Verfügungen der Kreishauptmannschaft zu leiten, so empfehlen wir, bei der Neuwahl sich der Stimmenabgabe zu enthalten.

Dies diene allen Rügenblättern, die nach dem Muster der „Berliner Neuesten Nachrichten“ aus dem Rücktritt Kapital gegen die Arbeitgebervertreter in der Kassenverwaltung schlagen wollen, zur Nachricht.

Berufsgenossenschaftliche Wirtschaft.

Die bayerische Dampfer-Verufsgenossenschaft hielt kürzlich in München ihre Generalversammlung ab, bei der auf Betreiben des Vorsitzenden die Defensivität ausgeschlossen wurde. Dies hat die „Münchener Post“ zu Nachforschungen veranlaßt und dabei hat sie erfahren, daß die Wirtschaft in der Verwaltung der Berufsgenossenschaft allerdings das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. In der Generalversammlung sind darüber erbauliche Dinge zur Sprache gekommen. Der Vorsitzende, Baumeister Konstantin Heldeberger, bekommt eine jährliche Entschädigung von 4000 M. für die Wahrnehmung des Amtes, das nach dem Gesetz ein unbefordertes Ehrenamt sein soll. Dabei soll der Herr zwei Jahre lang das Bureau nicht betreten haben. Dabei wird der Herr auf seinem Posten belassen und soll die Entschädigung von 4000 M. weiter beziehen. Unter diesen Umständen konnte der Vorsitzende mit gutem Gewissen sagen, daß er von den Verwaltungsmißständen, über die höchste Klagen in der Generalversammlung erhoben wurden, nichts wisse. So wurden Beschwerden und Anfragen, die einzelnen Ressortbeamten unbedeuten waren, einfach nicht beantwortet. Der Einfluß wurde immer gleich an die einzelnen Beamten, anstatt an den Verwaltungsdirektor, gegeben; dieser sowie der Vorsitzende kümmerten sich nicht darum und die Beamten machten mit den Sachen, was ihnen gefiel.

Bei der Feststellung des Etats wurde dann in der Generalversammlung ebenfalls gespart, nur als verlangt wurde, die Zusage der Delegierten von 17 M. auf 12 M. herabzusetzen, bezog die Mehrheit ihre Sparsamkeitsbestrebungen; es blieb bei den 17 M.

Vielleicht benötigt man das als Material, um der Selbstverwaltung der Unternehmer in der Unfallversicherung zu Leibe zu gehen.

Aus der Frauenbewegung.

Schöneberg. Der Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgebung hält Montag, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr, im Klubhause, Hauptstr. 5/6, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab, in welcher Herr Dr. Pauwens einen Vortrag mit Recitation über Gerhard Hauptmanns „Rose Bernd“ halten wird. Darauf Diskussion und verschiedene Vereinsangelegenheiten. Gäste, Herren sowie Damen, haben Zutritt. Das Stiftungsfest des Vereins findet Sonnabend, den 13. August, im Lokale „Wilhelmshof“, Ebersstr. 30, statt. Siehe Inserat in der Nummer des „Vorwärts“ am Sonntag.

Der Vorstand.

Lokales.

Der selbstherrliche Fischbeck.

Der magistratsmäßige Berichterstatter teilt den Zeitungen mit: Vom Oberpräsidenten ist in der Beschwerdebefehle der Stadtverordneten Augustin und Hoffmann über den Stadtrat Fischbeck jetzt der Bescheid eingegangen und zwar an den Stadtverordneten Dr. Liebschütz als Vertreter der Beschwerdeführer. Er lautet:

Die namens der Stadtverordneten Augustin und Hoffmann erhobene Beschwerde vom 28. Juni cr., betreffend die von dem Stadtrat Fischbeck als Vorsitzenden der Armenverwaltung, Abteilung für die Verwaltung des Arbeitshauses und des städtischen Obdach, in der Sitzung dieser Abteilung vom 19. März d. J. abgegebene Erklärung, weise ich nach Prüfung des Sachverhalts als unbegründet zurück. Der angegriffene Bescheid des Oberbürgermeisters St. vom 8. Juni d. J. beruht auf zureichenden Erwägungen. Die Erklärung des Stadtrats Fischbeck stellt lediglich eine an sich nicht unzulässige Kritik des Deputationsvorsitzenden von dem Verhalten Ihrer Auftragsgeber, keineswegs aber eine Disziplinarmassregel dar. Insbesondere liegt eine solche auch nicht in der Anordnung über die Teilnahme der Beschwerdeführer an den Revisionen und über den Zutritt zum Arbeitshaus und Obdach. Diese Anordnung hält sich vielmehr ebenso wie der angegriffene Bescheid vom 8. Juni d. J. im Rahmen der Beschlüsse der Deputationen. Danach sind regelmäßige monatliche Revisionen für das Arbeitshaus und städtische Obdach eingeführt. Der Antrag, behufs jederzeitiger unangemeldeter Besichtigungen der Anstalten den Deputationsmitgliedern Legitimationsarten auszuhandigen, ist dagegen seiner Zeit ausdrücklich abgelehnt und damit der jederzeitige unangemeldete Zutritt zu den Anstalten den Mitgliedern verweigert worden. Diese Beschlüsse gelten in gleicher Weise für die Beschwerdeführer wie für die übrigen Deputationsmitglieder und werden auf alle gleichmäßig angewandt. Die Beschlüsse der Deputation, ihre Angelegenheit in der angegebenen Weise zu regeln, ist in dem Bescheide vom 8. Juni cr. in näherer Weise näher dargelegt. Bei dieser Sachlage und da Ihre Auftragsgeber ebenso wie alle übrigen Deputationsmitglieder zu den regelmäßigen Revisionen zugezogen werden sollen, erübrigt es sich, in eine theoretische Erörterung der aufgeworfenen Frage einzutreten, inwieweit die Teilnahme an den Revisionen und der Zutritt zu den Anstalten ein absolutes Recht der Beschwerdeführer darstellt.

Nach dieser oberpräsidialen Entscheidung wären also die Stadtverordneten, die in den Verwaltungsdeputationen usw. sitzen, nicht mehr als — die Laubburschen des Herrn Magistrats-Dezernenten. Sie haben die Arbeiten auszuführen, die man ihnen zuweist, aber eine selbständige Prüfung soll ihnen nicht erlaubt sein. Das ist an sich unvereinbar mit dem Begriff der Selbstverwaltung, wie wir ihn auffassen. Geradezu unerträglich aber wird dieser Zustand, wenn solche Selbstherrlichkeit, wie sie da der Oberpräsident dem Magistrats-Dezernenten zuspricht, einem Manne wie Fischbeck anvertraut wird.

Berichtigungen von der Direktion der „Großen“

sind „flüg wie Brombeeren“. Der „Vorwärts“ braucht bloß einmal wieder etwas über die Wirtschaft zu sagen, die in dem Betrieb dieser Gesellschaft herrscht — sofort hat er eine neue Berichtigung weg. Selbstverständlich weiß man in den Direktionsbüros der „Großen“, daß wir diesen Geistesprodukten der Mide, Marhold usw. einen sehr geringen Respekt entgegenbringen. Darauf kommt es aber den Herren vom Leipziger Platz auch gar nicht an. Sie sind schon froh, daß wir ihre Schreibbriefe überhaupt veröffentlichen, wenn auch mit den erforderlichen Zusätzen, durch die der Wert solcher Erörterungen auf sein bescheidenes Maß reduziert wird. Die Veröffentlichung ihrer Aufsätze in unserer Blatt erscheint ihnen als wünschenswert, weil sie wissen, daß die allermeisten Straßenbahner den „Vorwärts“ lesen, und daß ein Abdruck der direktorialen Behauptungen durch den „Vorwärts“ viel wirksamer ist als eine Bekanntgabe in dem alle 14 Tage erscheinenden Organ des direktionsfrommen Vereins der Straßenbahn-Angestellten, das zugleich amtliches Publikationsorgan der Direktion ist. Die Mide, Marhold usw. haben ein sehr lebhaftes Interesse daran, daß möglichst alle Straßenbahner, auch die nicht direktionsfrommen, die Auffassung kennen lernen, die die Direktion von einem durch den „Vorwärts“ getragenen Mißstand hat. Die Angestellten sollen wissen, woran sie sind, wie sie über dies und das zu denken und gegebenenfalls auch zu reden haben.

Es wird die Direktion gewiß schwer bedrücken, daß trotz aller Berichtigungen immer wieder noch Fälle vorkommen, bei denen dieses schöne Ziel nicht voll erreicht wird. Da hatte sich am 24. Juni auf dem Gesundbrunnen, an der Ecke der Bad- und Grünthalerstraße, ein schwerer Straßenbahnunfall ereignet. Der Wagen 1243 von der Linie 39 war auf ein paar vor ihm haltende Wagen aufgefahren, wobei sämtliche Wagen beschädigt und verschiedene Personen verletzt wurden. Am 8. Juli teilten wir mit, aus der bisherigen Untersuchung scheint die Schuldlosigkeit des Fahrers hervorzugehen. Dieser behauptete, daß die Bremse versagt habe, und seine Behauptung werde gestützt durch den Umstand, daß 1243 wiederholt durchgegangen sei und beim Personal als Unglückswagen gelte. Wir fügten hinzu, 1243 sei in zwei Monaten 26 mal wegen Mängel der Bremse gemeldet worden. Darauf erwiderten uns die Herren vom Leipziger Platz, am 24. Juni und auch bei den früheren Abenteuern mit 1243 sei die Bremse gut gewesen. Gemeldet sei 1243 nicht 26 mal, sondern 7 mal, davon nur einmal wegen erheblichen Mangels, der eine Aussetzung nötig machte. Der „Vorwärts“ teilte diese direktoriale Darstellung am 13. Juli mit, am 15. Juli aber fand für Bahnhof XXIV eine Bezirksversammlung statt, in der auch die mit 1243 gemachten Erfahrungen besprochen wurden. Ein offizieller Bericht über die Versammlung findet sich in der neuesten Nummer des oben erwähnten Publikationsorgans der Direktion. Da lesen wir nun, daß ein Fahrer U. behauptete, 1243 sei von Bahnhof Rixdorf „abgeschoben“ worden. Der Fahrer E., der 1243 am 24. Juni fuhr, solle nur nach Bahnhof Rixdorf kommen, dort werde er erfahren, wie vielen Kollegen dieser Wagen durchgegangen sei. Hierzu erklärte ein antwesender Wagenrevisor, er habe 1243 gerade als guten Wagen für Linie 39 von Rixdorf nach Brandenburgstraße überwiesen. Aber von einer Widerlegung der übrigen Behauptungen U.'s steht nichts in dem Bericht. Dieser Herr U. gehört zu den Direktionsfrommen, doch wir fürchten, daß ihm die an 1243 geübte Kritik nicht gut bekommen wird. Der Unglückliche ist offenbar einer der wenigen Straßenbahner, die den „Vorwärts“ noch nicht lesen. Thäte er das, so müßte er rechtzeitig davon Kenntnis erhalten haben, wie man am Leipziger Platz über 1243 und jenes Unglück denkt, und wie demnach auch er darüber zu denken hat.

In der erwähnten Bezirksversammlung behauptete derselbe Fahrer U., daß es sogar mit sämtlichen zwölfhundert Wagen nicht so recht stimme; es sei dringend nötig, daß sie baldigt die Luftdruckbremse erhielten. Es war nämlich vorher erzählt worden, daß ein anderer Zwölfhundert, Nr. 1202, von einem Fahrer wegen Versagens der Bremse dreimal gemeldet worden sei, daß aber der Oberinspektor nichts habe finden können. Andre Fahrer hätten gleichfalls über 1202 geklagt, aber sie hätten die

Meldung unterlassen. Diesmal hatte nun der kühne Sprecher just die Auffassung der Direktion getroffen. Die Klagen über die Zwölfhundert sind nämlich schon alt; beim Straßenbahner-Verband im Gewerkschaftshause kennt man sie seit Jahren. Sie sind so oft wiederholt, daß schließlich die Direktion selber ihre Berechtigung anerkennt und einen Umbau zugesagt hat, mit dem bereits begonnen worden ist. Alle diese Mitteilungen bringt der Veranlassungsbericht des amtlichen Publikationsorgans. Sie sind so wunderbarlich, daß wir uns eigentlich auf eine neue Berichtigung gefaßt machen. Eine Berichtigung der Direktion gegen ihr eigenes Organ — das wäre in der That der Gipfel! Will man uns eine solche zukommen lassen, so wären wir den Herren vom Leipziger Platz sehr dankbar, wenn sie als Anlage beifügen wollten eine Statistik darüber, wieviele Unfälle auf die Zwölfhundert kommen, wieviel Materialschaden sie angerichtet, wieviele Verletzungen oder Tötungen sie herbeigeführt haben, wieviele Angestellte um der Zwölfhundert willen von der Direktion gemahnt, mit Geldstrafen belegt oder entlassen worden sind, wieviele vom Gericht verurteilt worden sind.

„Wider die Pfaffenherrschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Das sechste zur Ausgabe gelangte 17. Heft bringt die Fortsetzung des 9. Kapitels, in dem der Verfasser u. a. behandelt: Die Weigharden in Flandern und Brabant und die deutsche Kegerei. — Papsmacht und Königsmacht in England. — Johann Wieland. — Die Vorkämpfer. — Bat Tyler und die englische Bauernrevolution von 1831. — Die Lage in Böhmen. — Johannes Gutz; Hieronymus von Prag. — Die Hussitenrevolution; Labor. — Andre Keher; Savonarola, Bruno, Galilei. — Der Indeg. — Zahlreiche Bilder aus jener Zeit der Regerverfolgungen stellen namentlich die greulichsten Gewaltmittel des Papsitums dar, mit deren Hilfe die Kegerei unterdrückt werden sollte. Jedes Heft des Werkes kostet 20 Pfennige. Die bereits erschienenen Hefte werden nachgeliefert. Jede Parteibuchhandlung sowie die Parteilieferanten liefern die Hefte.

Die ankommende Hitze und Dürre hat eine ungewöhnlich zeitige Reife sämtlicher Getreide-Arten zur Folge, so daß die Ernte in diesem Jahre vierzehn Tage früher fällt, als üblich. Die Roggen-ernte ist in ganz Deutschland bereits beendet und selbst der Hafer-ernte ist schon vielfach vorgenommen. Ähnlich schnell wie die Kornarten reifen auch die Feldfrüchte, die jedoch infolge der zu großen Trockenheit des Bodens mindermächtig sind. Auch die Obst-ernte fällt dieses Jahr bedeutend früher als in den Vorjahren. Die sauren Äpfelchen waren beispielsweise zum Teil schon Ende vorigen Monats überreif; in manchen Gegenden wurde die Ernte dieser Früchte schon Ende Juni vorgenommen. Leider läßt die Qualität des Obstes vielfach zu wünschen übrig, da die Saftentwicklung eine ganz geringe ist. In der Umgebung Berlins ist teilweise schon mit der Ernte der Herbstkartoffeln begonnen worden. Die Weiser sind zu der zeitigen Ernte genötigt, weil das Kraut schon vollständig verdorrt ist.

Wald- und Brachfeldbrände werden jetzt täglich gemeldet. Vorigen Sonntag entstand bei Wrepel (Rheinland) ein großer Waldbrand, bei welchem ca. 400 Morgen 16—18-jährigen Holzes vernichtet wurden. Ein gefährlicher Brachfeldbrand kam, vermutlich durch Brandstiftung, bei Karlsdorf zum Ausbruch. Das Feuer verbreitete sich mit großer Schnelligkeit und bedrohte mehrere an das Feld angrenzende Villen. Nur der energischen Tätigkeit Karlsdorfer Bewohner ist es zu danken, daß eine Brandkatastrophe vermieden wurde. Ferner wird ein Waldbrand aus dem Rauner Bergen gemeldet. Zwischen den Markgrafensteinen und der Ziegelei geriet das Gras im königlichen Forst in Brand, glücklicherweise wurde jedoch das höchstwertige Holz dabei wenig beschädigt. Der Rieser-Waldbrand bei Dessau ist nunmehr endlich zum Stehen gekommen, nachdem viele Hunderte von Personen eine ausgedehnte Abgrenzungslinie an den Windseiten gezogen haben. Es sind insgesamt etwa 4000 Morgen Wald vernichtet, von denen etwa 1600 Morgen auf anhaltinischen, 2400 Morgen auf preussischem Gebiet belegen sind. Es war dies der größte Waldbrand, der seit Jahrzehnten in Deutschland vorgekommen ist.

Aus dem Nordhafen gelaufen wurde gestern bei der Fennbrücke ein etwa 44 Jahre alter Mann mit blondem Haar und kleinem Schnurrbart, der eine große breite Nase und schlechte Zähne hat. Auf seiner Stirn über dem rechten Auge befindet sich eine winkelige Narbe. Ein Ausweis über die Person ist nicht vorhanden.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich gestern nachmittags gegen 4 Uhr in der Königsgräberstraße in der Nähe des Anhalter Bahnhofs. Der Gaswirt Ernst Hoffmann, Gießhüttenstr. 89 wohnhaft, hatte in Begleitung seiner Frau einen Omnibus der Linie Sietziner Bahnhof—Kreuzberg benutz und verließ denselben vor dem Hause Königsgräberstraße 8. Er wollte, ohne sich weiter umzusehen, den Fahrradweg überschreiten und betrat das Straßenbahn-Gelände, auf welchem ein Motorwagen der Straßenbahnlinie 14 (Marheineke-Platz—Moabit) herangekam. Frau Hoffmann, die nach ihrem Manne den Omnibus verlassen hatte, erkannte die Gefahr, in der sie sich befand, und rief ihn laut an. Der Gaswirt blieb unwillkürlich, mit dem Rücken dem Straßenbahnwagen zugekehrt, auf dem Geleise stehen, wurde in der nächsten Sekunde von der Vorderplattform des Waggons erfasst und zu Boden gerissen. Der Fahrer, der mit aller Gewalt dremste, brachte den Wagen zwar auf eine Entfernung von sechs Metern zum Stehen, konnte jedoch nicht verhindern, daß Hoffmann unter die Vorderplattform geriet. Er erlitt infolge des Sturzes eine schwere Kopf- und innere Verletzungen und mußte in befehlungslosem Zustande nach dem Krankenhaus am Urban überführt werden.

Nicht Japan, sondern China. Von beteiligter Seite werden wir ersucht, die Notiz über das Brandunglück in einer Rixdorfer Laubkolonie dahin richtig zu stellen, daß sich der Unglücksfall nicht in der Kolonie „Japan“, sondern in der „China“ getauften Kolonie ereignet hat.

Im Abort erschossen hat sich in angeheitertem Zustand der 47 Jahre alte Rentempfänger Robert Hirsch, der vor 7 Jahren verunglückt und seitdem auf der Straße mit Druckschriften handelte. Er kam öfter angetrunken nach Hause und schoß sich in einem solchen Zustand eine Revolverkugel in den Unterleib. Man brachte ihn noch lebend nach dem Krankenhaus am Urban, wo er aber der Verletzung erlag.

Wieder eine Typhusvergiftung. Der 48 Jahre alte Bauarbeiter Adolf Masuhr aus der Wilhelmstr. 37 bezog seit drei Jahren eine Unfallsrente und hatte sich seit dieser Zeit dem Trunk stark ergeben. Nachdem ihn die Ehefrau aus Dalldorf auf seinen Wunsch wieder zu sich genommen hatte, setzte er das alte Leben fort. In einem Zustand von Inzurechnungslosigkeit wollte er sich schon einmal vor die Straßenbahn werfen und vergiftete sich jetzt mit Typhol in der Küche seiner Wohnung, während die Ehefrau in der Stube zu ihm hatte. Er erlag dem Gift im Krankenhaus am Urban.

In der verurteilten Leiche, die am Dienstagvormittag an der Burgstraße in der Spree gefunden wurde und zu einem Mordgericht Veranlassung gab, konnte jetzt der 23 Jahre alte Irenpfleger Friedrich Julius festgestellt werden. Er wohnte früher bei einer Witwe B. in der Auguststraße und betrieb die Krankenpflege auf eigene Hand. Dann wurde er 6 Monate lang in einem großen Krankenhaus beschäftigt und wollte am 1. d. Mts. seine alte Wohnung wieder beziehen, weil er als Posthilfsbote in einem Berliner Vorort Anstellung zu finden hoffte. Er war aber nicht zugezogen, weil er nach seiner Angabe an dem Orte seiner Beschäftigung wohnen wollte. Für die Annahme eines Verbrechens läßt sich aus hieraus kein Anhalt gewinnen. Vielleicht liegt ein Selbstmord infolge sehnsüchtiger Hoffnungen vor.

Durch das Festen der Mutter ist der drei Wochen alte Sohn Max der Arbeiter Amugischen Eheleute aus der Dunderstr. 90a um das Leben gekommen. Frau Amuga erkrankte gleich

nach dem Wochenbett und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. Infolgedessen mußte, wenn auch Nachbarinnen dem neugeborenen Kinde die Nahrung verabreichten, die elfjährige Schwester Lina einen Teil der Mutterpflichten übernehmen, da der Vater von früh bis spät seiner Arbeit nachgehen muß. Das jüngste Kind war unter diesen Verhältnissen zur Nachtzeit fast ohne Aufsicht und hat dadurch den Tod gefunden. Der Vater hatte schon um 4 Uhr die Wohnung verlassen, und Lina Amuga erwachte um 6 1/2 Uhr und wollte nach dem kleinen Bruder sehen. Dabei fand sie ihn in seinem kleinen Bett mit dem Gesicht unter dem Deckfassen regungslos liegend auf. Das Mädchen schlug gleich Lärm; obgleich aber Frauen hinzueilten und auch ein Arzt geholt wurde, konnte der Kleine in das Leben nicht mehr zurückgerufen werden. Der Tod trat wahrscheinlich durch Ersticken ein; die Leiche wurde gestern beflagelnd. — Dem gleichen Schicksal verfiel die Leiche des 3 Monate alten Sohnes Walter der Gerber Andreessen Eheleute aus der Drontheimerstraße 5. Die Mutter hat in der Nachbarschaft eine Arbeitsstelle und hatte ihre beiden Kinder in den Betten schlafend zurückgelassen. Als sie nach etwa zwei Stunden zurückkehrte, war das jüngste tot. Was hier vorliegt, entzieht sich noch der Beurteilung.

Großfeuer in Rixdorf alarmierte heute nachmittags 1 Uhr einen großen Teil der Berliner Feuerwehre nach dem Bahnhofsplatz 26. Hier stand der etwa 100 Meter lange und 50 Meter breite, mit Kuchhölzern belegte Zimmerplatz der Firma W. Krieme in voller Ausdehnung in Flammen. Die Trockenheit der Hölzer und die fengende Hitze begünstigten die Ausbreitung des Feuers dermaßen, daß nach wenigen Minuten auch ein einstöckiger Arbeitshaus sowie das Comptoir von den Flammen erfasst wurden. Die Rixdorfer Wehr, die zuerst am Brandplatz erschien, ging mit mehreren Schlauchleitungen von der Pflügerstraße her vor, während die Berliner Löschzüge unter Leitung des Branddirektors Giersberg ihre Dampfsprigen am Landwehrkanal anlegten und etwa ein Duzend Röhre in Tätigkeit nahmen. Da das Feuer rund um unter Wasser genommen werden konnte, wurde ihm der Weg zur Weiterverbreitung bald abgeschnitten. Nach einstündiger Arbeit war die Gefahr beseitigt. Der Vorgang hatte große Menschenmassen angezogen, die namentlich am Landwehrkanal Aufstellung genommen hatten. In dem hierbei entstandenen Gedränge war ein kleines Mädchen in den Landwehrkanal gestürzt. Es wurde jedoch von einem nachspringenden Herrn gerettet.

Feuer in der Jungfernhöhe. Die Feuerwehre wurde gestern nach der Jungfernhöhe gerufen, wo ein Waldbrand ausgekommen war. Als sie erschien, war die Luftschifferabteilung schon tapfer dabei, den Brand zu löschen, der schnell Nahrung gefunden hatte, und, wenn nicht sofort Hilfe zur Stelle gewesen wäre, vermutlich zu einer großen Gefahr für die Jungfernhöhe geworden wäre. Der kleinste Funken genügt, um sofort einen größeren Brand zu verursachen. Die Dürre hat Baum um Strauch getrocknet. Wie Junder brennt jetzt die Heide, weshalb besonders Flugfeuer sehr gefährlich ist. Ehe man es sich versteht, brennt es bald hier, bald dort, bald an den Seiten, bald im Rücken. Wer es nicht gesehen hat, macht sich keinen Begriff davon.

Ein Kongreß deutscher Kanarienzüchter, in Verbindung mit der 14. Generalversammlung des Vereins deutscher Kanarienzüchter, tagt hier am 7. August d. J. in den Andreas-Festhallen, Andreasstraße 21. An diesem Kongreß können sämtliche Kanarienzüchter und Liebhaber teilnehmen, auch wenn sie keinem Verein angehören. Programme sind durch W. Hoffschild, Berlin, Neue Königstr. 60, zu beziehen, der auch jede Auskunft erteilt.

Aus den Nachbarorten.

Keine Wahlbeeinflussung.

Man schreibt uns aus Schöneberg: In dem Verwaltungsstreitverfahren wider die Stadtverordnetenversammlung hier selbst auf Annullierung der von letzterer gefaßten Beschlüsse über die Gültigkeit respektive Ungültigkeit zweier Stadtverordnetenwahlen im November vorigen Jahres ist nun die erste Entscheidung gefallen. Es handelt sich bekanntlich um die seiner Zeit im 4. bezw. 7. Bezirk stattgefundenen Wahlen, bei denen diejenigen des 4. Bezirks, wo die bürgerlichen Kandidaten Dr. Engelmann und Bädermeister Polenz gegen die sozialdemokratischen Kandidaten Obst und Panzer in der Mehrheit geblieben waren, von der bürgerlichen Majorität im Stadtparlament für gültig, dagegen die Wahl unfreier Genossen Wollermann im 7. Bezirk gegen den Tischlermeister Knorr für ungültig erklärt worden. Der schriftliche Entscheid des Bezirksauschusses, der natürlich wiederum anfechtbar ist, ist nun bemerkenswert nach verschiedenen Seiten hin. In unserem ersten Einspruch gegen die Gültigkeit im 4. Bezirk haben die Erhebungen hauptsächlich die Gewährung von Freibier im Wahllokale an eine Reihe von Wählern erg. ben, es wurden auch Personen namhaft gemacht, die sich besonders der ihnen dienstlich unterstellten Straßenbahner annahmen, sie angeblich bloß mit einem guten Rat versorgten, für wen sie ihre Stimme abgeben sollten. Materieell mag es vielleicht keine Beeinflussung sein, aber bei der öffentlichen Stimmabgabe und dem gewissen Abhängigkeitsverhältnis dürfte der „gute Rat“ jedenfalls anders zu beurteilen sein. Soldschei Er-wägungen hat freilich der Bezirksauschuss keinen Raum gegeben. In der Begründung des Urteils heißt es dann noch unter anderem: Daß von dem Straßenbahnkassierer Bauer oder sonstigen Personen (1 D. V.) in einer das Wah zulässiger Agitation überschreitenden Weise zu Gunsten von Engelmann und Polenz agitiert worden sei, haben die auf Grund des bürgerlichen Protokolls angestellten . . . Ermittlungen nicht ergeben. Es ist vielmehr festgestellt, daß der zum Vertrauensmann der Schaffner gewählte Bauer eingeleitet seiner Berufsgenossen Rat erteilt hat, für wen sie stimmen sollten. Jemand welchen Zwang (physischen natürlich nicht. D. V.) hat er auf sie nicht ausübt . . .

In betreff des Freibiers läßt sich die Begründung des Urteils folgendermaßen aus:

„Ob von dem Bädermeister Polenz der Versuch gemacht worden ist, durch Gewährung von Freibier Stimmen zu erkaufen, kann dahingestellt bleiben. Sollte es geschehen sein, so wäre es zu mißbilligen, immerhin fehlt es in Ermangelung dahingehender positiver Anführungen an jedem Anhalt dafür, daß diese Bemühungen, wenn sie aufgewendet sind, irgend einen Erfolg gehabt haben . . .“

Hiernach also müßten erst noch die mit Freibier traktierten Wähler namhaft gemacht werden und bekunden, daß dasselbe auf ihre Stimmabgabe von Einfluß gewesen ist. Jedenfalls aber ist damit bewiesen, daß sich's die bürgerlichen Kandidaten haben etwas kosten lassen. — Stellt sich nun das Urteil im 4. Bezirk auf den Standpunkt, daß hier — trotz nachgewiesener Gewährung von Freibier im Wahllokale, Kontrollierung von Wählerkategorien durch dienstlich Vorgelegte — erhebliche Unregelmäßigkeiten darin nicht zu erblicken sind, so muß die Begründung des abweisenden Urteils im 7. Bezirk Bedenken erregen. Hier konnte von keinem Zeugen mit Sicherheit angegeben werden, ob andre als sie selbst den unberechtigten Nebenbesuch benutz hatten, geschweige denn, daß von diesen noch jemand seine Stimme abgegeben hätte. Auf diese Weise könnte ja dann jede beliebige Wahl unmöglich gemacht werden. Während im ersten Falle das Stimmverhältnis nicht in Betracht gezogen wird, wird es hier mit als ausschlaggebend betrachtet, trotzdem Wollermann 5 Stimmen über die absolute Mehrheit erhalten hatte, eine namentlich festgestellte unrichtige Stimmabgabe sich aber nicht ergeben hatte. — Selbstverständlich ist gegen das letztere Urteil die mündliche Verhandlung vor dem Bezirksauschuss beantragt worden, die denn auch bereits in den nächsten Tagen stattfinden wird.

Neu-Weissenfer. Versuchten Mord und Selbstmord führte vorgestern der auf der Pumpstation angestellte Geizt Reips aus, indem er den Maschinenmeister Röhre und dessen Ehe-

Frau zu erschließen versuchte und nach dieser That sich selbst eine Kugel in den Leib jagte. Der Thatbestand ist folgender: Seit mehr denn zehn Jahren ist der Heizer Reips auf der hiesigen Pumpstation angestellt. Vor ungefähr zwei Jahren wurde der Maschinist in den Ruhestand versetzt und R. glaubte, in dessen Stelle aufzücken zu können, was jedoch nicht angängig war, da R. die zu diesem Posten notwendige Maschinisten-Prüfung nicht hinter sich hatte. Die Stelle wurde dann mit dem früher im Schloss Weihensee beschäftigten Maschinemeister Mohr besetzt. Vom Tage ab hatte R. gegen M. einen unerbittlichen Haß, dem er wiederholt Ausdruck gab. Auch vorgestern morgen war er in einer sehr gereizten Stimmung und suchte mit M. Händel anzufangen, welcher M., ein äußerst ruhiger Mann, anfangs aus dem Wege ging. R. trieb es aber so dumm, daß sich M. veranlaßt sah, im Interesse des Betriebes beim Gemeindevorstand Beschwerde zu führen. Da diese Beschwerde des öfteren vorgekommen sind, so wurde R. von dem befohlenen Schöffen Dr. Kape in Vertretung des Gemeindevorstehers sofort vom Dienst dispensiert. Hierauf ging er zu dem Heizer Reips und Barbier Bösch und entließ sich von demselben einen Revolver mit dem Bemerkten, daß er Spahen schießen wollte. Er kaufte sich aus einer Eisenhandlung drei Kugeln und etliche Schrotpatronen und traf gegen 3 1/2 Uhr wieder auf der Pumpstation ein. Hier sah er den Maschinisten Mohr, der aus dem Maschinenraum nach seiner Wohnung gehen wollte, wieder, zog den Revolver hervor und legte auf M. an. Nur dem Umstande, daß ein antworfender Monteur das Beginnen des M. sah und dem M. zurief, er solle sich hüten, ist es zu danken, daß M. nur an der Schulter getroffen wurde, wo dann die Kugel im Oberarm stecken blieb. Auf den Auffrei des M. eilte Frau M. herbei, auf welche er auch schuß und die Frau an der Stirn leicht verletzte. Die herbeieilenden Arbeiter hielt sich R. mit vorgehaltenem Revolver vom Leibe und eilte so in seine nach der Viktorienstraße zu gelegenen Laube, wo er sich eine Kugel in die Wangengegend schoß. Die sofort herbeigerufenen Posten mußte R. nach dem hiesigen Krankenhaus bringen, wo er noch heute bestimmungslos daniiederliegt, jedoch wird er nach Aussagen der Ärzte mit dem Leben davonkommen, wenn auch der Schuß durch die Leber gegangen ist. Der Maschinist Mohr wurde nach Anlegung eines Notverbandes nach der königlichen Klinik in Berlin gebracht, während Frau Mohr sich in häuslicher Behandlung befindet. Wie hiesige Blätter melden, soll sich R. zur That erst Rat getrunken haben. Nach eingezogenen Erkundigungen ist dieses nicht der Fall, da er von der Zeit der Entlassung bis zur That in einer Kneipe drei Flaschen Seltenerwasser zu sich nahm. — Erhängt hat sich der 17jährige Sohn Oskar des Schlächtermeisters J. aus der Erdbeerstraße. J. hat einen Verkaufstand auf dem Wochenmarkt, und der Sohn hatte die Aufgabe, nach Schluß des Marktes mit dem Fuhrwerk zu erscheinen. Am Mittwochabend wunderte sich J., daß das Fuhrwerk nicht kam, und schickte seine Tochter nach Hause, um nachzusehen, was vorgefallen sei. In der Wohnung angekommen, durchsuchte das junge Mädchen alle Zimmer und fand ihren Bruder zuletzt an der Kante der Schlafstube an einem Riemen erhängt vor, geschmückt mit ihren weichen Schuhen und Handschuhen. Sofort vorgenommene Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Der junge Mann wollte sich mit seiner Schwester nur einen Scherz machen und sie ängstigen. Leider fand der Scherz ein trauriges Ende.

Spaubau. Der Inspektor des städtischen Friedhofs, Herr Bergemann, kann gleich dem bekannten Vorbilde die rote Farbe nicht leiden. Wiederholt in den letzten Jahren hatten unsere hiesigen Parteigenossen mit diesem modernen Siegfried bereits Zusammenstöße, wenn sie zur Ehrung irgend eines verstorbenen Genossen auf dem städtischen Friedhof mit Kränzen erschienen, die von roten Schleifen geziert wurden. Zuletzt führte der Herr Inspektor einen solchen förenden Austritt gelegentlich des Begräbnisses unseres Genossen Rieter herbei; der brave Bergemann ging hierbei soweit, daß er mit dem Hausfriedensbruchparagrafen drohte, nach der Polizei telephonierte usw., so daß unsere Kransträger, um einer größeren Störung der Leidenfeier vorzubeugen, sich genötigt sahen, die Schleifen einstweilen zu entfernen. Am Grabe wollte der gestrenge Friedhofsinspektor auch nicht das Sprechen einer einfachen Widmung „gestatten“. Mit dieser Angelegenheit hat sich inzwischen bereits die Friedhofsdeputation beschäftigt, welche durchaus nicht das mehr als sonderbare Verhalten des Herrn gutheißt. Leider glaubte die Deputation aber allein nicht kompetent zu sein, um den Inspektor anzuweisen; deshalb haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten am Donnerstag eine Interpellation angekündigt, welche in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Besprechung gelangen wird. Am Freitag sollte sich übrigens auch der Magistrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 7. August, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Schul-Aula. Kleine Franzosenstr. 6: Verlesung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebendasselbe: Vortrag des Herrn Prof. Dr. Albert Seifert: Gedächtnisreden. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Socialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Ost- und Westpreußen. Sonntag, den 6. August, abends 9 Uhr, bei Ramlow, Schönhauser Allee 135: Verlesung. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Vermischtes.

Die Dreschmaschine als Brandstifter. Am gestrigen Donnerstag, als der Bauer Wählig in Seeburg bei Alt-Landsberg mit dem Ausdreschen seines Roggens beschäftigt war, sprühten aus der Dreschmaschine plötzlich Funken und setzten das trockene Stroh sofort in Brand. Vermutlich ist ein Sandkörnchen in das Räderwerk der Maschine geraten und hat die Funkenbildung veranlaßt. Die Scheune, in welcher die ganze Ernte untergebracht war, ist vollständig abgebrannt, ebenso auch ein benachbarter Schuppen, in dem ein neuer Breal und Udergerät stand. Da der Schuppen mit Inholz gar nicht, die Scheune nebst Getreide nur niedrig versichert war, erleidet der Besitzer empfindlichen Schaden.

Mehr als 300 Häuser eingäschert!

Isfeld, 5. August. Bei einem Brande, der gestern nachmittag ausgebrochen war, sind von 560 Häusern 310 eingäschert worden. Ein Mann ist in den Flammen umgekommen. Ein Kind wird vermisst. Bei dem Einsturz von Häusern und bei den Rettungsarbeiten ist eine größere Anzahl Menschen verletzt worden. Sehr viel Vieh und Geflügel ist verbrannt. Das Feuer entzündete so große Hitze, daß selbst die Holzkreuze auf dem Kirchhof Feuer fingen. — Nur am Eingang und Ende des Dorfes stehen noch Häuser. Eine weitere Ausbreitung des Feuers gilt jetzt als ausgeschlossen. Der Urheber des Brandes ist ein siebenjähriger Knabe, der mit einem Spiritusflöcher in einer Kammer, worin sich Stroh befand, Aepfel braten wollte. Der Kocher fiel um und setzte das Stroh in Brand.

Großfeuer in Lüneburg. Lüneburg, 5. August. Seit gestern nachmittag wüthet hier eine Feuersbrunst; es sind bereits 21 Gebäude niedergebrannt.

Ein Eisenbahnunfall ereignete sich auf der Jella-Wahn zwischen Kalltenordheim und Dermbach. Von dem um 6 Uhr 40 Minuten von Kalltenordheim abgehenden Personenzug entgleisten kurz vor Jella die Maschine mit drei nachfolgenden Wagen. Von der Lokomotive sind drei Achsen gebrochen. Die im Zuge befindlichen Passagiere sind zum Teil mehr oder weniger verletzt. Von Weiningen ist ein Hilfszug nach der Unfallstelle abgegangen. Der Verkehr zwischen Kalltenordheim und Jella ist gestört.

Eine Familie in Altrich in der Eifel ist beim Feueranzünden mit Petroleum verunglückt. Die Frau starb, der Mann und ein Kind sind schwer verletzt.

Keine Cholera in Leipzig. Auf die Gerüchte, daß in Leipzig die Cholera ausgebrochen sein soll, schreibt der Rat der Stadt: „Wie wir hören, ist in auswärtigen Blättern das Gerücht verbreitet worden, in unserer Stadt sei die Cholera ausgebrochen. Wir erklären demgegenüber auf Grund unserer amtlichen Ermittlungen, daß in Leipzig weder ein Cholerafall, noch eine choleraverdächtige Erkrankung, weder cholera asiatica, noch cholera nostras vorgekommen ist. Das Gerücht verdanke also seine Entstehung lediglich der freien Erfindung und dem Sensationsbedürfnis.“

Ein in der Stadt Jagielnica (Galizien) ausgebrochener Brand hat einen großen Teil der Stadt eingäschert. 500 Einwohner, meist arme Juden, sind obdachlos.

Wasserstand am 5. August. Elbe bei Ruffig — 0,74 Meter, bei Dresden — 2,22 Meter, bei Magdeburg + 0,04 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,75 Meter. — Oder bei Ratibor + 0,26 Meter, bei Breslau Ober-Begel + 4,24 Meter, bei Breslau Unter-Begel — 1,77 Meter, bei Frankfurt + 0,12 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 1,73 Meter. — Warthe bei Posen — 0,18 Meter. — Rheine bei Ulf + 0,26 Meter.

Witterungsübersicht vom 5. August 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10° C. u. F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. 10° C. u. F.
Schwetzingen	765	SW	1	wolkig	21	Dobruwa	762	R	4	heiter	13
Hamburg	763	SW	2	wolkig	20	Wetzlar	759	SW	5	heiter	15
Berlin	765	SW	2	wolkig	22	Frankfurt	764	SW	1	bedeckt	14
Frankfurt	763	SW	2	wolkig	22	Paris	764	SW	1	bedeckt	20
München	767	SW	1	wolkig	19						
Wien	766	SW	2	Dunst	20						

Weiter-Prognose für Sonntag, den 6. August 1904. Sehr warm und schwül bei ziemlich lebhaften südlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Gewitterregen; nachts kühl.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 6. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Königl. Opern-Theater.
Das alte Mädel.
Belle-Alliance. Gastspiel von Emil Winter - Lyriker - Humoristen.
Zum Schluß: Unheimliche Gäste.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der polnische Jude.
Wespen. Liebeshandel.
Deutscher. Kapfenstreich.
Central. Die Kamellen. Läuflin und Kinnel. Ganze Rotes Abschied. Joßen Häfel. Ein kleiner Beamter.
Neues. Einen Jux will er sich machen.
Reichens. Die 300 Tage.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Apollo. Venus auf Erden. Specialitäten.
Herrenfeld-Theater. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Stadt-Theater-Moabit. Der reiche Pultsch.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Passage-Theater. Terza Semmeloff. Specialitäten. Anfang 5 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Die Weltausstellung in St. Louis.
— Der Gardasee.
Jubalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater.) **Worwit-Oper.**
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der polnische Jude.
Sonnabendabend 8 1/2 Uhr:
Die Entführung aus dem Serail.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Vötel.
Die Hugenotten.
Der Sommergarten ist eröffnet.
Im Garten des Schiller-Theaters N. täglich großes Militär-Konzert.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtasyl.

Central-Theater

8 Uhr: **Gastspiel von Fritz Reuters Werken:** 1. Die Kamellen. 2. Läuflin und Kinnel. 3. Ganze Rotes Abschied. 4. Joßen Häfel. 5. Bräutigam's letztes Ständlein. 6. Ein kleiner Beamter.
Emil Richard. Igl. Hofkapellmeister, a. G.
Morgen und folgende Tage: Derselbe Vorstellung.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf: **Der Gardasee.**
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Der unverwundbare Fakir!
Italienisches Original-Orchester.
Damen und Herren.
Der Kampf um Port Arthur.
gr. akt. Spektakel-Schauspiel.

Passage-Panopticum.

Das Bärenweib, lebend.
Der 16-jährige Rosenknabe.
Der lange Josef
217 cm groß.
Nada und Mnemos.
Gedankonleser.
Der Leichenfund.
Aga, die schwabende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Residenz-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Genault u. Robert Charpentier. Deutsch v. H. Palm. Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Diez' Specialitäten-Theater.

Landsberger Allee 75/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen! Im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Zum Totlachen
das vollständig neue konkurrenzlose Riesenprogramm, ca. 35 Nummern.
Unter andern:
Grobniß-Troupe, 4 Personen, russische Tänze mit dem besten Tänzer.
The Horwoods, American-Centric.
Hedy Brumien, der kleine Rabold.
Bruno Gaffron, der Drollige.
Horvos & Barla, Centric's a. Barren.
Mstr. John ???, bester Manipulator.
Elsa u. Paul Jeschock, Fritz Brand u. Kaffeehase. Volkstänze.
Bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 20 Pf.
Sonntags 30 Pf.

Freie Volksbühne

I. Serie im Berliner Theater | II. Serie im Metropol-Theater
Götz von Berlichingen | **Die Komödie der Liebe**
von Goethe. | von Ibsen.

Die neuen Mitgliedskarten für 1904/5 müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden. August-Beitrag 60 Pfennig. September-Beitrag 80 Pfennig. Alle Mitgliedskarten, die bis zum 20. August nicht abgeholt sind, werden an neue Mitglieder abgegeben.

Umschreibungen aus der bisherigen Zahlstelle in eine andere können nur im August nach Begleichung von etwaigen Beitragsresten vorgenommen werden, jedoch muss die neue Karte für 1904/5 aus der alten Zahlstelle abgeholt werden.

Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.).
I. Parkett-Billets für die Mitglieder der Freien Volksbühne, ermäßigt auf 1,60 M. inkl. Garderobe, zu allen Abend-Vorstellungen. (Sonntags 50 Pf. mehr.)
229/8* Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeehase ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochgelegene Regalbahnen, Würfelschubben, Rondiret, Blumenland etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Apollo-Theater.

7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.
8-9 1/2 Uhr: **Debüts**
der neuen August-Attraktionen u.
Robert Steidl
mit neuem Repertoire.
9 1/2 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von **Paul Lincke.**

Herrnfeld-Theater.

(XIII. Berliner Winter-Saison)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Ueb.
Am andern Morgen.
Kochspiel zu „Nur eine Nacht“.
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kaffee-Grüßung 7 1/2 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 6 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: **Der See-Elefant.**
Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder die Hälfte.

Cirkus Sarrafani.

Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Täglich:
Mr. Nelson
das menschl. **Känguruh.**

Reichshallen-Theater.

Nun wieder täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Gngenhagen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Zur großen feierlichen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Führmann-Walde-Sänger.
Sonnabends
Im Kaiserpal: **Tanz.**

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Großer Premieren-Abend!
Ste hat ihr Herz entdeckt. Lustspiel.
Die Regimentnummer. Poese.
Rureddin u. Bereddin. Kom. Oper.
Anfang 6 Uhr. Kaffeehase v. 3 Uhr ab.
BALL.
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: Großes Sommerfest
verbunden mit Garten-Konzert und Theater-Vorstellung.
Austreten sämtlicher Specialitäten, u. a.: Paul Coradini, Pöwel und Pöwel.
Der Neubau mit Hindernissen
Außerdem: Busch-Greif, oder: Die Wäule im Edelganz.
Im Saal: Gr. Sommernachts-Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Schweizer-Garten

am Königspl., am Friedrichshain 29/32.
Täglich: Theater
u. **Specialitäten-Vorstellung.**
Volkshelustigungen und Ball.
Jeden Abend: **Liesecke in Italien.**
10 U.: Gefangenspoße m. Lang u. d. Uff.
Jeden Mittwoch: **Kinderfreudenfest.**
Entree 30 Pf.
Sonnab., 13. Aug., ist für Vereine frei.

Sanssouci.

Rottbuscher Thor — Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche
Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Zum Schluß:
Hans Tapps.

Berliner Prater

Theater
Kastanien-Allee 7-9
Täglich: **Vineta.**
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Satanello-Trio. Wardina.
Clown Steffl. Ball, Konzert, Specialitäten. Anf. 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. 40 Pf.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Specialitäten-**
Vorstellung.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 7. August 1904:

Dreizehntes Sängerefest

im Müggelschloß und Strandschloß, Friedrichshagen.

Die Fahrverbindung nach dem Müggelschloß mit Dampfergesellschaft „Etern“ von der Hannowibrücke und vom Schleißchen Thor. Fahrpreis 35 Pf. Schuttküder bis zu 12 Jahren frei. — Dampfergesellschaft Kahn u. Herzer, Währstraße, Stralauerbrücke, Ecke Wolfenbrücke. Vormittags 7, 9 und 11 Uhr, nachmittags 1, 3 und 5 Uhr. Fahrpreis 30 Pf. Kinder ebenfalls frei. — Rückfahrt mit Kahn u. Herzer von abends 6 Uhr ab, mit „Etern“-Gesellschaft von 7/10 Uhr ab. — Zum Ueberlegen von Friedrichshagen nach dem Müggelschloß sind außer der Fähre noch ein Dampfer und ein Motorboot zur Stelle, welche im Drauerveigarten anlegen. Preis 5 Pf.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt IV, 9670. Arbeitsnachweis Amt IV, 3853.

Montag, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr, im gr. Saale der Brauerei Friedrichshagen:

General-Versammlung der Verwaltungsstelle Berlin.

Tagesordnung: 1. Kasienbericht und Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des zweiten Bevollmächtigten, des Revidenten, zweier Revisoren, eines Beisitzers; außerdem Neuwahl von vier Beamten. 3. Anträge der Ortsverwaltung und an die Verwaltung gelangte Anträge. 4. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, den 7. August, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Versammlung der Bauanschläger.

Tagesordnung: 1. Verbands-, 2. Branchenanangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 8. August 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung der Drechsler

im Königsbad-Kasino, Holzmarktstr. 72 (Ecke Alexanderstraße), oberer Saal.

Tages-Ordnung: 1. Die Gewerkschaftskämpfe einst und jetzt. Referent Genosse Brückner. 2. Diskussion. 3. Die am 11. September stattfindende Konferenz der Drechsler und Wahl der Delegierten hierzu. 4. Bericht der Kommission. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 6. Der wichtigste Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen. Die Kommission.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr, Süsslenstraße 40:

Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen H. Barentin über: Total- und Central-Organisation. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen! Da dies Thema für unsere Organisation von besonderer Wichtigkeit ist, muß ein jeder zur Stelle sein.

Ein Damenabend ist am Sonntag bei der Dampferpartie gefunden worden. Abzuholen bei W. Nitsche, Kopernikusstraße 6. Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Montag, den 8. August, abends 8 1/2 Uhr:

Ordentliche General-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Wahl von fünf Mitgliedern zum Verbandsvorstand und Wahl dreier Revisoren. 2. Geschäfts- und Kasienbericht. 3. Ergänzungsvorschlag zur Ortsverwaltung. 4. Neuwahl der Rechtschutzkommission. 5. Abrechnung von der Dampferfahrt am 18. Juni. 6. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Wir erlöchen alle Mitglieder, in dieser wichtigen Versammlung voll-zählig und pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert! Die Ortsverwaltung.

Sonntag, 14. Aug., beim „alten Freund“ in Pichelswerder: Geselliges Beisammensein. Zusammenkunft mit den Sieglitzer und Charlottenburger Kollegen baldmöglichst um 3 Uhr nachmittags. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. D. O.

Central-Kranken- u. Sterbekasse u. Tischler u. a. g. Arbeiter.

Ortsverwaltung Berlin C.

Montag, den 8. August, abends 8 Uhr, bei Habel, Bergmannstr. 5/7:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kasienbericht vom II. Quartal 1904. 2. Anträge zur Statuten-Änderung. 3. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung am 11. September in Leipzig. 4. Verschiedenes. Bei der wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß jedes Mitglied zur Stelle ist. Die Ortsverwaltung.

AUSVERKAUF.

Wegen horender Mietsteigerung — nämlich 1500 Mark — bin ich gezwungen, mein großes Lager in Güten, Schirmen, Mähen, Krawatten usw. zu verkaufen, es kommen nur meine bekannt guten Qualitäten zum Verkauf und ist jeder berechtigt, bei Bezahlung 10% in Abzug zu bringen. Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgerstraße.



Wegen horender Mietsteigerung — nämlich 1500 Mark — bin ich gezwungen, mein großes Lager in Güten, Schirmen, Mähen, Krawatten usw. zu verkaufen, es kommen nur meine bekannt guten Qualitäten zum Verkauf und ist jeder berechtigt, bei Bezahlung 10% in Abzug zu bringen. Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgerstraße.

Achtung!
Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (E. O. Nr. 3, Hamburg.)
Verwaltung Berlin B.
Sonntag, d. 7. August, 9 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung bei Möring, Admiralftr. 18 c.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1904.
2. Stellungnahme zu der am 11. Septbr. 1904 stattfindenden Generalversammlung in Leipzig und Wahl eines Delegierten.
3. Verschiedene Kasien-Angelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
Certifizierte Verwaltung Niddorf.
Montag, den 8. August, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Thiel, Bergstraße 151 (großer Saal):
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom II. Quartal 1904.
2. Anträge des Vorstandes auf Erhöhung der Beiträge und Herabsetzung des Krankengeldes.
3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in Leipzig.
4. Wahl eines Beitragsamtmanns.
5. Kasienangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiches Erscheinen wünscht
Die Ortsverwaltung.

Broads Gesellschaftshaus am Damerhof.
Inhaber: M. Degebrodt vom Strandschloß am Müggelsee.
Empfehle Fabriken, Vereine und Korporationen für Sommerausflüge und Ausflüge mehr oder weniger zahlreich. Zwei große Säle, Hallen, genügende Nebenräume, Beisitzungen aller Art. Coulaute Preise.
M. Degebrodt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Albert Hötger
am 4. d. Mts. an Gehirnschlag gestorben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Blasius-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
119/2 Die Ortsverwaltung.

Am Donnerstag, den 4. d. Mts., früh 3 Uhr, verschied plötzlich an Gehirnschlag unser langjähriger Kollege, der Schlosser
Albert Hötger.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle der St. Blasius-Gemeinde in Wilhelmshagen aus statt.
Die Kollegen der Firma A. Herrmann u. Co.

Jungen gesucht!
Wer in der Nacht vom 1. zum 2. September 1902 gegen 1 Uhr vor dem Lokal Sophie Charlottenstr. 80 den Streich eines Violinen mit einem Schuhmann gesehen hat. Unkosten m. vergütet. Kucharski, Wielestr. 39.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Club-Haus
72. Kommandanten-Strasse No. 72.
Jeden Sonntag: 51532*
Grosser Saal.
Empfehle meine drei Terrassen zu Versammlungen u. Feiern. Habe noch Sonnabende und Sonntage frei.
H. Ebert.

Luisenstädt. Konzerthaus
Alte Jacobstr. 37.
Telephon: Amt IV, No. 7687.
Grosser Saal mit Bühne, für Vereine und Gesellschaften, Versammlungen passend, ist zu vergeben.
Nur zu sprechen abends 8-10 Uhr.
A. Maxfeldt.

Gastwirtschaft
mit Gewerkschaftsverkehr.
flott Betrieb, sichere Kundenschaft (bisher in eigener Regie der betreffenden Gewerkschaft), täglich oder zum 1. Oktober d. Mts. zu verpachten oder zu verkaufen. Zur Uebernahme etwa 1800 Mark erforderlich. Offerten unter P. 8 an die Expedition des „Vorwärts“, Lindenstr. 69, erbeten.

Vorige Nacht!
haben wir die Preise herabgesetzt u. verkaufen deshalb getrag. Herrenanzüge, Palotots, Hosen (von Kavaliere zurückgekauft) stauend billig.
J. Wand, Prinzenstrasse 17, Gr. Frankfurterstrasse 116.

Kolonie Schönbrunn, Borort-Verkehr: Stellener Bahn, noch einige Land- und Waldparzellen billigen Preis von 7 Mark pro Quadratmeter abzugeben. Auch habe ein ca. 70 Acker großes eingezäuntes Grundstück m. Sommerhäuschen billig zu verkaufen. Krauss, Zepernitz, Pankhof. 1945

Dr. Schönemann
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden, Seydelstr. 9.
Wochentags 1/12-1/3, 1/6-1/8.

Kinderwagen
neue hochbelegte unverwundlich und betriebsfähig, weil direkt v. der besten, größten schlesischen Kinderwagenfabrik J. Trethor, Grimma 124 Mein Katalog Deiner Kataloge, sage beim Katalogverlangen, ob gegen Bar mit 10% Rabatt od. bezugsweise Teilzahl. gewünscht.

Nathan Wand,
129 Stallgerstr. 129.
Die schönsten Herren-Sommer-Paletots und Anzüge in neuem, sowie speziell Monats-Garderobe von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell auch anzuge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand,
129 Stallgerstr. 129.
Hochbahnhalle Reibschiffstr. Diese auf Hausnummer zu achten.

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 2. d. Mts. verstarb plötzlich unser Mitglied, der Zimmerer
Paul Jaskulski
Schlegelstr. 9.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Sebastianus-Kirchhofes in Reinickendorf (Gumboldtstraße) aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
248/4 Der Vorstand.

Central-Verband d. Zimmerer Deutschlands
Zahlstelle Berlin u. Umgegend
Eure Kameraden zur Nachricht, daß unser Mitglied
Paul Jaskulski
plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, am dem St. Sebastian-Kirchhof in Reinickendorf Gumboldtstraße, statt.
Um rege Teilnahme bittet
255/2 Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.
E. O. Nr. 2, Hamburg.
Oertliche Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zimmerer
Paul Jaskulski
Schlegelstr. 9 wohnhaft, am Dienstag, den 2. d. Mts., verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Kirchhofes, Reinickendorf (Gumboldtstraße), aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
250/13 Der Vorstand Boz. II.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Formier
Adolf Wenzel
am 3. d. Mts. gestorben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von dem Lazarus-Stranzenhanse aus nach dem Kirchhofe in Pichelssee statt.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Glaser
Emil Wilhelm
am 3. d. Mts. gestorben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von dem Trauerhause, Profanstr. 15 aus, nach dem Städtischen Friedhofe in Friedrichshagen aus statt.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Glaser
Albert Klinger
am 3. d. Mts. gestorben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Herrn Jakob-Kirchhofes aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
119/1 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Buchbinder
Hermann Marquardt
am 29. Juli plötzlich verstorben ist.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!
24/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser treues Mitglied, der Buchbinder
Hermann Marquardt
am 29. Juli plötzlich verstorben ist.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten!
24/11 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Reinickendorf u. Umgegend.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Otto Krenzke
Sonntag, 6. August, infolge eines Unfalles am Sonnabend, den 30. Juli, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Reinickendorfer Friedhofes, Gumboldtstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung der Genossen bittet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Reinickendorf u. Umgegend.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Otto Krenzke
Sonntag, 6. August, infolge eines Unfalles am Sonnabend, den 30. Juli, verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 6. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Reinickendorfer Friedhofes, Gumboldtstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung der Genossen bittet
Der Vorstand.

Arbeiter - Radfahrer - Bund „Solidarität“

Sitz Frankfurt am Main, Schleusenstrasse 11.

Es sind in letzter Zeit in mehreren Blättern Inserate erschienen, in welchen zum Beitritt zu dem sogenannten Arbeiter-Radfahrerbund „Freiheit“ aufgefordert wird. Der unterzeichnete Vorstand des 1893 gegründeten und jetzt 21 000 Mitglieder zählenden Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“ erklärt hierdurch, daß er mit diesem Bund „Freiheit“ in keiner Beziehung steht und daß der Bund „Freiheit“ zu einer Täuschung und Irreführung des Publikums Anlaß gibt, indem derselbe ein Abzeichen gewählt hat, welches dem unsren ähnlich und von Uneingeweihten für das unsrige gehalten werden kann, sowie dadurch, daß die Einrichtungen des Bundes „Freiheit“ samt und sonders aus dem Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“ entnommen resp. diesem nachgeahmt sind. Daß aber der neue Bund „Freiheit“ das halten kann, was er in den Inseraten andeutet, ist direkt zu verneinen. Die Mitgliederzahl dieses Bundes dürfte 150 nicht übersteigen. Es ergiebt dies bei einem Beitrag pro Mitglied und Monat von 20 Pf. die horrenden Einnahme von 30 Mk. im Monat. Und von dieser geringen Einnahme soll Unfallunterstützung von 6-9 Mk. pro Woche gezahlt werden. Es dürfte damit die Unmöglichkeit erweisen sein, daß der Bund seine Versprechungen halten kann.

Wir fordern deshalb die Arbeiter-Radfahrer auf zum Beitritt in den Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität“, welcher 1893 gegründet, heute 21 000 Mitglieder zählt, im Jahre 1903 einen Umsatz von 42 800,59 Mk. und hatte in derselben Zeit 5014,20 Mk. an Unfallunterstützung an seine Mitglieder zur Auszahlung gebracht.

Die Geschäftsleitung.

Philipp Althaus, Heinrich Sachs.

Wo?

ist der schönste Ort für Landpartien und Ausflüge per Dampfer, Kremsler und zu Fuß durch den Grunewald zu erreichen? Auf der Insel Pichelswerder, Wirtshaus zum Freund. Bei schlechtem Wetter Unterkunft für 1500 Personen.

Dampfer-Extrafahrt mit Musik nach Ziegenhals

beruht am Großin-See gelegen. 53092

Abfahrt 10 Uhr von Stralauerbrücke, Ecke Wolfenbrücke, Station Kahn & Hertzog. Hin- und Rückfahrt 1 Mk., Kinder über 3 Jahren die Hälfte.

Gr. Mondschein-Fahrt

mit Musik verbunden mit Sommerfrisch-Voll. Abfahrt Hannowibrücke (Schultheiß-Garten, Heerdelei-Kolonia) abends 9 Uhr. Hin- und Rückfahrt 60 Pf. Billets für beide Fahrten beim Gasthof Schmidt, Stralauerbrücke 1, und am Dampfer zu haben. Max Mörschel.

Bon der Michaelbrücke Mondscheinfahrt

Lang frei. 1915

S. Piket,

Herren- und Knaben-Garderoben, jetzt 44, Prinzenstr. 44, Laden.
Zeige meiner geehrten Kundschaft hierdurch ergebenst an, dass ich mein Geschäft von Prinzenstr. 77 in die bedeutend vergrößerten Räume 44 Prinzenstr. 44, gegenüber dem alten Geschäft, 5364L* verlegt habe.
Herrens-Garderobe.

Achter Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen u. verwand. Berufsgenossen Deutschlands.

Dresden, 4. August.

Vierter Sitzungstag.

Zum Punkt „Tarife und Tarifverträge“ referiert Käming, Verbandskassierer. Seine mündlichen Ausführungen sind die Begründung einer umfangreichen, die prinzipiellen und praktischen Momente der ganzen Materie erschöpfend behandelnden Resolution. Diese enthält zugleich einen vollständigen Entwurf für einen den Unternehmern vorzulegenden Tarifvertrag. Der Vertragsentwurf enthält ausführliche Bestimmungen über die Instandhaltung der Werkstätten in hygienischer Beziehung. Ferner werden bezüglich der Lohnregelung verlangt: 1. Richtige, den örtlichen Verhältnissen und den an die Verarbeitung gestellten Anforderungen entsprechende Abstufung der Tarifklassen bei den Grundpreisen (Stüdlöhnen). 2. Klassifizierung der Extra-Arbeiten nach Maßgabe der daraus zu verwendenden Arbeitszeit. 3. Berücksichtigung der Loben- und Sportlohn. 4. Schaffung einer den örtlichen Verhältnissen entsprechenden Anzahl Tarifklassen. 5. Einheitliche Löhne für die Uniformen. Bei der Ausführung von Lieferungsarbeiten sind die tarifliche Stüdlöhne nicht vertragen, sind im Zeitlohn anzufertigen. 11. Befreiung der Entschädigung für Überzeits-, Nacht- und Sonntagsarbeit, für Heim- und Werkstattarbeiter. 12. Unentgeltliche Lieferung der Journaturen vom Arbeitgeber. 13. Einführung von Lohnbüchern. 14. Bei der Arbeitsausgabe ist jedes Stück mit einem Zettel zu versehen, auf dem der Arbeitslohn und die Lieferfrist für die Anprobe vermerkt ist. 15. Nicht im Tarif vorgesehene Arbeiten sollen der freien Vereinbarung unterliegen. Die Resolution enthält weiter den Entwurf eines Arbeitsvertrages. Ferner eine Geschäftsordnung für einen paritätischen Arbeitsnachweis. An wichtigeren Bestimmungen seien hieraus erwähnt, daß durch den Arbeitsnachweis nur tarifstreuen Prinzipal- und zwar tarifstreue Gehilfen, nachgewiesen werden sollen. Dann soll von der Regel, die Stellen der Reihenfolge nach zu besetzen, abgewichen werden können, „wenn zwischen dem in Frage kommenden Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus einem früheren Arbeitsverhältnis Differenzen bestehen, die ein gezieltes Arbeitsverhältnis ausschließen“, und dann, „wenn Spezialarbeiter in Frage kommen“. — Der prinzipielle Teil der zur Frage der Tarifverträge vorliegenden Resolution lautet: „Der vom 1. bis 6. August 1904 im Volkshaus zu Dresden tagende 8. Verbandstag weist die auf der Arbeitgeberkonferenz am 6. und 7. April 1902 zu München und auf der 1. Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes vom 18. bis 21. Juli 1903 zu Frankfurt a. M. geäußerten Unterstellungen und Verdächtigungen, die darauf hinauslaufen, daß die Arbeiterschaft nicht als gleichberechtigter Faktor beim Abschluß von Arbeits- und Tarifverträgen anzusehen sei, mit aller Entschiedenheit zurück und erklärt die Schaffung einheitlicher, präziser Lohn- und Tarifverträge sowie deren Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen auf längere Zeitdauer (drei Jahre) als ein geeignetes Mittel zur Förderung des wirtschaftlichen Friedens, und verpflichtet die Kollegen allerorts, in diesem Sinne zu wirken.“ — Aus den Ausführungen des Re-

ferenten ist noch von Interesse, daß er konstatiert, daß die Unternehmer außerordentlich geringes Interesse an einer friedlichen Einleitung der beiderseitigen Streitfragen durch einen solchen Tarifvertrag zeigten. Ihr ganzes Verhalten beweise, daß sie immer wieder neue Streitpunkte heranzögen und immer neuen Stoff zum Schüren suchten. Auch zeige ihre ablehnende Haltung gegen langfristige Tarifverträge, daß sie überhaupt keine solche Verträge haben wollten, weshalb man sich auf umfassende Kämpfe gefaßt machen könne.

In der Debatte zeigt sich im Prinzip Uebereinstimmung mit der vorliegenden Resolution. Abweichende Meinungen werden jedoch in praktischen Fragen geäußert. Von den meisten Rednern wird die Frage der Beseitigung der Heimarbeit und Einführung der Werkstattverhältnisse gestreift. Das letztere wird allseitig für eine dringende Notwendigkeit anerkannt, aber konstatiert, daß es neben den Unternehmern auch einen großen Teil von Kollegen giebt, die von der durchgängigen Einführung von Werkstattverhältnissen nichts wissen wollten. Ferner wird der im Tarifentwurf vorgesehene Einheitslohn für Heim- und Werkstattarbeiter kritisiert. Man erwartet davon eine Lohnreduktion für die Heimarbeiter, die jetzt einen Lohnzuschlag von meist 10 Proz. erhalten. Nach Annahme eines Schlusstrahes bespricht Käming, Verbandskassierer, in seinem Schlusswort alle in der Debatte vorgebrachten Bedenken. Redner warnt davor, für die Uniformschneider ebenfalls unbedingt einen Tarifvertrag zu erzwingen. Das würde zu sehr gefährlichen Komplikationen führen, da man in der Uniformschneiderei nur bei kleineren Betrieben Einfluß habe, während gerade die größeren Betriebe auf noch lange Zeit außerhalb jeder Einflußsphäre für die Kollegenschaft beziehentlich den Verband bleiben würden. Weiter wendet sich Redner gegen diejenigen Diskussionsredner, die den Zuschlag für die Heimarbeiter zu retten suchten. Von der Wirkung dieses Zuschlages verspreche man sich viel zu viel, und dann dürften diejenigen, die an der Heimarbeit immer noch festhalten, nicht noch extra dafür entschädigt werden, sonst komme man nie dazu, die Heimarbeit, die schon längst im Prinzip als höchst schädlich bekämpft worden sei, auf ein mögliches Minimum zu beschränken. Die Heimarbeit ganz zu beseitigen, würde natürlich kaum möglich sein. Für einen Doppeltarif, der auch niedrigere Löhne für gewöhnliche Arbeit vorsieht, kann sich Redner nicht erwärmen.

Darauf beschließt man, das Referat über diesen Punkt als Broschüre drucken zu lassen. Die Abstimmung über die vorliegende Resolution wird ausgesetzt, bis diese von der Kommission einer nochmaligen Prüfung unterworfen worden ist.

Sabbath, Redakteur, giebt dann eine Erklärung ab, daß der Vorstand nicht, wie berichtet wurde, Frau Zieh-Hamburg für die Agitation weiter beschäftigen wolle, weil diese Sonderbestrebungen für die Wäsche-Arbeiterinnen unterstütze. Frau Zieh habe zwar unter den Wäsche-Arbeitern agitiert, diese aber kämen für den Schneiderverband nicht in Frage. Soweit Frau Zieh für den Verband gearbeitet habe, hätte sie vollkommen einwandfrei ihre Pflicht erfüllt. (Der Irrtum entstand dadurch, daß Frau Zieh bei Erörterung der Differenzpunkte mit erwähnt wurde und dabei Stühmer bemerkt hatte, der Vorstand werde solche Agitatorinnen nicht mehr beschäftigen, wenn seine Einwilligung wieder vorher nicht eingeholt würde. Der Berichterstatter.)

Aus Industrie und Handel.

Zur Lage des Kohlenmarktes. Der Absatz der Kohlenzweigen des Ruhrreviers gerät mehr und mehr ins Stoden. Die Folge ist, daß

die Arbeitsverhältnisse sich von Woche zu Woche ungünstiger gestalten. Der mangelnde Absatz nötigt die Zechen, wie der „Köln. Volksztg.“ von der Ruhr geschrieben wird, Feuerstätten in großer Anzahl einzulegen. Die Löhne halten sich dann auch nach wie vor auf einer niedrigen Stufe, denn daß bei den schlechten Absatzverhältnissen an eine Erhöhung derselben gedacht wird, ist ausgeschlossen. Der Durchschnittslohn pro Mann und Schicht beträgt gegenwärtig keine 4 M. Wenn der Verkauf an Brennstoffen in Wäldern nicht erheblich reger sich gestaltet, so sieht zu befürchten, daß die Zechen, um ein weiteres Steigen der Selbstkosten zu verhüten, zu Lohnherabsetzungen schreiten. Auf den großen neuen Zechen werden zahlreiche Arbeiter statt bei der Kohlengewinnung mit Vor- und Ausrichtungsarbeiten beschäftigt. Es finden sich daher auf diesen Zechen ganze Srecken vorgerichtet, in welchen der Kohlenbau sofort aufgenommen werden könnte, wenn genügender Bedarf vorhanden wäre. Vor der Hand kosten diese Arbeiten aber viel Geld, welches sich erst nach geraumer Zeit verginsen wird.

Die Vorräte in Kohlen und Roßs haben in letzter Zeit bedeutend zugenommen. Im August des Jahres 1902, als ebenfalls der Absatz in Brennstoffen nach jeder Richtung hin stochte, betrug allein die Vorräte in Kohlen auf den Zechenplätzen rund 7—800 000 Tonnen, heute fehlt an dieser Riesensumme auch nicht viel mehr. Es werden vorausgesetzt, daß der Verkauf sich bald in einer flotteren Gangart bewegt, Monate vergehen, ehe die Vorräte geräumt sind. Eine Wendung zum Besseren in den Arbeitsverhältnissen der niederrheinisch-westfälischen Zechen ist noch nicht abzusehen, und in maßgebenden Kreisen rechnet man auch noch nicht damit.

Der englische Eisen- und Stahlmarkt befindet sich, wie der „Frankfurter Ztg.“ aus London berichtet wird, noch immer in einem Zustande der Ernüchterung. Die Bestellungen laufen spärlich ein, man hört aber weniger Klagen über ausländischen Wettbewerb. Die Fabriken in Barnsley sind ziemlich ausreichend mit Arbeiten versorgt, dagegen laufen aus Barrow, wo die Roheisenvorräte seit einer Woche wieder um 1000 Tonnen gestiegen sind und sich jetzt auf weit über 50 000 Tonnen belaufen, Klagen ein. In Schienen wurden einige Bestellungen erteilt, doch haben die Hütten nicht so viel zu thun, um mit voller Kraft arbeiten zu können. Schiffsbaumaterialien werden wenig verlangt. Seit Jahresanfang sind aus Barrow nur 421 898 Tonnen Eisen und Stahl verschifft worden gegen 557 500 Tonnen in der korrespondierenden vorjährigen Periode. In den Midlands ist das Geschäft ruhig. Die Gefahr eines Ausstandes der Arbeiter, welche die in den nördlichen Grafschaften gezahlten höheren Löhne verlangten, ist abgewendet worden. In Schienen, wie im Eisenbahnmaterial überhaupt, haben die Birminghamer Werke gut zu thun, und das Exportgeschäft mit Indien, Australien, Rußland, Kanada und Südamerika soll sich relativ befriedigend gestalten, während sich der Verkehr mit Südafrika innerhalb enger Schranken hält.

Marktpreise von Berlin am 4. August. Nach Ermittlungen des Kgl. Völzgel-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,80—17,78 M., mittel 17,76—17,74 M., geringe 17,72—17,00 M. Roggen**, gute Sorte 14,05—14,03 M., mittel 13,99—13,96 M., geringe 13,93—13,90 M. Futtergerste**, gute Sorte 14,80—14,00 M., mittel 13,90 bis 13,10 M., geringe 13,00—12,20 M. Hafer**, gute Sorte 16,10—15,50 M., mittel 15,40—14,80 M., geringe 14,70—14,20 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—23,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—26,00 M. Binsen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, neue, 12,00—7,00 M. Rüböl 12,00—0,00 M. Neu 0,00—0,00 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,60 M. Eier per Schod 4,00—2,40 M. *) Zwei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Warenhaus Wilhelm Stein Extra-Preise Sonnabend, Montag, Dienstag so lange der Vorrat reicht N. Chausseestr. 65-66.

- Neu eingetroffen Stangen-Spargel mittel, 2 Pfd. 88 Pf. Brech-Spargel mit Köpfen 2 Pfd. 68 Pf. Pflaumen Pfund 12 u. 22 Pf. Pfirsiche Pfund 28 Pf. Birnen Pfund 25 Pf. Reineklauden Pfund 15 Pf. Aepfel Pfund 23 Pf. Weintrauben . . . Pfund 25 u. 32 Pf. Citronen Dutzend 43 Pf.

Warenhaus Wilhelm Stein BERLIN N., Chaussee-Strasse 65-66. Gesetlich geschützt Spar-Karte D.R.G.M. 102 601. ANWEISUNG. Jeder Käufer empfangt auf Wunsch für je 25 Pfg. des bezahlten Betrages eine Sparmarkte. Diese Marken klebe man in die auf der Innenseite der Sparkarte vorgedruckten Felder. Sobald sämtliche Felder beklebt sind, wird der Sparbetrag fällig u. mit .: 1 MARK :. in bar ausbezahlt. Es ist gestattet, die fälligen Sparkarten zu sammeln und den Sparbetrag jederzeit, auch erst am Jahresabschluss zu erheben. Auf einzelne Artikel werden keine Sparmarken verabfolgt!

- Cervelatwurst hart . . . Pfund 1.25 Mk. Cervelatwurst weich . . . Pfund 1.05 Mk. Schinkenwurst westfäl. . Pfund 1.15 Mk. Bratwurst westfälische . . . Pfund 0.85 Mk. Mettwurst Braunschweiger . . Pfund 0.75 Mk. Mettwurst hart Pfund 0.60 Mk. Rotwurst Thüringer Pfund 0.75 Mk. Schinkenspeck Pfund 0.85 Mk. Corned-Beef, deutsch, 2 Pfd.-Büchse 1.70 Mk. Corned-Beef, im Aufschnitt . . . 0.95 Mk.

Lebende junge Enten per Stück Mk. 1.45 u. 1.60.

Parfümerie- und Seifen-Abteilung.

- Stein's Vaseline-Seife Stek. ca. 125 gr. 9 Pf. Stein's Lanolin-Seife Stek. ca. 185 gr. 18 Pf. Stein's Flieder-Seife, reine Fettseife, 3 Stek. 45 Pf. Stein's Waschkraft, Pack ca. 1 Pfd. 16 Pf. Harzkern-Seife Riegel = 5 Stück 38 Pf. Palmöl-Kernseife, sehr trocken, Riegel ca. 2 Pfd. 55 Pf. Sunlight-Seife, Pack = 2 Stück 33 Pf. Sunlight-Seife, Pack = 2 Stück 24 Pf. Bay-Rum, zur Stärkung der Kopfnerven, 1/2 Fl. 45, 1/1 Fl. 65 Pf. Balsamisches Mundwasser . Fl. 55 Pf. Extrait in verschiedenen Gerüchen . . Fl. 48 Pf. Shampoo, echt, zur Kopfwäsche, 3 Pack 45 Pf.

**Die
Gemeinschaft der Eigenen
Kaplan Dashach
und die
Freundesliebe.**

20 Pf.
Die dritte Auflage ist soeben
vergriffen, die vierte, mit neuem
Tatsachenmaterial, ist in Vor-
berereitung.

Der Eigene
pflegt in Wort und Bild einen
Stallus der Fremdesliebe und
Rüchlingschönheit, wie er zur
Blütezeit im Hellenen-Sitte war. —
Das Jannas, Februar, Mai-
und Juniheft 1903 ist fertig; die
drei Hefen dagegen zum Preise
von 1,50 M. zu erhalten.

**Pastor Philipps
und die
Sittlichkeit.**

10 Pf.
Die Straffreiheit
der
gleichgeschlechtlichen Liebe.

10 Pf.
Sämtliche Schriften sind direkt zu
beziehen gegen Voreinsendung des
Betrages und Portos von: Adolf
Brand, Charlottenburg, Wilhelm-
platz Nr. 1a.

Josef Fischer
Kohlen-Großhandlung
Berlin O. 34, Brombergstr. 19/20.
Preise ab Platz von 10 Str. an
Senftenb. Halbst. p. Str. nur 60 Pf.
Senftenb. Sal.-Brik. 6 od. 7 1/2 nur 65 Pf.
Anna, Adler, Marie
Senftenberger in Honckels Werke 6 od.
7 Joh. nur 75 Pf.
Lisa, Salon-Briketts nur 45 Pf.
Fret Keller pr. Str. 10 Pf. mehr.
Bruch, Steinkohlen, Coaks, Holz zu
billigsten Sommerpreisen.
60 Handwagen beliebig zu stellen.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert
eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen n. Maß, tabell. Maßf.
Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

**Täglich:
Billigste Dampfer-Extrafahrten**
von der Reichsbrücke
nach Müggelwerder mit Ruffl. Wochentags 9 Uhr vormittags und
2 Uhr nachmittags. Preis für bleibende Gäste 30 Pf. hin und zurück.
Sonst 40 Pf. Kinder die Hälfte. Sonntags einfache Fahrt 40 Pf. 57652*

**Es sind nicht die schlechtesten Früchte,
woran die Wespen nagen!**

Blitz ist ein solch grosser Apparat, daß
er von der Konkurrenz nicht tot zu
kriegern ist

Blitz geht es wie dem Cement: feuchte
morastige Umgebung geben ihm die
bests Bindekraft

Blitz ist nur einmal bei der Konkurrenz
beliebt

Blitz ist das erste und einzige
christliche Institut in dieser Form

Blitz entstammt nicht der Idee eines Geld-
mannes, Aristokraten oder Großkauf-
mannes, sondern der Inhaber war
selbst 6 Jahre dorber Arbeiter

Blitz setzt in einem Jahre um:
über 4 mal 100 Tausend Mark

Blitz verkaufte in zehn Monaten über
20 000 Paletots und Anzüge

Blitz hat eigenes Einkaufshaus in München.
In München kaufen wir seit April d. J.
von circa 6000 Studenten und Künst-
lern die getragenen Garderoben

Blitz hält tägl. a. Lager: üb. 500 getr. Paletots
hält tägl. a. Lager: üb. 450 getr. Anzüge
hält täglich am Lager: über 100
bis 150 getr. Hosen

Blitz empfiehlt: getr. Mode-Palet. M. 3, 5 u. 7
empfiehlt: getr. Mode-Anz. M. 4, 6 u. 8
empfiehlt: getr. Mode-Hosen 1,50, 2, 2 1/2

Blitz kann in Wirklichkeit billig verkaufen,
denn wir verkauften vorigen Winter
in 2 Monaten üb. 5500 Herren-Paletots

Blitz wird offerieren, wenn der erste Schnee
fällt, über 6000 getragene Herren-
Paletots

Blitz empfiehlt durch große Schilder vor
seinen Lokalitäten seit langer Zeit auch
den Verkauf neuer Garderoben.

Unser Umsatz sagt Ihnen Alles!
Blitz Reinigungs-Anstalt
Chausseestr. 80.

Gelegenheitskauf
Soweit der Vorrat reicht, verkaufen wir
gr. Partie-Posten
Teppiche, Gardinen, Portieren etc.
auch einzeln zu 5931L*
fabelhaft billigen Preisen.
Jede Hausfrau benütze diese günstige Gelegenheit!

Teppichhaus
B. Adler & Co.
Königstr. 20-21, an der Judenstrasse,
im altbekannten Lokal beim Rathaus.

In dem Kampf um's Dasein der Kinder bilden
die besonders im Sommer austretenden Magen- und Darm-
krankheiten die schlimmsten Feinde. Der beste Schutz gegen
dieselben ist eine rationelle Ernährung, welche bei möglicher
Ersparnis des Magen-Darmkanals dem Organismus die zu
seinem Aufbau notwendigen Nährstoffe zuführt und ihn da-
durch gegen Krankheiten widerstandsfähig macht. Eine solche
Ernährung geschieht durch die Darreichung von **Kufekes**
Kindermehl mit Milch, welches die in der Muttermilch
enthaltenen Nährstoffe im richtigen Verhältnis besitzt, die von
der Natur nicht für die kleinen Menschen bestimmte Kuhmilch
durch die Herstellung einer feinstoffigen Gerinnung im Magen
des Kindes dem kindlichen Verdauungsapparat anpaßt und
durch seinen Gehalt an Mineral- und Eiweißstoffen die Entmildung
des Knochen- und Muskelsystems auf das günstigste befördert.

Jos. Gremmer's Wwe.
Landshut, Bayern.
Erste und Älteste
Brasiltabakfabrik
Brasilschnupftabak per Pfd. Mk. 1,70, Mk. 1,50 und
Mk. 1,30. Von 6 Pfd. an franco.
Staniol-Packete zum 10 Pfg.- und 5 Pfg.-Verkauf.
Beste und vortheilhafteste Bezugsquelle.

Per Cassa von 6 Pfd. an 3 Proz. Sconto und 3 Proz. Jahresumsatzprämie.

Nur 5915L*
**neueste
Moden.**

Dieser steife, schwarze Hut mit Futter, Cylinderhüte u. Chap. clagues
moderne Form, kostet **M. 1.90.** in großer Auswahl.
Special-Hut-Engros-Lager und neueste Moden.
Abteilung für den Einzelverkauf

Neue Königstr. 48, 1 Treppe,
drittes Haus am Alexanderplatz.
Größte Auswahl, außergewöhnlich billige Preise.
Filzhüte für Herren, neueste Form, mit Futter Mt. 1.50,
mit Atlasfutter Mt. 2.—, hochfeine
Qualität Mt. 2.50, extra feine M. 3.—, beste Qualität 4.50.

**Jeder Arbeiter,
Jeder Handwerker
sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen.**
Klein-Verkauf. Sehr hartes Leder in
praktischen grauen u. braunen Streifen,
auch einfarbig. Im Bund aus einem
Stück gearbeitet. Sehr feste Knap-
pnahte. Haltbarste Pilot-Lederhose.
Große Hüden umsonst. Die Hose

Bei Annahme von **4 Mt. 50**
6 Stück 26 Mt.

Schöneblauer Monteur-Jasack 1 R. 90
Schöneblauer Monteur-Hose 1 R. 50
Schöneblauer Monteur-Jasack
Prima Körper-Gemebe... 2 R. 50
Schöneblauer Monteur-Hose
Prima Körper-Gemebe... 2 R. 10
Rauheblauer-Hose 8,75, 5,50, 4,50, 3 R. 50
Befüllter, Rauheblauer-Jasack 14,50, 8,75
Weiße Freizeit-Jasack 3,50, 2 R. 75
Rauheblauer-Jasack, Preisig... 4 R. 50
Rauheblauer-Mittel... 3.—, 2,50, 2 R. —
Rauheblauer-Mittel (braun) 3.—, 2 R. 40
Weiße Lederhose... 7,50, 3 R. 75
Weiße Lederhose... 4,50, 2 R. 90
Reißreißer-Hose, blau,
nach Vorschrift... 5 R. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn
En gros. Export. En detail.
Chausseestr. 21a/25, Bräudenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 23. Preisliste 1904 wird kosten-
los und portofrei zugesandt.
Bei Bestellung von Hosen ist die
Dunndicke und die Schnittlänge, bei
Jasacks und Mitteln die Brustweite
anzugeben. 56402*
— Versand von 20 R. an franco. —

**Ein gaffelnar
Rohr-Verkauf
mit
Problem**

No. 3. 1904/1905

Radklub verboten!

Jedes 5 Pfennig.
Das erste
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste
Nummer werden
in den Annahmestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wandbildhaus Weidenweg 19
verkauft spottbillig verfallene Gläser,
Kerzen, Leinwand, Bettwäsche, Bett-
decken, Herrenhüte, Damenhüte,
Gartenstühle, Damenstühle, Schmuck-
gegenstände, Leinwand, Bettwäsche,
Damenhüte, Steppdecken, Gardinen,
Teppiche, Regulatoren, Freischwinger,
Spiegel.

Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 137*

Teppiche! (schlechte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Godesher
Markt 4, Bahnhofstraße. 132/12*

Sofa, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Eisenstraße 35b. 29815*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundert-
prozentig, in Anwaltsstraße 149
(Eingang Bergstraße), Stallberg-
straße 40, Große Frankfurterstraße 56.

Teppiche mit farbenschönen Fabrik-
niederlage Große Frankfurterstraße 9,
parterre. 137*

Hochbornsche Herren-Anzüge,
Paletots, Bekleidung, vorzüglich, aus
feinsten Rohstoffen, spottbillig, Deut-
sches Versandhaus, Jägerstraße 63,
eine Treppe. 23558*

Wiederlag veräußert, sofort,
eventuell Oktober zu übernehmen
Charlottenburg, Leibnizstraße 73.

Restaurant, Todesfall, alles
Geschäft, Wasserhorstraße 5. 174b*

Bronzegeräte! dreifach, in
6,00, Goldener 17, Schwanen-
Gasse, Charlottenburg, Spandauer-
straße 32. 1b*

Kinderbettische, Sportwagen,
Kinderwagen, gebraucht, zurückgekauft,
spottbillig, Schneider, Kurfürsten-
straße 172. 111b*

Cigarrengeschäft preiswert zu
verkaufen. Ertrag 2000 Mark, Spandauer-
straße 32, vorn 3 Treppen links.

Betten, hochfeine, 18,00, bessere
spottbillig! Michel, Dresdenerstr. 39.

Steppdecken billig! Fabrik Große
Frankfurterstraße 9, parterre. 137*

Ringschiffchen, Bobbin, Schneid-
nähler, ohne Anzählung, Hohe 1,00,
gebraucht 12,00, Köpenickerstraße 60/61,
Brenzlauerstraße 59/60 und Große
Frankfurterstraße 43. 197*

Weiße Herrenhüte, gute Qualität,
Stück 95 Pfennig, bessere Sachen
enorm billig, Gutfabrik, Comptoir
Neue Friedrichstraße 81 I, Ecke König-
straße, und Holzmarktstraße 37 a
parterre, früher Kaiserstraße 235 A
Sonntags geöffnet. 23838*

Wasch- und Bringmaschinen, beste
Qualität, billigste Preise. Bei An-
zahlung coulant Bedingungen.
S. Weimann, Gollnowstraße 26, nahe
der Landsbergerstraße. 23708*

Selten wiederkehrende Gelegen-
heit, Postersätze 3.—, Kleiderkasten
14.—, Spiegel 2.—, Musikschalen,
rahmen 3.—, Nähmaschine 14.—,
Chaiselongue 16.—, elegante Taschen-
soda 45.—, elegante Salonarmatur
25.—, Schränke, Bilder, Steppdecken,
Teppich 5.—, Gelegenheits für Braun-
leute, Gefasstes kann stehen, Wohnung
vermietbar. Köpenickerstraße 126a, I.
23838*

Restaurants-Verkauf. Ich be-
absichtige meine seit 10 Jahren in
meinem Besitz befindliche Restauration
anderer Unternehmungen halber zu
verkaufen. R. Preller, Kiedor,
Stettinstraße 69. 182b

Goldbrenner, modern, sehr gut
erhalten, sämtlichen Zubehör, 45,00,
Große Frankfurterstraße 14, Hof-
geradezu. 182b

Heberzieher, Herrenanzüge, wenig
getragen, Monatsgarderobe von 6
Mark an, große Auswahl, für jede
Figur, auch neue zurückgekauft
kauft man am billigsten direkt nur
beim Schneidmeister Hüstenzell,
Rosenhakenstraße 15, III. 143/9*

Nähmaschinen aller Systeme,
ohne Anzählung, wünschlich 1,00, fünf
Jahre Garantie, Unterricht im
Sticken, Stopfen gratis, Postkarte
genügt, Wienerstraße 8, Kider-
straße 113, Bellealliancestr. 78. 193b

Cigarren-Reispartien pro Wille
21/2, 24, 26 re. verkaufen Gollow u.
Geballe, Spandauerstraße 7, eine
Treppe. 193b

Verschiedenes.

Vorjährligen Jodettanzung, Mittel-
figur, neu, Sportanzug, Sommer-
paletot, Gebrodenanzug, zwei Hosen
nach Maß, bestellt, nicht abgeholt,
verlaufe Hälfte Kostenpreis, Schneiderei
Brenzlauerstraße 23, II.

Schiffsofa 30,00, Bettstelle und
Matratze 15,00, Parkettbodenstraße 23,
Lapeyrierer. 19/9

Spind, Spiegelspind, Spiegel,
Wärmehülle, Tisch, Stühle, Sofa,
Wohnweg 65, Luergebäude I Treppe
links. 144

Schankel, zweifach, mit auch
ohne Stand, verkauft Kömmele, Jor-
ndorferstraße 54. 144

Wandbilder, 100, 150, 200, 250,
300, 350, 400, 450, 500, 550, 600,
650, 700, 750, 800, 850, 900, 950,
1000, 1100, 1200, 1300, 1400, 1500,
1600, 1700, 1800, 1900, 2000,
2100, 2200, 2300, 2400, 2500,
2600, 2700, 2800, 2900, 3000,
3100, 3200, 3300, 3400, 3500,
3600, 3700, 3800, 3900, 4000,
4100, 4200, 4300, 4400, 4500,
4600, 4700, 4800, 4900, 5000,
5100, 5200, 5300, 5400, 5500,
5600, 5700, 5800, 5900, 6000,
6100, 6200, 6300, 6400, 6500,
6600, 6700, 6800, 6900, 7000,
7100, 7200, 7300, 7400, 7500,
7600, 7700, 7800, 7900, 8000,
8100, 8200, 8300, 8400, 8500,
8600, 8700, 8800, 8900, 9000,
9100, 9200, 9300, 9400, 9500,
9600, 9700, 9800, 9900, 10000.

Metalldruck jeder Art, Eisen,
Weißblech, Abfälle, laßt, Duschke,
Köpenickerstraße 21. 144*

Ein großer Papagei entflohen,
Abzugeben bei Klouzel, Branden-
burgerstraße 110, II, gegen 10 Mark Be-
lohnung. 112*

Schöne passende Lokalitäten für
alle Sportklubs, Kaffee-, Theater-,
Gesang-, gefellige Vereine, Regel-
bahn Stunde 0,50 Schwedterstraße 23.

Fahrräderverkauf, auch defekte,
Große Frankfurterstraße 14, Kam-
merzell. 144*

Rechtsbureau, Gerichtssekretär,
Kühner, Andreasstraße 38, Son-
tagsdienst. 192b*

Die Herrn August Wünsche,
Liegnerstraße 9, zugefügten Be-
leidigungen nehme ich hiermit zurück
und erkläre denselben als einen ehren-
haften Mann. Frau Sontag. 184b

Styrium, 6. Wahlstr. 30 B. Friede.
Zufall, möchte mit Ornament be-
leuchtende Korrespondenz führen. Nach-
richt unter „Goethe“, Expedition des
„Vorwärts“, Lindenstraße 69, erbeten.

Tausend „Vorwärts“ - Leser als
Abonnement sucht Expedition des
„Vorwärts“, Steglitz-Friedenau, Her-
mann Bernise, Steglitz, Schloß-
straße 115. 145*

Gruppenaufnahmen für Vereine,
Kreislagerpartien, Radfahrer, billigt
Lange, Kantenstraße 88. 112

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Komiker Tischler, Groplandstraße 7.
Volkshumorist Schmeller, Köpenicker-
straße 10. 1103*

Stellenangebote.
Einnehmer sucht sofort Baufelderei
Heinemann, Schulstraße 71. 179b
Verfälscher verlangt Biering,
Molkenstraße 10. 176b
Treppenhauer, selbständige, und
Schloßergehülfe verlangt Schloßerei
H. Blume, Charlottenburg, Schiller-
straße 97. 24369*

Schloßergehülfe auf Thiergarten
verlangt H. Blume, Charlottenburg,
Schillerstraße 97. 24378*

Gefangener, fähigen, sucht
Gefangener, Liebungsstunde Don-
nerstags, Offerten mit Ansprüchen
unter G. S. an D. Ohme, Rathenow-
straße 41 bis Dienstag. 184

Jugendlicher Arbeiter für Beklei-
dung verlangt Schmidtstraße 8a. 191/10
Barod-Bergolder sofort Berg,
Chausseestraße 82. 190b

Frauen finden durch Festungs-
auftrag dauernde und lohnende
Beschäftigung, Meldungen vormittags
9-15, nachmittags 4-7 Schützen-
straße 24/25, parterre rechts. 191/2*

Plätterin und Lehmädchen auf
Tragen, Servierens verlangt Kröll,
Grünerweg 104. 185b

Zum Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Rebaktergefuhr.
Erster Rebakter für den „Braun-
schweiger Volksfreund“ zum ersten
Oktober gesucht. Offerten unter An-
gabe der bisherigen Tätigkeit und
der Gehaltsansprüche an H. Braun-
brock, Braunschweig, Eidonien-
straße 6, erbeten. 59252*

Goldleisten.
Werkführer verl. der Feinbildscherei
und Verfertiger selbständig leiten kann.
Off. unter E. V. 2140 an Rudolf
Mosse, Bringenstr. 41. 1918*

Stuhlkauter gesucht.
2 tüchtige Arbeiter sowie 1 tüchtiger
Berkstattarbeiter finden sofort Arbeit
bei jährlicher Einmündung an Hans
Chr. Berg, Aaboulevard 44, Köpen-
ickerstr. 6, erbeten. 5928L

Einsetzer verlangt
Herm. Schütt Akt.-Ges.
50352 Köpenickerstr. 17.

Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die Pianofabrik von
A. Gast & Co.
Frankfurter Allee 117a
ist wegen Lohnminderungen für alle
Branchen gesperrt. 144/17*
Zugang streng fernzuhalten!
Fachverein der Musikinstrumenten-
Arbeiter.

Achtung, Tischler!
In der Genossenschaft „Union“,
Friedrichstraße 35, herrschen Diszi-
plinen. Zugang fernzuhalten. 189/1*
Der Fachverein der Tischler
Berlins.